



Der Rote Faden

Informationen der Vorsitzenden des SPD-Unterbezirks Bayreuth Anette Kramme, MdB
Ausgabe März/April 2007

Liebe Genossinnen und Genossen,

das allgegenwärtige Schreckgespenst Arbeitsplatzverlust geht derzeit wieder um. Die Rosenthal AG plant in den Werken Selb und Speichersdorf einen massiven Stellenabbau, die Telekom will 50000 Arbeitsplätze in eine Servicegesellschaft auslagern, was im Endeffekt längere Arbeitszeiten bei deutlich geringerem Gehalt bedeutet. Der Bundespolizeistandort Bayreuth bleibt dagegen erhalten. Ich bin außerordentlich froh, dass die harte Arbeit der SPD hier einen Erfolg für die Region erbringen konnte.



Anette Kramme, MdB

Es freute mich, bei meinem Besuch der BAT in Bayreuth zu hören, dass dort in den kommenden Jahren viel Geld investiert wird und zahlreiche Arbeitsstellen geschaffen werden sollen. Dennoch, vielen Arbeitnehmern steht eine harte Zeit bevor. Die Rosenthal-Beschäftigten in Selb und Speichersdorf haben in der Vergangenheit schon auf Vieles verzichtet und müssen dennoch um ihre Arbeitsplätze bangen.

Ich bin der Meinung, dass Restrukturierungsmaßnahmen nicht immer nur den Kostenfaktor Mensch an erster Stelle führen dürfen. Stattdessen sollte eine Lösung gefunden werden, um die Wettbewerbsfähigkeit eines Unternehmens zusammen mit den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu realisieren. Dafür werden meine Bundestagskollegin Petra Ernstberger, Dr. Christoph Rabenstein und ich vehement eintreten.

Jetzt ist die Katze aus dem Sack. Der Pegnitzer Stadt- und Kreisrat Karl „Charly“ Lothes wird für die SPD als Landratskandidat ins Rennen gehen. Mit seiner langen Erfahrung in der Kommunalpolitik hat er durchaus Chancen, auch wenn ihm bestimmte Zeitungen einmal mehr nicht gerade wohl gesonnen sind. Lasst ihn uns nach Kräften auf seinem harten Weg unterstützen, um Kampf um das Landratsamt zu gewinnen.

Mit solidarischen Grüßen

Eure Anette

In dieser Ausgabe

Unterbezirk Bayreuth	Seite 2
Abgeordnete vor Ort	Seite 3-6
Bundespolizei	Seite 7-9
Rosenthal	Seite 10-12
Fichtelgebirgsautobahn	Seite 13
Pressemitteilungen	Seite 14-22
Landratswahl	Seite 23
Zur Person: Karl Lothes	Seite 24
Forchheim gegen Rechts	Seite 25-26
Ein Jahr in den USA	Seite 27
Wir gedenken	Seite 28
Wir gratulieren	Seite 29
Aus den Ortsvereinen	Seite 30-52
Jusos	Seite 40
AG 60plus	Seite 41
AfA	Seite 42
Anette Kramme im Interview	Seite 53-55
Rebellion der Franken	Seite 56



Bayern

SPD

Herausgeber: Anette Kramme, MdB

Redaktion: Oliver Winkelmaier, Telefon: 0921-8701111, Telefax: 0921-8701254, E-Mail: roter-faden@anette-kramme.de

Abonnement kostenlos, per Mail oder per Post – Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 15.06.2007

Gerne veröffentlichen wir Berichte der Ortsvereine, Arbeitsgruppen etc. über Ihre Aktivitäten, z. B. Ergebnisse von Vorstandswahlen, erfolgreiche Aktionen oder Veranstaltungen. Bitte senden Sie uns Ihre Berichte baldmöglichst zu. Gerne auch mit Bild.

Unverblümete Häme über CSU Neuwahlen beim SPD-Unterbezirk brachten keine Veränderungen

Hart ins Gericht ging die Unterbezirksvorsitzende und Bundestagsabgeordnete Anette Kramme mit der CSU. Diese spiele nach wie vor ihr altes Doppelspiel: Regierung und Koalition gleichzeitig. „Edmund Stoiber handelt in Berlin Kompromisse aus, stellt sich dann in München hin und kritisiert diese, als sei er nie dabei gewesen. Und am Ende stimmen dann die CSU-Abgeordneten im Bundestag brav zu. So ist die CSU immer gleichzeitig dafür und dagegen.“

Bestes Beispiel sei die jüngst verabschiedete Gesundheitsreform, die gerade auch für Bayern positive Aspekte habe. So sei es gelungen, Bayern als Kurstandort zu stärken: „Rehabilitationsmaßnahmen sind jetzt Pflichtleistungen in der GKV“, erläuterte Kramme.

Den Vergleich mit den Unionsministern brauche die SPD nicht zu scheuen. Nur Familienministerin Ursula von der Leyen trete ab und zu ins Rampenlicht. „Frau von der Leyen glänzt jedoch vornehmlich mit sozialdemokratischen Projekten: Elterngeld und Ausbau und Betreuung von Kleinkindern geht allein auf rot-grün zurück“, so MdB Kramme entschieden. Die Abgeordnete sprach sich in diesem Zusammenhang klar für einen Rechtsanspruch für alle Kinder ab dem vollendeten ersten Lebensjahr auf ganztägige Betreuung aus.

MdB Kramme beschäftigte sich in ihrem Rechenschaftsbericht auch noch einmal mit der Wahl in Schnabelwaid. Sie lobte den „guten, fairen und überaus engagierten Wahlkampf“ von Rüdiger Goller. Wie das Ergebnis letztlich auch ausgefallen sei, sie sei sicher, Goller hätte das Amt des Bürgermeisters bestens ausgefüllt. Spätestens 2008 hätten die Schnabelwaidler erneut die Möglichkeit, sich für einen Bürgermeister zu entscheiden. „Und ich bin sicher, sie werden die richtige Wahl treffen“, so die Abgeordnete.

Der Unterbezirk Bayreuth habe laut Kramme mit einem leichten Minus beim Mitgliederbestand zu kämpfen. Allerdings gebe es auch Ortsvereine, wie Pegnitz oder Schnabelwaid, die dem Mitgliederschwund trotzen.

Keine Änderungen ergaben sich bei den Neuwahlen des SPD-Unterbezirks Bayreuth am vergangenen Samstag in Mistelbach. Die Bundestagsabgeordnete Anette Kramme wurde ebenso als Vorsitzende in ihrem Amt bestätigt wie auch ihre beiden Stellvertreter Roland Dörfler aus Bayreuth und Karl Lothes aus Pegnitz. Die Kasse führt weiterhin Peter-Paul Wetscherek. Die Schriftführung übernimmt auch künftig Klaus-Jürgen Koch.

Gerne veröffentlichen wir Eure Berichte aus Euren Ortsvereinen, Arbeitsgruppen etc. über Aktivitäten, z. B. Ergebnisse von Vorstandswahlen, erfolgreiche Aktionen oder Veranstaltungen.

Bitte sendet uns Eure Berichte baldmöglichst zu, gerne auch mit Bild. Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe ist der 15.06.2007.

Ihr habt Termine, die Ihr gern angekündigt haben wollt? Dann sendet sie uns.

E-Mail: roter-faden@anette-kramme.de oder teilt sie uns unter Telefon: 0921-8701111 oder Telefax: 0921-8701254 mit.

Bayerische Rundschau vom 24./25.07.2007

BAT wächst und sucht neue Mitarbeiter

Die oberfränkischen SPD-Abgeordneten Anette Kramme, Petra Ernstberger und Dr. Christoph Rabenstein zu Besuch bei BAT

Trotz verstärkter Diskussion über Nichtraucher- und Jugendschutz sowie dem wachsenden Problem des Zigarettschmuggels steht das Bayreuther Werk von British American Tobacco (BAT) gut da und wird in den kommenden Jahren weiter expandieren. Das ging aus den Ausführungen von Marc van Herreweghe, dem Leiter des Standorts Bayreuth, bei einem Informationsbesuch der SPD-Bundestagsabgeordneten Anette Kramme und Petra Ernstberger sowie des Landtagsabgeordneten Dr. Christoph Rabenstein hervor.



Marc van Herreweghe betont, dass das Bayreuther Werk, der zweitgrößte und technisch modernste BAT-Standort weltweit, nach einer schwierigen Phase in den Jahren 2004 bis 2006, in der auch 200 Arbeitsplätze abgebaut wurden, mittlerweile wieder gut positioniert sei. Im vergangenen Jahr wurden im Bayreuther Werk 39,1 Milliarden Zigaretten produziert. Davon gingen 35 Prozent in den deutschen Markt und der Rest in den Export. Heuer und in den kommenden Jahren werde die Exportquote weiter ansteigen. Derzeit sind bei BAT 1200 Personen beschäftigt. Heuer und im kommenden Jahr werden am Standort Bayreuth 70 bis 80 Millionen Euro investiert. „Das Geld fließt insbesondere in neue Technologie sowie die Aus- und Weiterbildung der Mitarbeiter“, sagte van Herreweghe. Auch würden derzeit neue Mitarbeiter in Vollzeit gesucht.

Dr. Ralf Leinweber von der BAT-Repräsentanz in der Bundeshauptstadt Berlin erklärte, dass sich der Konzern der Diskussion um das gesundheitliche Risiko des Rauchens stelle. Ein Rauchverbot in öffentlichen Gebäuden und Behörden werde von BAT unterstützt. Eine andere Meinung habe man jedoch bei Gaststätten. Da sich die Gäste dort freiwillig aufhielten, sei man gegen ein striktes Rauchverbot. Zum Einsatz sollten stattdessen neuartige Ventilatoren kommen, die einen extrem hohen Luftaustausch und saubere Luft in den Gaststätten ermöglichen. „Solche Geräte, die kaum mehr kosten als eine gute Klimaanlage, gibt es mittlerweile“, so Dr. Leinweber. Auch der Zigarettschmuggel und Zigarettenplagiate seien ein großes Thema. Der Jugendschutz werde von BAT groß geschrieben, man sei für das Rauchen ab 18 Jahren. „Das wird auch in unseren internen Marketingrichtlinien strikt beachtet.“ Weiter habe der Konzern auch eine Kampagne zum Nichtrauchen im Auto, wenn Kinder mitfahren, gestartet.

Anette Kramme erklärte, dass sie die Meinung von BAT zum Nichtraucherschutz in Gaststätten nicht ganz teilen könne. Untersuchungen zeigten auch, dass Gastronomen zu Unrecht Angst vor einem Umsatzrückgang bei einem Rauchverbot hätten.

Im Ausland zeigten Versuche, dass der Umsatz sogar steige. Die Erlaubnis zum Rauchen bei einem Einsatz verbesserter Ventilatoren sei allenfalls denkbar, wenn wissenschaftlich nachgewiesen ist, dass die Luft in Gaststätten vollständig gereinigt wird. Bei allen Diskussionen über Einschränkungen für Raucher müsse sie als örtliche Bayreuther Abgeordnete aber auch die große Zahl der Arbeitsplätze von BAT in Bayreuth sowie den herausragenden Stellenwert, den das Werk auch als größter Gewerbesteuerzahler für die Wirtschaft der Wagnerstadt hat, beachten. „Letztlich muss eine Balance zwischen dem Nichtraucherschutz und der Nicht-Diskriminierung von Menschen, die rauchen wollen, gefunden werden“, fasste Dr. Leinweber zusammen.

Nordbayerische Nachrichten vom 24.02.2007

Brigittenheim im Clinch der Bürokratie

Dr. Schoenauer nimmt kein Blatt vor den Mund beim Besuch von MdB Anette Kramme



PEGNITZ — Voller Lob war Anette Kramme nach einem Rundgang im Brigittenheim: „Hier hat sich eine Menge getan, zum Positiven!“ Die SPD-Abgeordnete war mit einer Kollegin gekommen, um sich „Futter“ zu holen für die nächste Berliner Reform-Diskussion. Denn kaum ist die „Gesundheit“ abgehakt, geht es an die Pflegeversicherung. Kramme hatte mit MdB Petra Ernstberger aus Marktredwitz ihre Parlamentarische Geschäftsführerin dabei. Beide staunten über Einiges, das ihnen Dekan Dr. Gerhard Schoenauer im Heim zeigte - von der Demenzstation über ein Massage- und Duftzimmer bis zur Zahnarztpraxis.

Der Dekan erläuterte auch interessante Neuigkeiten, bevor der SPD-Tross weitereilte nach Pottenstein. So berichtete er von der mit Note „Eins“ abgeschlossenen Heimleiter-Ausbildung von Finanzbuchhalterin Anke Scheuermann, die mit zwei Kollegen das Haus verwaltet.

Er erzählte auch von einer kleinen Erbschaft, die es möglich macht, noch heuer im Süden einen Saal hinzustellen, der 160 Personen und 160 Tische fasst. Er wird eine Bühne haben und ist nicht nur rollstuhlgerecht, sondern auch für Bettlägerige geeignet, die mitsamt Bett herein geschoben werden. Weiter erzählte er von der Deutschen Klassenlotterie, die den Kauf von Chips für die Demenzkranken sponserte. Seitdem können diese Senioren im ganzen Haus wandern und auch an die Luft gehen. Denn jede Tür löst durch den Chip im Schuh ein Klingeln im Schwesternbüro aus. Gelobt wurde auch Haushund Santor, der einer Mitarbeiterin gehört und so viel Glück ins Haus brachte, dass sein Abschied jetzt sehr schmerzt. Gesucht wird schon ein Nachfolger. Aber Dr. Schoenauer konfrontierte die Berliner Damen auch mit Sorgen. So klagte er über „hanebüchene Bürokratie“: „Wir haben pro Jahr 52 Prüfgesellschaften im Haus, die jeden Schalter anschauen. Jede verlangt Geld. Da geht einem das Messer in der Tasche auf.“

Weiter müsse er jeweils einen Qualitäts-, Hygiene-, Ernährungs- und Getränke-Beauftragten haben: „Ich muss diese Leute von der Pflege abziehen! Da wird man doch zornig?“ Sein Wunsch ist auch, für die Mitarbeiter („Für mich sind sie die Helden der Zeit, weil sie so Enormes leisten“) Geld für Schulungen zu bekommen. Unverständlich ist für Schoenauer der neue deutsche Trend, sozialschwache Senioren zu zweit oder dritt in ein Zimmer zu legen. „Sozialhilfeempfänger sind für mich Menschen wie jeder andere auch. Falls das kommt, dann schließen wir. Dann soll das ein anderer machen.“

Er kritisierte auch, „dass die Pflegesatz-Verhandlungen in Oberfranken besonders schwierig sind“ und dass der Bezirk jedem Neubau eines Altenheimes die Luft abdreht, weil er vom Träger zu viel Eigenkapital fordert. „Neuendettelsau baut deshalb in Oberfranken überhaupt nicht mehr. In Mittelfranken geht es nämlich lässig.“ Stadträtin Elisabeth Habscheid-Knorre bat darum, im Brigittenheim vermehrt auch übergangsweise Senioren aufzunehmen. Schoenauer sah auch hier Bürokratie-Probleme: „So etwas Halb-Ambulantes ist vorstellbar, aber man müsste die Auflagen vereinfachen. Ich muss für jeden Gast zu viel vorhalten, bis zum Bett.“ Anette Kramme bat ihn, alle diese Punkte aufzuschreiben, so dass sie die Liste an Ministerin Ulla Schmidt geben kann: „Zu ihr haben wir einen guten Draht. Und sie ist nicht der Hardliner, als der sie hingestellt wird. Es gibt wenige in den Ministerien, die so umgänglich sind.“

Selbst hatte Kramme noch einen Punkt, der ihr am Herzen lag: In Deutschland gibt es zu wenig Häuser für Schwerbehinderte, die geistig voll da sind. Schoenauer bestätigte: „Sie gehen gern in Altenheime, weil sonst nichts existiert.“ Er empfahl ihr einen Blick zu Regens-Wagner in Michelfeld. Kramme war sofort bereit. „Da müssen wir hin!“

Nordbayerische Nachrichten vom 26.02.2007

Lückenschluss noch in diesem Jahr

Anette Kramme (SPD): Wichtiger Radweg wird gebaut – Kosten: 400 000 Euro

Der Radwege-Lückenschluss zwischen dem Parkplatz der Teufelhöhle und dem Anschlussstück in Richtung Schüttersmühle soll noch in diesem Jahr erfolgen — dies teilte die SPD-Bundestagsabgeordnete Anette Kramme vor Ort bei ihrem Gemeindebesuch in Pottenstein mit.

Kosten wird das noch fehlende Verbindungsstück an der B 470, dass voll vom Bund finanziert wird, rund 400 000 Euro. Baubeginn soll im Frühjahr sein, bestätigte auch Bürgermeister Stefan Frühbeißer. Wenn dieser Bauabschnitt fertig ist, dann hat der Bund in den letzten Jahren zwischen Pottenstein und der Abzweigung nach Elbersberg rund drei Millionen Euro in den Bundesstraßen begleitenden Radweg investiert.

In Planung ist bereits auch das weitere 2,1 Kilometer lange Teilstück (Bauabschnitt 15) zwischen Pottenstein und Tüchersfeld. Es gilt wegen der Enge des Talraumes besonders bei der Kläranlage und der Mooshäuschenkurve als eines der schwierigsten und damit kostenintensivsten. Wie Kramme erklärte, stünden für den Amtsbezirk Bayreuth pro Jahr aber nur 800 000 Euro an Bundesmitteln für den Radwegebau an Bundesstraßen zur Verfügung.

Mit den bereits investierten rund drei Millionen Euro sei das Budget also bereits auf Jahre ausgeschöpft. Daher würde sich der weitere Ausbau nach Tüchersfeld wohl noch etwas hinziehen. - vor 2010 könne jedenfalls nicht mit dem Bau begonnen werden.

Petra Ernstberger, die Abgeordnetenkollegin von Kramme aus dem Wahlkreis Hof/Wunsiedel erkannte daher gegenüber Bürgermeister Stefan Frühbeißer ganz klar: „Sie brauchen mehr Geld.“ Wie Frühbeißer meinte, sei die Region in Sachen Radwegetourismus gegenüber anderen Ferienregionen bereits seit Jahren im Nachteil. Er wünschte sich, dass bald mehr Mittel zur Verfügung stünden. Dafür wollen sich die beiden Abgeordneten in Berlin stark machen.

Ungewiss scheint nun wieder der Radwegewerbau bis Pegnitz zu sein. Denn die Gastwirte an der Kreisstraße wollen den Radweg direkt an der Kreisstraße haben. Die touristisch schönere Alternative wäre jedoch der Radwegebau durch das Lüglaser Tal. Für beide Varianten gäbe es allerdings keine Bundesmittel.

Die Pegnitzer SPD-Stadträte Uwe Raab, Karl Lothes und Werner Mildner sprachen sich ebenso wie Frühbeißer für den Bau durch das Lüglaser Tal aus. „Man könnte dort Hinweisschilder zu den Gasthäusern aufstellen“, so Frühbeißer. Mildner wünschte sich, dass alle im Pegnitzer Stadtrat an einem Strang ziehen, um den Radweg durch das Lüglaser Tal zu bauen.

Auch laut Lothes würden die Radfahrer dort, weil landschaftlich reizvoller, ohnehin fahren. Finanzieren müssten diesen Weg allerdings die Städte Pottenstein und Pegnitz. Zuvor besuchten die beiden Bundespolitikerinnen noch das Fränkische-Schweiz-Museum in Tüchersfeld. Wie Museumsleiter Rainer Hofmann informierte, habe das Museum letztes Jahr unter dem Wetter und dem Konkurrenzprogramm der WM gelitten.

Dies drückte sich in einem Tiefststand von nur 20 000 Besuchern aus. Hofmann warb für eine Förderung des Museums. Denn dieses sei als Kultureinrichtung nicht nur eine „freiwillige Leistung“ in den Kommunalhaushalten, sondern das „Gedächtnis und der Identifikationspunkt“ der gesamten Region. Gäbe es das Museum nicht, dann würde laut Hofmann auch der Tourismus darunter leiden.

Es sei daher ein wichtiger Partner für die Wirtschaft, so Hofmann. Sein Problem sei es aber auch, in den umliegenden größeren Städten wie Nürnberg oder Bamberg für Veranstaltungen im Museum zu werben. „Die Nürnberger erfahren nicht, was bei uns los ist. Man kommt eben nur gezielt zu uns“, so Hofmann. Er informierte auch, dass der Fossilklopfplatz in Hohenmirsberg noch in diesem Jahr als Naturparkmaßnahme ausgebaut werde. Zudem entstünden Geo-Lehrpfade in Hohenmirsberg, Gößweinstein und Obertrubach. Wie Hofmann bekannt gab, soll es im nächsten Jahr im Museum eine Sonderausstellung zum Thema Geologie geben.

Nordbayerischer Kurier vom 24./25. Februar 2007

Eine Stadt an der Kante

Wie sich die neue Förderkulisse auswirkt: Ein Bürgermeister und seine Sorgen



Harald Schlegel

Soll er ob der Ungerechtigkeit auf die Pauke hauen? Oder doch lieber still halten, um seine Stadt nicht schlecht zu reden? Für den Gefreeser Bürgermeister Harald Schlegel ist das Thema Regionalförderung vermintes Gelände.

Gestern, beim Besuch der beiden SPD-Bundestagsabgeordneten Anette Kramme aus Bayreuth und Petra Ernstberger aus dem Wahlkreis Hof/ Wunsiedel im Gefreeser Rathaus, entschied sich Schlegel für die Klartext. Variante: Geradezu eingekreist sei der Landkreis Bayreuth von Hochfördergebieten und Gefrees am nördlichen Eck ganz besonders hart getroffen. Wer wissen will, wo es richtig Kohle für Investoren gibt, dem empfiehlt Schlegel eine Fahrt auf der A 9 in Richtung Süden. Rechts Hochfördergebiet, links nicht.

Gerade spricht Schlegel wieder mit einer Firma, die auf der Suche nach einem neuen Standort ist. Zwei Gemeinden sind im Rennen — Gefrees und Marktschorgast, einmal links und einmal rechts von der Autobahn, gerade mal vier Kilometer voneinander entfernt. „Mir sagen die Leute von der Firma zwar, dass Förderung nicht alles ist“, berichtet Schlegel. „Aber warten wir es mal ab.“ Der Bürgermeister hat schon so viel erlebt in den letzten Jahren. An die eine Firma, die eine Halle fast schon angemietet hatte, um sich, dann doch in letzter Sekunde an anderer Stelle niederzulassen, erinnert er sich nur zu genau. Und tatsächlich: An den Unterschieden, die Gefrees von so mancher Nachbargemeinde trennt, kommt man nicht so einfach vorbei. In der lukrativen C-Förderkulisse der Gemeinschaftsaufgabe regionale Wirtschaftsförderung können große Betriebe mit 20, mittlere mit 30 und kleine Betriebe gar mit 40 Prozent Förderung rechnen, wenn sie investieren.

Ein paar Kilometer weiter, in Gefrees zum Beispiel, gilt die D-Kulisse mit 15 Prozent für kleine, 7,5 Prozent für mittlere und gar nichts für große Betriebe. „Wir stellen natürlich die anderen Vorzüge unseres Standorts in Gesprächen mit potenziellen Investoren heraus“, sagt Bürgermeister Schlegel. Die Infrastruktur zum Beispiel und die gut ausgebildeten Leute in der Stadt. Aber man tut sich eben schwer, wenn das Fördergefälle so eklatant ist. Und: „Bei uns potenzieren sich die Probleme gerade.“

In den vergangenen Jahren hat die kleine Stadt Gefrees gut tausend Arbeitsplätze verloren. Nachgekommen ist wenig bis nichts. Im Rathaus weiß man sehr genau, dass junge Leute oft gar keine andere Wahl haben, als ihre Heimat zu verlassen. Allein im Jahr 2005 hat die Bevölkerungszahl in Gefrees um zwei Prozent abgenommen. Im selben Jahr haben von 39 Schulabgängern gerade einmal elf eine Lehrstelle gefunden. Und auch das ist nur die Spitze des Eisberges: Der Stadt fehlt angesichts der Negativentwicklung das Geld aus den Steuereinnahmen, sie kann ihren Finanzierungsanteil an Sanierungsprojekten nicht mehr aufbringen und damit fließen weitere Fördermittel eben nicht mehr nach Gefrees. Das System geht fehl, sagt Schlegel. Wem es einigermaßen gut geht, der wird gefördert. Die Schwachen fallen durchs Raster.

Er sei nicht neidisch auf die Nachbarkommunen, die bei Investoren mit hohen Fördersätzen punkten könnten, sagt Schlegel. Schließlich müsse die gesamte Region nach vorne kommen, dann würden alle profitieren. „Aber wir hier in Gefrees müssen dagegen halten können“, so der Bürgermeister. Und dazu brauche seine Stadt andere Rahmenbedingungen. Regionale Wirtschaftsförderung ist Ländersache. Der Freistaat hat die Förderkulissen und ihre Abgrenzungen so festgelegt, wie sie jetzt sind, darauf wiesen die beiden Bundestagsabgeordneten ganz ausdrücklich hin. Und: Im Topf der Gemeinschaftsaufgabe (GA) liegen für Bayern gerade einmal zehn Millionen Euro. „Man muss sich also überlegen, welche Bedeutung man der GA beimisst“, sagt Petra Ernstberger. „Ich denke, dass es GA-Mittel über kurz oder lang nicht mehr geben wird.“

Spannender findet sie die Perspektiven, die sich aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (Efre) ergeben. Der, sagt Ernstberger, ist mit jährlich 73 Millionen Euro für die Zeit zwischen 2007 und 2013 ausgestattet — die Hälfte davon ist ohne Landkreisbeschränkungen für die drei ostbayerischen Bezirke reserviert. Viele Unternehmen sähen Förderung als Sahnehäubchen obendrauf und nicht als kriegsentscheidend. Verständnis zeigten beide Politikerinnen für die besondere Gefreeser Lage dennoch — Anette Kramme: „Ihr, sitzt hier genau auf der Kante.“ Ob's die Efre-Mittel, die Petra Ernstberger favorisiert, wirklich bringen? Im Gefreeser Rathaus hat man da Zweifel. Die sind nämlich kein wirklicher Anreiz, sie fließen nur auf Antrag, wenn der Deal schon gemacht ist.

Nordbayerischer Kurier vom 27.04.2007

Eitel Sonnenschein über der Kaserne Bundespolitiker begrüßen Erhalt und Ausbau des Standortes Bayreuth

Freude herrschte gestern allerorten über den Fortbestand des Standorts Bayreuth der Bundespolizei. Sie sei „total erleichtert“, dass die Ungewissheit endlich ein Ende habe, beteuerte die SPD-Bundestagsabgeordnete Anette Kramme, Ihre Freude wiege umso schwerer, so Kramme, wenn man wie sie wisse, dass der Standort Bayreuth im Vorfeld der Entscheidung von Innenminister Wolfgang Schäuble „ganz massiv gefährdet war“. „Eine Sache wie die mit der Bundeswehr hätten wir nicht noch mal brauchen können“, sagte Kramme gestern im Gespräch mit dem KURIER.

Ihrer Meinung nach müsste kein Standort in Bayern geschlossen werden. einige CSU-Politiker hätten jedoch versucht, einzelne Standorte gegenseitig auszuspielen. „Mir ist nach der Entscheidung ein Stein vom Herzen gefallen“, sagte Kramme, die die Umsetzungszeit auf maximal zwei Jahre schätzt. Dass der Standort Bayreuth der Bundespolizei sogar noch um eine Hundertschaft vergrößert wird, hatte man Friedrich, der gestern Vormittag ein fast 20-seitiges Schreiben über die Neuorganisation der Bundespolizei erhalten hatte, verschwiegen.

Am Platz für eine weitere Hundertschaft soll es nicht mangeln. Nach Aussage von Walter Kolbeck, Liegenschaftsmanager bei der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben in Nürnberg, habe die Bundespolizei seit 1. November vergangenen Jahres insgesamt fünf Gebäude der ehemaligen Markgrafenkaserne gemietet. Weitere, ehemals von der Bundeswehr genutzte Gebäude stünden zur Vermietung bereit.

Brief des Abteilungsführers der Bayreuther Bundespolizei, Karl-Ulrich Stoltz

Sehr geehrte Frau Kramme,

mit großer Erleichterung und Freude haben die Angehörigen der Bundespolizeiabteilung Bayreuth die positive Entscheidung des Bundesinnenministers Dr. Schäuble zum Fortbestand dieser Dienststelle aufgenommen. Nicht wenige Mitarbeiter waren in den letzten Tagen vor dem Hintergrund der angekündigten Standortentscheidung recht angespannt und diese Anspannung setzte sich in ihren Familien fort. Wie Sie wissen, haben die meisten Kolleginnen und Kollegen ja bereits bei den letzten Reformen der Bundespolizei in den 90er Jahren Auflösungen unmittelbar miterlebt. Umso positiver gehen wir jetzt an die vor uns liegenden Aufgaben. Wir hoffen, dass es bei der Ankündigung, den Standort um eine weitere Hundertschaft aufwachsen zu lassen, bleibt, denn dies gibt uns in Verbindung mit einigen internen Veränderungen gute Gestaltungsmöglichkeiten zur Weiterentwicklung unserer polizeilichen Leistungsfähigkeit. Die Planungen für die zügige Unterbringung dieser Kräfte laufen bereits an.

Erste Abstimmungen mit dem Staatl. Bauamt erfolgten ebenfalls. Frau Kramme, Sie haben ganz persönlich zu dieser für uns alle und die Region positive Entscheidung mit beigetragen! Für Ihr Wirken möchte ich mich im Namen aller Angehörigen der Bundespolizeiabteilung Bayreuth ganz herzlich bedanken. Es war und ist gut, gerade in „stürmischen Zeiten“ auf derartige Unterstützung zählen zu können. Ich werde Sie auch in Zukunft über den Fortgang der Entwicklungen auf dem Laufenden halten. In der kommenden Woche wird ein von der Bundeswehr übernommenes Gebäude nach den erforderlichen Renovierungen in Betrieb genommen werden. Damit konnten die Arbeitsbedingungen für die hiesigen Bediensteten wieder ein Stück weit verbessert werden.

Gerade sind Kräfte aus Berlin vom erfolgreichen 1.Mai Einsatz in Kreuzberg zurückgekehrt. Vor uns liegt als Großeinsatz der G8 Gipfel in Heiligendamm. Bereits jetzt sind erste Kräfte der Bayreuther im hohen Norden, um die Polizei des Landes Mecklenburg-Vorpommern zu unterstützen. Mit Herrn Polizeipräsident Bauer werde ich in den kommenden Tagen erörtern, inwieweit die hervorragenden infrastrukturellen Möglichkeiten dieser Abteilung nicht auch so genutzt, ggfs. weiterentwickelt werden können, dass auch die Bayreuther Landespolizei noch stärker davon profitieren kann. Auch in diesem Sinne könnte dann die Nutzung des ehemaligen Bundeswehrgeländes fortentwickelt werden.

Frau Kramme, haben Sie herzlichen Dank für Ihre Unterstützung, Ihr Wirken und die positive Begleitung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bundespolizeiabteilung Bayreuth. Meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter würden sich freuen, Sie demnächst hier begrüßen zu können, um Ihnen diesen Dank auch ganz persönlich zu übermitteln.

SPD-Abgeordnete zu Besuch bei Bayreuther Bundespolizei.

Anette Kramme ist zuversichtlich, dass die Vorzüge des Standortes einen positiven Eindruck auf Abteilungsleiter Rüdiger Kass hinterlassen haben.



Eine endgültige Entscheidung über die Zukunft des Bayreuther Bundespolizeistandortes wird erst nach Ostern getroffen. Dies gab der Abteilungsleiter der Bundespolizei im Bundesinnenministerium, Dr. Rüdiger Kass, bekannt. Kass war nach Bayreuth gekommen, um sich zusammen mit den SPD-Bundestagsabgeordneten Anette Kramme, Wolfgang Gunkel und Frank Hofmann, dem Landtagsabgeordneten Christoph Rabenstein und Vertretern der Bundespolizei einen Überblick über die Leistungsfähigkeit der Bayreuther Abteilung zu verschaffen.

Kass lobte ausdrücklich die Schlagkraft der Bayreuther Bundespolizei, wollte dies aber keineswegs als Wertung gegenüber anderen Standorten verstanden wissen. „Alle Bundespolizeistandorte leisten hervorragende Arbeit, man muss abwarten, zu welchen Ergebnissen die Gremien kommen und welche Entscheidung Innenminister Wolfgang Schäuble letztendlich fällen wird“, so Kass. Schäuble hatte sich vorbehalten, die Entscheidung über die Standorte persönlich zu treffen.

Der Abteilungsleiter der Bundespolizeiabteilung Bayreuth, Carl-Ulrich Stoltz, brachte jedenfalls einige gewichtige Gründe vor, die für den Standort Bayreuth sprechen. Allein schon die Zusammenarbeit der Durchsuchungs- und Festnahmeeinheit mit den anderen Einheiten würde hervorragende Synergien und Lerneffekte für die Beamten bedeuten. Bayreuth beherbergt eine von nur fünf solcher Durchsuchungs- und Festnahmeeinheiten deutschlandweit.

Dadurch seien die Bayreuther Beamten auf alle Situationen bestens vorbereitet und würden schon jetzt hervorragende Arbeit in ganz Deutschland verrichten, so Stoltz. Die Bundestagsabgeordnete Anette Kramme äußerte große Sorge um den Standort Bayreuth, mit dem Verlust der Bundeswehr habe man bereits einen starken Kaufkraftwegfall verkraften müssen. Mit dem Besuch der Bundespolizei habe man ein Zeichen setzen und die Stärken und Vorzüge des Bayreuther Standortes hervorheben wollen.

„Der Bayreuther Standort bietet beste verkehrstechnische Anbindungen. Ein Großteil deutscher Ballungszentren wie München, Stuttgart oder Frankfurt sind in angemessener Zeit zu erreichen“, so Kramme. Abteilungsleiter Rüdiger Kass jedenfalls nickte mehrmals anerkennend mit dem Kopf, als die Bayreuther Vorzüge hervorgehoben wurden.

Der SPD-Berichtersteller für die Bundespolizei und ehemalige Polizeipräsident Wolfgang Gunkel nahm ebenfalls einen positiven Eindruck des Standortes mit nach Hause. „Die Bayreuther Bundespolizei überzeugt durch ihre Leistungsfähigkeit und erweiterten Einsatzmöglichkeiten. Zudem können durch leer stehende Bundeswehrgebäude kostengünstig neue Liegenschaften eingebunden werden“. Mit Blick auf die veränderte Aufgabensituation müsse man genau prüfen, ob überhaupt die Schließung einzelner Standorte nötig sei, ergänzte Frank Hofmann. Gerade die grenznahen Standorte müssten seiner Meinung nach zwingend erhalten bleiben.

Christoph Rabenstein wies noch einmal ausdrücklich auf die soziale Bedeutung des Bundespolizeistandortes Bayreuth hin. Anette Kramme gab sich am Schluss vorsichtig optimistisch, dass der heutige Besuch auf Rüdiger Kass einen positiven Eindruck hinterlassen hat. „Wir haben heute die Vorzüge für den Erhalt des Bayreuther Standortes aufgezeigt und sie können durchaus überzeugen“.



Foto: Bundespolizei

„Bayreuth muss Berücksichtigung finden“.

Kramme und Rabenstein stellen in Schreiben an Innenminister Schäuble Vorteile der Stadt Bayreuth als Standort für Bundespolizei heraus:

Mit einem Schreiben haben sich die Bundestagsabgeordnete Anette Kramme und der Landtagsabgeordnete Dr. Christoph Rabenstein gemeinsam an Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble gewandt und ihm die Vorzüge der Stadt Bayreuth als Standort für die Bundespolizei dargelegt.

„Allein schon die zentrale Lage der Stadt Bayreuth bietet den Einsatzkräften eine hervorragende Ausgangsposition für Operationen im gesamten Bundesgebiet“, erklärt Anette Kramme. Mögliche Alternativstandorte im Süden Bayerns wären mit einer erheblichen Reisezeitverlängerung der Bundespolizisten zu Einsätzen in Ballungszentren wie Berlin, Bonn, Frankfurt oder Stuttgart verbunden. „Das würde gleichzeitig bedeuten, dass zusätzliche Übernachtungen vor und nach Einsätzen nötig werden würden“, so Kramme weiter.

„Bayreuth bietet zudem ausgezeichnete logistische Möglichkeiten zur Erweiterung“, ergänzt Christoph Rabenstein. Ein Großstandort müsse die Möglichkeit haben, für zwei bis drei zusätzliche Hundertschaften nicht nur die Mitarbeiter, sondern auch deren Einsatztechnik aufnehmen zu können. „Das ehemalige Bundeswehrgelände grenzt unmittelbar an den Bundespolizeistandort. Es stehen schon jetzt leer stehende Bundeswehrliegenschaften und KFZ-Hallen zur Verfügung“, erklärt Rabenstein.

Gerade in Zeiten finanzieller Schwierigkeiten würde es niemand verstehen, wenn an Standorten viel Geld in die Hand genommen werden müsste, um Grund zu erwerben und zusätzliche Gebäude zu errichten, die am Standort Bayreuth schon vorhanden seien, so der Landtagsabgeordnete weiter.

Zudem genieße die Bayreuther Abteilung große Anerkennung und hohes Renommee, so die beiden Politiker. „Die universell nutzbaren Einheiten sind neben der hier vorhandenen Beweissicherungs- und Festnahmeeinheit als Kern der Dienststelle bundesweit von großer Bedeutung“, meint Anette Kramme.

Gleichzeitig würde eine Stärkung des Bundespolizeistandes Bayreuth auch einen echten Ausgleich für den Verlust der Bundeswehreinheiten darstellen. „Der Süden Bayerns um die Metropolregion München hat eine hohe Wirtschaftskraft, geringere Arbeitslosenzahlen und eine bessere Bevölkerungsentwicklung. Unsere Region hat in der Vergangenheit jedoch schon herbe Verluste hinnehmen müssen. Der Erhalt des Bundespolizeistandes Bayreuth würde als ein deutliches Signal der Politik verstanden, etwas für die Region Oberfranken zu tun“, nimmt Rabenstein die Bayerische Staatsregierung in die Pflicht.

Kramme und Rabenstein baten den Bundesinnenminister eindringlich, die Argumente für Bayreuth in den Entscheidungsprozess mit einzubeziehen. „Bei einer sachgerechten Standortentscheidung müssten Bayreuth und die Region Oberfranken entsprechende Berücksichtigung finden“, sind Kramme und Rabenstein überzeugt.

Frankenpost vom 10.03.2007

Unruhe in Selb und Speichersdorf Massiver Personallabbau bei Porzellanhersteller Rosenthal befürchtet



Einschneidende Maßnahmen hat am Freitag der Rosenthal-Vorstandsvorsitzende Ottmar C. Küsel verkündet: „Zwischen 300 und 380 Mitarbeiter“ aus den Werken Selb und Speichersdorf werden ihren Arbeitsplatz verlieren. Der Großteil der Entlassungen wird aller Voraussicht nach in Selb erfolgen.

Bei einer Betriebsversammlung, die um 10.30 Uhr im Werk am Rothbühl in Selb begann, unterrichtete Küsel die Mitarbeiter über die neuesten „Planungen“. Der Vorstandsvorsitzende wiederholte in einem Pressegespräch, dass im Werk Thomas am Kulm in Speichersdorf die automatisierte Produktion zusammengefasst werden soll, während im Werk am Rothbühl die Fertigung hochwertiger Spezialitäten (Geschenkartikel, schwarzes Porzellan) bleibe.

Grundsätzlich habe die gesamte Porzellanindustrie in Deutschland nur eine Chance, wenn weiter automatisiert werde und Kosten eingespart würden. Nur so könne man in einem enorm veränderten internationalen Markt bestehen.

Dies bedeute natürlich auch Einschnitte im Personalbereich. Küsel sagte, dass zwischen 300 und 380 Mitarbeiter an den beiden Standorten entlassen würden. Die genaue Aufteilung werde in den kommenden zwei bis drei Wochen erarbeitet.

Wie nach der Betriebsversammlung bekannt wurde, sollen von den 365 im Werk am Rothbühl beschäftigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern rund 265 ihren Job verlieren; in Speichersdorf, wo es bislang 440 Beschäftigte gibt, werden voraussichtlich 115 gehen müssen. In der Hauptverwaltung der Rosenthal AG in Selb arbeiten zurzeit 310 Frauen und Männer, weltweit hat die Rosenthal AG 1820 Beschäftigte.

Küsel ließ aber keinen Zweifel daran, dass es das große Ziel sei, die beiden betroffenen Standorte zu erhalten. Auch werde man versuchen, so viele Mitarbeiter wie möglich zu halten. Es gebe zwar auch andere Ideen, „die wir aber nicht bevorzugen“. Ganz sicher werde die Rosenthal AG „nicht woanders eine Fabrik aufmachen“. Allerdings werde man zukünftig pro Jahr rund 800 000 Teile zukaufen, um zu einer Mischkalkulation zu gelangen. Diese Zukäufe müsse man aber in Relation zu den insgesamt 18 Millionen selbst gefertigten Teilen sehen.

Die jetzt eingeleiteten Maßnahmen werden Rosenthal laut Küsel zu einem enormen Sprung in der Wettbewerbsfähigkeit und einer erheblichen Ergebnisverbesserung verhelfen. Er rechne mit 15 Millionen Euro, die dann in Marken und Märkte investiert werden könnten.

Er wisse natürlich auch um die schwierige Lage der betroffenen Mitarbeiter, aber man müsse handeln, um das Unternehmen und die verbleibenden Arbeitsplätze zu sichern. Der Rosenthal-Chef wies noch einmal die Behauptung zurück, der Mutterkonzern WaterfordWedgwood habe „den Geldhahn zugelehrt“. Vielmehr werde man einen fairen Sozialplan ausarbeiten, der über den Mutterkonzern finanziert werde.

Der Vorstand sei sich seiner Verantwortung den Mitarbeitern gegenüber bewusst und werde sich bei den Abfindungen „entsprechend aufstellen“. Nichtsdestotrotz blickt der Vorstandsvorsitzende eher positiv in die Zukunft. Mit den jetzt angestrebten Investitionen in Marken und Märkte kämpfe man um die Standorte, um zu einem späteren Zeitpunkt wieder Mitarbeiter einstellen zu können.

Dazu passen Äußerungen Küsels im Handelsblatt vom 7. März, wo er für Rosenthal ein Ende der Durststrecke prophezeit hatte. Die Mitarbeiter sahen diese Ankündigungen nicht so positiv. Vor dem Tor des Werkes Rothbühl warteten sie auf die Vorstandsmitglieder, die aber nicht mehr erschienen.

Anschreiben von Anette Kramme an den Vorstandsvorsitzenden der Rosenthal AG, Ottmar C. Küsel

Sehr geehrter Herr Küsel,

mit großer Sorge habe ich Ihre Ankündigung aufgenommen, in den Werken Selb und Speichersdorf 380 Arbeitsplätze abbauen zu wollen. Gerade in den Regionen Ober- und Hochfranken ist der Verlust von Arbeitsplätzen mit tiefen Einschnitten im Leben der betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern verbunden.

Mir ist aber durchaus bewusst, dass die Rosenthal AG den Zeichen der Zeit und den sich stetig ändernden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen Rechnung tragen muss, um sich am Markt behaupten zu können. Dennoch bitte ich Sie, den Konsolidierungskurs Ihres Unternehmens nicht nur auf den Abbau von Arbeitsplätzen zu stützen, sondern Wege zu finden, zusammen mit den Beschäftigten das Unternehmen wieder auf Kurs zu bringen.

Wenn Entlassungen trotzdem unumgänglich sein sollten, bitte ich Sie, diese immense Zahl an verlorenen Arbeitsplätzen noch einmal zu überdenken. 380 verlorene Stellen würden unserer Region enormen Schaden zufügen und vielen Ihrer seit Jahren treuen Beschäftigten einer wichtigen Existenzgrundlage berauben.

Ich möchte Sie, sehr geehrter Herr Küsel, nochmals eindringlich bitten, auf massiven Stellenabbau zu verzichten und ein Restrukturierungsprogramm zu finden, das weitgehend ohne Entlassungen auskommt. Soweit es unserer politischen Unterstützung bedarf, stehen ich und meine Hofer Bundestagskollegin Petra Ernstberger sehr gerne zur Verfügung.

Nordbayerischer Kurier vom 23.03.2007

**Staatssekretär Wasserhövel kündigt Runden Tisch an
Wirtschaftsministerium will Rosenthal-Mitarbeitern dank Initiative von Kramme und
Ernstberger helfen**

Staatssekretär Kajo Wasserhövel hat den von Entlassung bedrohten Mitarbeitern des oberfränkischen Porzellanherstellers Rosenthal die Unterstützung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales zugesagt. Bei einem Gespräch mit dem Rosenthal-Betriebsrat sowie den SPD-Bundestagsabgeordneten Petra Ernstberger und Anette Kramme erklärte Wasserhövel gestern, dass sein Ministerium einen Runden Tisch mit Vertretern des Bundeswirtschaftsministeriums und der bayerischen Staatsregierung sowie den örtlichen Bundestagsabgeordneten aller Parteien einberufen werde.

Dort solle geprüft werden, wie die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Porzellanindustrie gestärkt werden könne. Gleichzeitig werde das Ministerium laut Wasserhövel alle arbeitsmarktpolitischen Instrumente prüfen, mit denen sich die angekündigten Massenentlassungen an den Rosenthal-Produktionsstandorten Selb und Speichersdorf möglicherweise noch verhindern ließen.

Die Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Bundestagsfraktion und Hofer Bundestagsabgeordnete Petra Ernstberger kritisierte nach dem Termin erneut die Untätigkeit der Staatsregierung: „Die Menschen in Selb und Speichersdorf fühlen sich von der Staatsregierung allein gelassen, weil sich in München niemand um sie kümmern.“ Stattdessen bedürfe es anscheinend der Initiative der örtlichen SPD-Bundestagsabgeordneten und der Bundesregierung, damit sich die Staatsregierung mit dem Fall beschäftige.

Ernstberger und Kramme zeigen sich erfreut über die konstruktive Atmosphäre des Gesprächs: „Das war der Auftakt für eine Reihe weiterer Gespräche, die wir zusammen mit den Betriebsräten und der Gewerkschaft führen werden, um eine Lösung für Rosenthal und die heimische Porzellanindustrie zu finden.“

Der oberfränkische Porzellan-Hersteller Rosenthal will in der Fertigung bis zu 380 Stellen streichen. An dem Treffen im Bundesministerium für Arbeit und Soziales gestern in Berlin nahmen neben Wasserhövel, Ernstberger und Kramme auch die Rosenthal-Betriebsräte Marianne Wopperer, Jörg Bauriedel und Peter Haidler sowie der bayerische IG BCE-Chef Seppel Kraus teil.

MdB Anette Kramme und MdL Dr. Christoph Rabenstein fordern Erwin Huber zur Mithilfe auf

Sehr geehrter Herr Staatsminister Huber,

die Rosenthal AG hat angekündigt, in den Werken Rothbühl in Selb und Thomas am Kulm in Speichersdorf zwischen 300 und 380 Mitarbeiter zu entlassen. Ziel sei es, durch diese Restrukturierungsprogramme die internationale Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten.

Wir kennen die Situation als örtliche Abgeordnete sehr genau und haben uns selbst von der Leistungsfähigkeit der Betriebe überzeugt. Es ist für uns absolut nicht nachvollziehbar, dass gerade in der jetzigen Situation, in der die Wirtschaft sich wieder erholt, derartige Entlassungen vorgenommen werden. Außerdem sei darauf hingewiesen, dass die Beschäftigten seit längerem auf tarifliche Leistungen verzichtet haben, um ihren Arbeitsplatz zu erhalten.

Was die Entlassungen für die oberfränkische Region bedeuten würden, brauchen wir Ihnen nicht ausführlich darzustellen, da Sie selbst die jahrzehntelangen strukturellen Schwierigkeiten kennen. Der nordöstliche Teil Bayerns ist schon jetzt durch hohe Arbeitslosigkeit und Abwanderung geprägt. In den Orten Selb und Speichersdorf würden die meisten Beschäftigten direkt in die Arbeitslosigkeit kommen, mit allen negativen Folgeerscheinungen.

Allein in Speichersdorf mit rund 6000 Einwohnern würde dies ein Verlust von 20% bis 25% im produzierenden Gewerbe bedeuten. Sehr geehrter Herr Staatsminister Huber, wir fordern Sie auf, als zuständiger Minister sich für die Beschäftigten und die betroffenen Gemeinden intensiv einzusetzen. In einer gemeinsamen Aktion von Politik, Unternehmen und Gewerkschaften muss es uns gelingen, die vorhandenen Arbeitsplätze zu erhalten. Sorgen wir zusammen dafür, dass die so genannten Restrukturierungsmaßnahmen nicht verwirklicht und dadurch Entlassungen vermieden werden.

Anette Kramme enttäuscht über CSU-Ablehnung des SPD Dringlichkeitsantrags für schnelle Hilfe für die Rosenthal-Beschäftigten. Falsches Signal an die Bürger.

Als vollkommen falsches Signal an die Bürgerinnen und Bürger Oberfrankens wertete die Bundestagsabgeordnete Anette Kramme die Ablehnung des SPD-Dringlichkeitsantrags im Bayerischen Landtag für Maßnahmen gegen Massenentlassungen bei der Rosenthal AG durch die CSU-Staatsregierung. „Gerade jetzt hätten sich die Betroffenen und alle Bewohner Oberfrankens ein deutliches Zeichen aus München gewünscht. Die CSU zeigt einmal mehr; dass ihr an unserer Region wenig gelegen ist“, kritisiert Kramme.

Die derzeitige Entwicklung zeige deutlich, dass ein mehrjähriges Sonderprogramm aufgelegt werden müsse, mit dem Ziel der Region wirtschaftlich den Rücken zu stärken und neue Arbeitsplätze zu schaffen. „Die SPD hat erkannt, dass in Oberfranken dringend etwas getan werden muss.“

Die Staatsregierung hat die Zeichen der Zeit schlichtweg ignoriert“ so Kramme weiter. Gegenteilige Beteuerungen seitens der Staatsregierung seien lediglich leere Worthülsen. „Die Menschen wollen endlich Taten sehen und nicht weiter wortreiche Ankündigungen von der glorreichen Zukunft Oberfrankens hören“, meint die Abgeordnete. Bei den Rosenthal-Beschäftigten sei die Verzweiflung groß. „Viele Jahre haben die Arbeitnehmer zum Wohle Rosenthals viel Verzicht geübt. Jetzt ist die Unternehmensleitung am Zug“ den Beschäftigten das Vertrauen zurückzugeben“ fordert Kramme.

Der Vorstandsvorsitzende der Rosenthal AG“ Ottmar C. Küsel“ hätte in einem Schreiben an Anette Kramme erklärt, dass zur nachhaltigen Profitabilität und internationalen Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens Einschnitte im Personalbereich nicht vermeidbar seien. „Ich fordere von der Rosenthal AG, auf Entlassungen zu verzichten und statt dessen einen gemeinsamen Weg zusammen mit den Beschäftigten in die Zukunft zu wählen“ so Kramme.

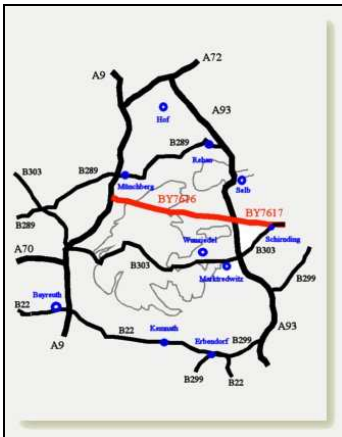


Foto: www.fichtelgebirgsautobahn.de

Südvariante der geplanten Fichtelgebirgsautobahn ist vom Tisch. Anette Kramme zeigt sich erleichtert über die Ergebnisse der Raumempfindlichkeitsanalyse

Die Südvariante der geplanten Fichtelgebirgsautobahn ist vom Tisch. Damit können Bürger aus der betroffenen Region vorerst durchatmen. Dies erfuh die Bundestagsabgeordnete Anette Kramme von der Parlamentarischen Staatssekretärin im Bundesministerium für Verkehr" Bau und Stadtentwicklung" Karin Roth. .

„Ich bin erleichtert darüber, dass die Ablehnung der Variante Süd durch die Bürgerinitiative Fichtelgebirgsautobahn von den Ergebnissen der Raumempfindlichkeitsanalyse bestätigt wurde“, so Kramme, die sich direkt bei Verkehrsminister Tiefensee gegen die Südvariante ausgesprochen hatte.

Karin Roth teilte in ihrem Schreiben weiter mit" dass Südkorridore aufgrund hoher Umweltbeeinträchtigungen, aufwendiger Ingenieurbauwerke und begrenzter verkehrlicher Wirkungen im Vergleich zu anderen Korridoren ungeeignet seien. „Befürchtungen einer Zerstörung des Steinachtals haben sich damit zum Glück nicht bewahrheitet.

Dies war ein wichtiges Ergebnis" nicht nur für die Bürgerinitiative Fichtelgebirgsautobahn", erklärt die Abgeordnete. Im nächsten Schritt des Planungsprozesses zur Fichtelgebirgsautobahn wird nun die bayerische Straßenbauverwaltung — aufbauend auf den bisherigen Ergebnissen — in der zweiten Umweltverträglichkeitsstufe in den ermittelten Korridoren Varianten entwickeln und sie zusammen mit den Ergebnissen einer Verkehrsuntersuchung in ihren Wirkungen vergleichen.

„Die bayerische Straßenbauverwaltung strebt an, nach Abstimmung einer Vorzugslinie das Raumordnungsverfahren im kommenden Jahr einzuleiten. Der Abschluss dieses Verfahrens ist die Voraussetzung für die weiteren Planungsschritte Linienbestimmung, Vorentwurf und Planungsfeststellung, die sich voraussichtlich ab 2009 anschließen werden“, so Anette Kramme.

Unterschriften gegen die Südumfahrung an Verkehrsminister Tiefensee übergeben

Am Rande der Fraktionssitzung übergab die Bayreuther SPD-Bundestagsabgeordnete Anette Kramme Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee die Unterschriftenliste der Bürgerinitiative „Fichtelgebirgsautobahn“ gegen eine Südumfahrung. MdB Kramme machte in dem Gespräch mit Bundesverkehrsminister Tiefensee auch persönlich ihre ablehnende Haltung gegenüber der Variante „Südumgehung“ der Fichtelgebirgsquerung deutlich. „Es handelt sich dabei um die längste, teuerste und umweltpolitisch bedenklichste Strecke“, erläuterte Kramme unter anderem. Wolfgang Tiefensee sagte der Bayreuther Abgeordneten eine Antwort zu.



Nordbayerischer Kurier vom 10./11.03.2007

„Keine radikalen Einschnitte“ Kramme kritisiert Pläne der Deutschen Telekom AG

Scharf kritisiert die Bundestagsabgeordnete Anette Kramme (SPD) die Pläne der Deutschen Telekom AG, bis zu 50 000 Beschäftigte in eine Servicegesellschaft zu überführen. „Dies führt zu einer deutlichen Verschlechterung der Arbeitsbedingungen für die betroffenen Beschäftigten“, so Kramme. Die daraus resultierende Erhöhung der Arbeitszeit und die deutliche Reduzierung des Entgelts seien der falsche Schritt und führten zu einem Motivationsverlust der Beschäftigten, was sich auch auf die Kunden auswirken würde.

„Gerade der hervorragende Service war und ist für eine Vielzahl von Telekommunikations-Kunden ein gewichtiger Grund, sich für die Telekom als Anbieter zu entscheiden. Das sollte auch in Zukunft der Anspruch des Unternehmens sein“, so Kramme. Es sei absolut wünschenswert, dass in den anstehenden Tarifverhandlungen um die Servicegesellschaft „T-Service“ Lösungen gefunden würden, die sowohl den Interessen der Beschäftigten als auch der Wettbewerbssituation der Deutschen Telekom gerecht werden. „Es darf auf keinen Fall zu radikalen Einschnitten bei den Beschäftigten kommen. Es kann und darf nicht Ziel sein, einen Lohnwettkampf nach unten zu führen“, so Kramme.

Sie fordert eine mittel- bis langfristige Beschäftigungssicherung bei der Telekom. „Nun, müssen wir die Verantwortlichen der Telekom beim Wort nehmen, dass es bei der Bayreuther Niederlassung zu keiner Personalverlagerung kommt. Die Telekom hat eine soziale Verantwortung für die Beschäftigten in der Region Bayreuth“, erklärt die Abgeordnete. Zwar lobte Kramme prinzipiell die Aussage der Telekom, auch künftig Deutschlands größter Ausbilder zu bleiben und im Zuge dessen in diesem Jahr 4000 Auszubildende neu einzustellen und 1000 Nachwuchskräfte vor allem in den Service-Einheiten zu übernehmen.

Gleichzeitig kritisierte sie aber auch, dass gerade am Standort Bayreuth immer mehr Ausbildungsstellen wegfielen und sehr wenige Nachwuchskräfte übernommen würden. „Wir in Oberfranken sind auf jede Ausbildungsstelle und jeden Arbeitsplatz für junge Leute angewiesen. Die Telekom muss sich hier ihrer Verantwortung bewusst sein und bessere Rahmenbedingungen schaffen“, fordert Anette Kramme.

Nordbayerische Nachrichten vom 22.02.2007

Bahn schließt Infozentrum Am Bahnhof Bayreuth wird der Service künftig verringert

BAYREUTH — Der stationäre Service-Point am Bayreuther Bahnhof wird endgültig dicht gemacht. Er soll noch im Laufe dieses Jahres abgebaut werden. Dies erfuhr die Bayreuther SPD-Bundestagsabgeordnete Anette Kramme jetzt vom Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Bahn AG, Hartmut Mehdorn.

Die Abgeordnete hatte sich vor kurzem an den Bahnchef gewandt und den Erhalt des Informationszentrums gefordert. Insbesondere für bewegungseingeschränkte oder ältere Menschen bedeute die Schließung, dass die Benutzung der Bahn in Bayreuth nur noch erschwert möglich sein werde, argumentierte Anette Kramme in ihrem Schreiben. Ihre Forderung: „Das Serviceangebot muss gerade für behinderte Menschen am Bahnhof in Bayreuth ungeschmälert erhalten bleiben. Als deutlichen Rückschritt in Sachen Kundenzufriedenheit bewertet sie den jetzt ultimativ verkündeten Schritt der Bahn: „Ausgerechnet beim Service sparen zu wollen, ist in der heutigen Zeit einfach aberwitzig. Damit wird die Bahn mit Sicherheit viele Reisende vergraulen.“

Der Hinweis von Bahnchef Hartmut Mehdorn, mobilitätseingeschränkte Personen könnten doch den Service der Mobilitätsservicezentrale nutzen, greife entschieden zu kurz. „Es ist doch etwas anderes, einen ständigen Ansprechpartner vor Ort zu haben oder lediglich eine Service-Hotline am Telefon.“

Durch den mobilen Service der Bahn vor Ort sei laut Mehdorn zudem sichergestellt, dass die Reisenden jederzeit ausreichende Informationen und weitere Hilfestellungen erhalten. Auch den Fundservice der Bahn werde es weiterhin in Bayreuth geben. „Ich bezweifle, dass der mobile Service an den stationären heranreicht“, so die Bundestagsabgeordnete Anette Kramme.

Nordbayerischer Kurier vom 31.03.2007

Kramme enttäuscht über Antwortschreiben der Bahn

„Ich glaube, die Deutsche Bahn hat immer noch nicht verstanden, was richtige Politik für Menschen mit Behinderung bedeutet“, kommentiert die SPD-Bundestagsabgeordnete Anette Kramme enttäuscht das Antwortschreiben der Bahn auf die Nachfrage Krammes zur Barrierefreiheit am Bayreuther Bahnhof.

Der Konzernbevollmächtigte der Bahn für den Freistaat Bayern, Klaus-Dieter Josel, erklärte, Rollstuhlfahrer benötigten von dem jetzigen Zugang der Bahnhofsgaststätte vom Bahnsteig aus genauso Unterstützung von Dritten wie früher von der Halle.

So habe sich keine Verschlechterung für mobilitätseingeschränkte Bürger ergeben. „Das heißt aber umgekehrt genauso, dass es keinerlei Verbesserung gegeben hat, hier muss die Bahn tätig werden“, fordert die Abgeordnete. Außerdem sei vorher sehr wohl ein Zugang für Rollstuhlfahrer — wenn auch mit Anstrengungen — ohne fremde Hilfe möglich gewesen.

Josel wies zudem darauf hin, dass sich Rollstuhlfahrer, die die Bahnhofsgaststätte besuchen wollen, in der Zeit von 7.45 Uhr bis 19.30 Uhr an die Servicemitarbeiter wenden könnten, die beim Öffnen der Türen zur Gaststätte gern behilflich sein würden. „Menschen mit Behinderung wollen eigenständig agieren können und nicht immer auf die Hilfe anderer angewiesen sein“, so Kramme.

Bayerische Rundschau vom 20.02.2007

Kramme fordert mehr BAföG

Die Bayreuther Bundestagsabgeordnete Anette Kramme (SPD) spricht sich für eine Erhöhung des BAföG ab 2008 aus. „Gerade vor dem Hintergrund der unsozialen Studiengebühren, die die CSU in Bayern eingeführt hat, muss sichergestellt bleiben, dass nicht nur Kinder aus gut verdienenden Familien ein Studium finanzieren können“, so Kramme. Die Aussage von Bundesbildungsministerin Annette Schavan (CDU), Studenten hätten heutzutage andere Möglichkeiten, ihre Hochschulausbildung zu finanzieren, stößt bei Kramme auf Unverständnis:

„Allein das BAföG ist das zentrale Instrument für Chancengleichheit beim Studium.“ Man müsse zwar hinnehmen, dass in diesem Jahr keine Anpassung der Freibeträge und der Bedarfssätze beim BAföG erfolgen kann. Spätestens im Jahr 2008 müsse es jedoch zu einer deutlichen Erhöhung der Förderung kommen, erläutert die Abgeordnete. Derzeit bekommen BAföG-Empfänger durchschnittlich 375 Euro im Monat. Der Höchstsatz liegt bei 585 Euro.

Nordbayerischer Kurier vom 06.03.2007

Kramme: Erfahrung der Älteren stärker nutzen

Gleitenden Übergang in den Ruhestand befürworten die SPD-Bundestagsabgeordneten Anette Kramme, (Bayreuth), Petra Ernstberger (Hof) und Carl-Christian Dressel (Coburg). Gemeinsam erklären sie: „Die ersten Ergebnisse der Anhörung zum Gesetzentwurf zur Rente mit 67 zeigen uns, dass wir die Leistungsfähigkeit, Erfahrung und Produktivität älterer Arbeitnehmer, stärker nutzen müssen als bisher.“

Vollzeittätigkeit bis zum 67. Lebensjahr sei in einigen Branchen nur unter Einschränkungen möglich. Die SPD-Politiker fordern eine modifizierte Berufsunfähigkeitsrente für Beschäftigte ab dem vollendeten 60. Lebensjahr, die in ihrem Beruf weniger als sechs Stunden tätig sein können.

Nordbayerische Nachrichten vom 16.02.2007

Fördergelder für Ausbau von DSL **SPD-Abgeordnete Anette Kramme fordert Mittel vom Staat für Plech**

Die Bayreuther Bundestagsabgeordnete Anette Kramme (SPD) hat sich an Staatsminister Erwin Huber gewandt und staatliche Mittel für die zügige Versorgung der Gemeinde Plech mit DSL-Breitbandanschlüssen gefordert.

„Aus dem EU-Förderprogramm für ländliche Entwicklung kann auch Bayern Mittel für die Förderung von Breitbandanschlüssen einsetzen“, so Kramme. Es könne nicht sein, dass die Bayerische Staatsregierung die Meinung vertrete, die flächendeckende Versorgung mit DSL sei alleine Aufgabe der Anbieter.

„Hier geht es darum, Wettbewerbsnachteile für Unternehmen im ländlichen Raum auszugleichen und für sie Chancengleichstand mit Firmen in städtischen Gebieten und Ballungszentren herzustellen“, begründete die Bundestagsabgeordnete. Flächendeckende Ausstattung des ländlichen Raums mit modernen Informations- und Kommunikationstechnologien gehörten zu den entscheidenden Standortfaktoren und seien für eine Neuansiedlung von Unternehmen im ländlichen Raum von entscheidender Bedeutung.

Mit der Gründung eines Bürgervereins und der Zusicherung der Marktgemeinde, sich an den Kosten zu beteiligen, habe die Kommune ihren Teil beigetragen. „Nun ist die Bayerische Staatsregierung am Zug, den ländlichen Gebieten mit Fördergeldern unter die Arme zu greifen und ihnen so den Zugang zu hochmodernen Breitbandanschlüssen zu ermöglichen“, forderte Kramme.

Nordbayerische Nachrichten vom 22.03.2007

Wahlkreise behalten die Form von 2005 **Empfehlung der unabhängigen Kommission für Oberfranken**

Die oberfränkischen Bundestagswahlkreise bleiben beim nächsten Urnengang, also 2009, in ihrer gegenwärtigen Form bestehen. Hinsichtlich einer möglichen Neueinteilung der oberfränkischen Bundestagswahlkreise ist eine wegweisende Vorentscheidung gefallen, erklären die drei oberfränkischen SPD-Bundestagsabgeordneten, darunter Anette Kramme aus Bayreuth.

In ihrem Bericht schlägt die Wahlkreiskommission dem Bundestag vor, keine Änderungen an den oberfränkischen Wahlkreisen vorzunehmen. „Wir begrüßen den Bericht der Wahlkreiskommission an die Bundesregierung. Die Empfehlung muss zwar formal noch durch den Innenausschuss und den Bundestag abgesegnet werden. Änderungen sind hier aber nicht mehr zu befürchten“, so die SPD-Parlamentarierin.

Der Bundespräsident beruft zu Beginn einer jeden Wahlperiode eine unabhängige Wahlkreiskommission ein, deren Aufgaben es ist, über Änderungen der Bevölkerungszahlen zu berichten und gegebenenfalls Konsequenzen vorzuschlagen. Die Kommission hält sich an Kernelemente aus Grundgesetz und Bundeswahlgesetz. Sie besagen, dass die Grenzen der Länder, Kreise und Gemeinden weitestgehend einzuhalten sind, damit die Gleichheit der Wahl gewährleistet ist.

Nordbayerische Nachrichten vom 09.03.2007

Die Post sucht neuen Partner **Alte Filiale in Pinzberg geschlossen**

Die Deutsche Post AG ist derzeit auf der Suche nach neuen Partnern für eine Post-Service-Filiale in Pinzberg, nachdem die frühere Filiale in der Kapellenstraße am 22. Februar geschlossen hat. Dies erfuhr die Bundestagsabgeordnete Anette Kramme (SPD) vom Regionalen Politikbeauftragten der Post, Hugo Scheuenpflug.

Wie Scheuenpflug weiter ausführte, sei man bereits an potenzielle Partner herangetreten und führe derzeit intensive Gespräche, um schnellstmöglich die Versorgung mit Postdienstleistungen für die Gemeinde Pinzberg wieder herzustellen. Allerdings könne das Unternehmen noch keinen definitiven Zeitplan nennen, so Scheuenpflug. „Die Deutsche Post AG muss nun schnellstmöglich handeln, um den Bürgerinnen und Bürgern zeitnah wieder den Zugang zu Postdienstleistungen zu ermöglichen“, so Anette Kramme.

Fränkischer Tag vom 21.02.2007

Gutes für die Lias-Grube

Der Neubau eines Umweltzentrums mit zwei Jugenddörfern an der Lias-Grube in Unterstürmig wird nun auch von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) gefördert. Die SPD-Bundestagsabgeordnete Anette Kramme hatte sich zusammen mit dem Staatssekretär im Umweltministerium, Michael Müller, für die Förderung des Projekts eingesetzt.

„115 000 Euro sollen seitens der DBU fließen“, freut sich die Abgeordnete. Kramme und Müller konnten sich vor einiger Zeit selbst ein Bild von der hervorragenden Arbeit der Umweltstation machen: „Die hohe Kompetenz und das Engagement vor Ort sind beeindruckend“, lobt Kramme. Die Lias-Grube gehört zu einer von derzeit 36 staatlich anerkannten Umweltstationen in Bayern. Hauptaufgabe ist die Förderung und die Erhaltung einer gesunden Umwelt durch Umweltbildung in der Region für alle Altersklassen.

Antwortschreiben des 1. Vorsitzenden des Fördervereins Umweltstation Lias-Grube Unterstürmig

Sehr geehrte Frau Kramme,
mit Freuden habe ich Ihre Nachricht erhalten, daß die Deutsche Bundesstiftung Umwelt unseren Projektantrag zum Thema „Aufbau eines Netzwerkes und Qualifizierungsmaßnahmen im Bereich Gesundes Bauen und Renovieren“ mit einer Fördersumme von insgesamt 115.875 Euro fördert.

Ich möchte mich ganz herzlich bei Ihnen für Ihre Unterstützung bedanken, die es erst möglich machte, ein solches Projekt von der Idee in die Tat umzusetzen. Gerne möchte ich Sie als kleines Dankeschön zu unserer Einweihungsfeier einladen, die voraussichtlich Ende dieses Jahres stattfinden wird. Sie erhalten das Einladungsschreiben rechtzeitig vor der Veranstaltung.

Bis dahin verbleibe ich mit großem Dank,

Claus Schwarzmann
1. Vorsitzender
Förderverein Umweltstation
Lias-Grube Unterstürmig e.V.

PRESSEMITTEILUNG Post-Partner-Filiale in Untersteinach schließt

Die Post-Partner-Filiale von Herbert Friedlein in Untersteinach, Stadtsteinacher Straße 13, wird zum 31.07.2007 geschlossen. Dies erfuhr die Bundestagsabgeordnete Anette Kramme vom regionalen Politikbeauftragten der Deutschen Post, Hugo Scheuenpflug.

„Von Seiten der Deutschen Post wurde mir versichert, dass sie sich bereits intensiv um einen neuen Vertragspartner für eine Postfiliale in Untersteinach bemühen“, erklärt Anette Kramme. Bei der Deutschen Post gehe man davon aus, nahtlos zum 01.08.2007 eine neue Filiale eröffnen zu können. „Sobald der genaue EÖröffnungszeitpunkt und der Standort der neuen Partner-Filiale feststeht, wird dies umgehend bekannt gegeben“, so die Abgeordnete.

Die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion Anette Kramme begrüßt Ausweitung des Arbeitnehmerentsendegesetzes auf die Gebäudereinigerbranche

Die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion Anette Kramme begrüßte in ihrer Rede vor dem Bundestag die Verabschiedung des Ersten Gesetzes zur Änderung des Arbeitnehmerentsendegesetzes. „Die Ausweitung des Arbeitnehmerentsendegesetzes auf die Gebäudereinigungsbranche ist sowohl für die rund 850.000 beschäftigten Arbeitnehmer als auch für die Arbeitgeber ein großer Erfolg. Sie ist ein Ordnungselement für die Arbeitgeber gegen Schmutzkonzurrenz und für die Arbeitnehmer gegen nationales und internationales Lohndumping“, erklärt Kramme. „Gerade Arbeitnehmer in Oberfranken werden ganz erheblich von der neuen Regelung profitieren.“

Der Beschluss müsse allerdings auf weitere Branchen ausgedehnt werden, wenn sich Arbeitgeber und Gewerkschaften auf jeweilige Mindeststandards einigen können, so die Abgeordnete. „Die SPD-Bundestagsfraktion befürwortet ausdrücklich die Forderungen der Tarifparteien nach einer zukünftigen Aufnahme der Zeitarbeitsbranche in das Arbeitnehmerentsendegesetz.“ Ziel bleibe die Verwirklichung ergänzender gesetzlicher Mindestlöhne.

Sowohl die IG Bauen, Agrar und Umwelt als auch der Spitzenverband der Gebäudereiniger begrüßten die Gesetzesänderung, so Kramme weiter. Beide hätten zuvor mit einem bundesweit geltenden Tarifvertrag den Grundstein für die Ausweitung des Arbeitnehmerentsendegesetzes gelegt. „Wir begrüßen ausdrücklich, dass nun die Mindestlohnverträge der Branche per Rechtsverordnung für allgemeinverbindlich erklärt werden können“, so Anette Kramme.

Nach Schätzungen des Vize-Präsidenten des Zentralverbandes des Deutschen Baugewerbes konnte seit Einführung des Entsendegesetzes der Abbau von tausenden weiteren Arbeitsplätzen auf dem Bau verhindert und ein realistisches Lohnniveau erreicht werden. „Somit ist der Beweis angetreten, dass Mindestlöhne das Wachstum einer Branche fördern und nicht behindern“, erläutert die Abgeordnete.

Die SPD gehe daher von einer ähnlichen Entwicklung auch im Gebäudereinigungsgewerbe aus und sehe in dem heutigen Schritt eine Stärkung der Branche im europäischen Wettbewerb. „Ähnlich wie auf dem Bau können wir mit dem neuen Gesetz tausende Arbeitsplätze in der Gebäudereinigung sichern“, ist Kramme überzeugt.

Der SPD-Ortsverein Waischenfeld-Aufseß lädt am Sonntag, **20. Mai 2007** zur **5. Brauereiwanderung** ins Zentrum der Fränkischen Schweiz ein.

Wanderführer Lorenz „Lenz“ Polster startet die Tour mit einer Gesamtlänge von 13 km **um 9 Uhr an der Tourist-Information am Marktplatz in Waischenfeld**. Die Wanderung verläuft über Nankendorf (Brauerei Schroll) nach Breitenlesau (Brauerei Krug). Von dort aus geht es weiter nach Hochstahl zur Brauerei Reichhold (Mittagessen und Brauereiführung) und zur Kathi-Bräu nach Heckenhof.

Gegen 17 Uhr erfolgt der Rücktransport per Kleinbus nach Waischenfeld. Für die Führung, Brauereibesichtigung und Rücktransport fällt wie in den Vorjahren ein Unkostenbeitrag von sechs Euro an (Kinder bis 13 Jahren frei).

Interessenten möchten sich bitte telefonisch (09202/970868) oder per Mail (udo.lunz@gmx.de) anmelden.

Anette Kramme: „Wir brauchen jetzt einen allgemeinen Mindestlohn“

„Wir brauchen jetzt einen allgemeinen Mindestlohn und nicht erst in einigen Jahren. Mindestlohn ist kein wahltaktisches Thema sondern dient dem Wohl von Bürgerinnen und Bürgern, deren Lohn eben nicht mehr ausreicht, um den Lebensunterhalt zu sichern“, fordert die Bundestagsabgeordnete Anette Kramme (SPD).

Die Lohnverwerfungen hätten bereits heute ein hohes Ausmaß erreicht. „Die Äußerungen des saarländischen Ministerpräsidenten Müller für die Ausweitung der branchenspezifischen Mindestlöhne gehen zwar in die richtige Richtung, zielen aber allein auf die Entwicklungen ab, die durch den Wegfall der Übergangsregelungen in der Arbeitnehmerfreizügigkeit entstehen werden“, so Kramme weiter.

Doch gerade in Bereichen, in denen die Tarifbindung zu gering sei oder in denen erst gar keine Tarife gelten brauchen wir Mindestlöhne, die über die Ausweitung des Arbeitnehmerentendegesetzes hinausgingen“, erklärt die Abgeordnete.

Darüber hinaus seien auch aus Gründen der Kontrolle allgemeine Mindestlöhne am sinnvollsten. „Wir brauchen einfache und transparente Regeln, die eine wirksame und unbürokratische Kontrolle ermöglichen“, fordert Anette Kramme.

Anette Kramme begrüßt Reformansätze des Aktionsrates Bildung

Der vorgelegte „Masterplan“ des „Aktionsrates Bildung“ stößt bei der Bundestagsabgeordneten Anette Kramme (SPD) auf breite Zustimmung. „Seit Jahren schon fordert die SPD den beitragsfreien Kindergarten und ein verpflichtendes letztes Kindergartenjahr“, so Kramme.

Zum Wohle unserer Kinder sei es an der Zeit, einen radikalen Umbau des Bildungssystems voranzutreiben. „Die Thesen des Experten-Gremiums sind ein Schritt in die richtige Richtung, wenn wir den Anschluss an im Bildungssystem führende Nationen nicht verlieren wollen“, erklärt Kramme.

Kramme begrüßt den Vorschlag zur zweigliedrigen Bildungsstruktur. „Wir sollten sogar noch weiter gehen und über eine längere gemeinsame Schulzeit in einer Primarschule nachdenken“. Diskussionsbedarf sieht sie auch bei der Frage, ob Lehrer in Zukunft noch verbeamtet werden müssen. Verpflichtende Fortbildungen für Lehrkräfte würden zudem für eine verbesserte Ausbildung der Schüler sorgen.

Ablehnend steht Kramme allerdings einer Entstaatlichung des Schulsystems gegenüber. „Bildung muss zwingend in staatlicher Hand bleiben um eine ausgewogene Schulbildung aller Kinder zu gewährleisten“, so Anette Kramme.

Kramme kritisiert Bahn: Einsparungen bei Zugbegleitern sind der falsche Weg

Die Bayreuther Bundestagsabgeordnete Anette Kramme (SPD) spricht sich entschieden gegen Pläne der Bahn aus, bayernweit bis zu fünf Prozent der Zugbegleiter einsparen zu wollen. „Gerade für die älteren Fahrgäste im Regionalverkehr sind kompetente Zugbegleiter ausgesprochen wichtig.

Sie geben Hilfestellung bei Fahrplanfragen, kümmern sich bei Verspätungen um Anschlusszüge und stellen Fahrkarten im Zug aus für Leute, die mit der Technik der Kartenautomaten nicht zurecht kommen“, erklärt die Abgeordnete. Zudem vermittelten sie in den Zügen ein gewisses Maß an Sicherheit für die Reisenden. Daher begrüßt Kramme auch die Entscheidung des Wirtschaftsausschusses des bayerischen Landtages, sich über die Bayerische Eisenbahngesellschaft für den Erhalt der Schaffner in Regionalzügen einzusetzen.

„Einsparungen bei den Zugbegleitern sind der falsche Weg und fördern nicht gerade das Vertrauen in den Zugverkehr“, meint Anette Kramme. Ohne Zugbegleiter werde nur die Bereitschaft zum Schwarzfahren bei zahlreichen Bahnreisenden vor allem im Nahverkehr erhöht.

Anette Kramme kritisiert Pläne der Bahn, den Fahrscheinverkauf in Zügen abzuschaffen

Die Bundestagsabgeordnete Anette Kramme (SPD) kritisiert die Pläne der Deutschen Bahn, den Fahrscheinverkauf in Zügen der DB Regio ab dem 01.04.2007 einzustellen. „Gerade für ältere Menschen könnte das zu einem Problem werden. Erst werden die Service-Points abgeschafft, die als Anlaufstellen unverzichtbar waren, um im Tarifdschungel für ungeübte Bahnfahrer den Überblick zu behalten. Nun werden auch keine Fahrscheine mehr im Zug verkauft. Zwar kann man sich vor der Abfahrt beim Zugbegleiter melden, doch viele ältere Menschen sind nicht mehr so mobil, um den gesamten Bahnsteig nach einem Zugbegleiter abzusuchen“, so Kramme.

Zudem befürchtet sie eine Reduzierung der Zugbegleiter im Nahverkehr, obwohl dies von der Bahn verneint wird. „Die Bahn macht derzeit einen großen Fehler, den persönlichen Kundenservice immer weiter zurückzufahren“, kritisiert die Abgeordnete. „Die Bahn verspricht sich mit den Maßnahmen zwar noch mehr Zeit der Zugbegleiter für individuellen Kundenservice. Ich bezweifle jedoch stark, dass dies auch eintritt“.

Wie die Deutsche Bahn mitteilte, werde es noch einige wenige Ausnahmen geben, erklärt Anette Kramme. Auf den Nebenbahnstrecken Hof – Selb Stadt und Hof – Bad Steben werde es zumindest bei Stationen ohne Fahrscheinautomat möglich sein, beim Triebfahrzeugführer Fahrkarten zu erwerben. „In den Interregio-Zügen des Franken-Sachsen-Expresses wird es auch weiterhin Fahrkarten zum Bordpreis geben“. Zudem bleibe zu hoffen, dass die derzeit in der Entwicklungsphase befindlichen neuen Fahrscheinautomaten das halten, was die Bahn verspricht. „Die zahlreichen Vorteile der Automaten, wie sie die Deutsche Bahn anpreist, können allerdings niemals den persönlichen Kontakt zu einem Servicemitarbeiter ersetzen“, so Kramme.

Kramme lobt bei Besuch Einsatzbereitschaft der Feuerwehr

Bei einem Besuch der Bayreuther Feuerwehr machte sich die SPD-Bundestagsabgeordnete Anette Kramme vor Ort ein Bild über die personelle Struktur und die technische Ausstattung der Brandschützer. Beeindruckt zeigte sich die Abgeordnete besonders von der Einsatzbereitschaft und der tollen Jugendarbeit der Wehr. „Es ist schon erstaunlich, welchen Kraftakt die Einsatzkräfte bewältigen müssen“, so Kramme.

Nach der Besichtigung von Feuerwache, Einsatzzentrale und der zahlreichen Einsatzfahrzeuge konnte sich die Abgeordnete bei einer Übung persönlich vom hohen Grad der Ausbildung der Einsatzkräfte überzeugen. „Man kann die Arbeit der Feuerwehrleute gar nicht hoch genug einschätzen wenn man nicht mit eigenen Augen sieht, was sie zu leisten im Stande sind“, lobte Kramme.

Bei der anschließenden Gesprächsrunde konnten die Einsatzkräfte dringende Probleme der Wehr zur Sprache bringen. Anette Kramme erklärte, sie werde sich für dafür einsetzen, dass die im Rahmen der „Hilfe für Helfer“-Initiative geplante Ehrenamtszuschale von 300 Euro nicht nur Ehrenamtlichen in sozialen Bereichen, sondern auch den Feuerwehren zu Gute kommt. „Es darf keine Ehrenamtlichen zweiter Klasse geben. Sie riskieren bei ihrer freiwilligen Tätigkeit ihr Leben, das muss auch entsprechend honoriert werden“, so Kramme.

„Es freut uns natürlich sehr, dass sich die Politik für unsere Probleme und unsere Arbeit interessiert. Für uns wäre es schon hilfreich, ebenfalls in den Genuss der Ehrenamtszuschale zu kommen“, so Stadtbrandrat Erich Distler.

Mit einem Blumenstrauß bedankte sich Abteilungsführer Dieter Fischer bei Anette Kramme für ihren Besuch und dankte ihr gleichzeitig auch, dass Kramme den Kameraden der Freiwilligen Feuerwehr einen Besuch in der Bundeshauptstadt ermöglichte. „Dem Zusammenhalt und der Kameradschaft hat diese Berlinfahrt sehr gut getan“, so Fischer. „Ich werde mich auch weiterhin intensiv für die Belange der Feuerwehren in Berlin einsetzen“, versprach Anette Kramme.

Anette Kramme stellt Steuererleichterungen für Sportvereine und ehrenamtlich Tätige in Aussicht

Im Zuge einer von Bundesfinanzminister Peer Steinbrück geplanten Unterstützung des Sports soll es künftig weitere Steuererleichterungen für Sportvereine und ehrenamtlich Tätige geben, teilt die Bayreuther Bundestagsabgeordnete Anette Kramme (SPD) mit. „Ob Spitzensport oder Breitensport, unsere Sportvereine leisten einen unverzichtbaren Beitrag für die aktive Freizeitgestaltung, für die Gesundheitsfürsorge und den sozialen Zusammenhalt. Das gilt es zu unterstützen“, so Kramme.

„Konkret heißt das, dass in Zukunft die steuerliche Übungsleiterpauschale sowie die Freigrenzen für die wirtschaftlichen Geschäftsbetriebe der Vereine angehoben werden. Auch die Möglichkeiten beim Spendenabzug sollen ausgeweitet werden“, erklärt die Abgeordnete. Die Reform beabsichtige zudem, den Kreis der geförderten Ehrenamtlichen zu vergrößern. „Das freiwillige Wirken der Mitglieder trägt ganz wesentlich zum Bestehen von Vereinen bei. Die zahlreichen Stunden, die sich Ehrenamtliche in Vereinen engagieren, müssen noch stärker gefördert und damit belohnt werden“, so Kramme.

Kramme erinnert daran, dass die Schröder-Regierung auf Bundesebene die steuerfreie Pauschale für Übungsleiter erhöht habe, während die bayerische CSU-Landesregierung in den vergangenen Jahren die Zuschüsse für Vereine massiv gekürzt habe: „Die Kürzungen der CSU umfassen allein für Übungsleiter und den Sportbetrieb 2,4 Millionen Euro. Die Mittel für den vereinseigenen Sportstättenbau wurden auf jährlich fünf Millionen gekürzt.“

Derzeit fordert ausgerechnet der bayerische Finanzminister zusätzliche Maßnahmen vom Bund, bei seinen massiven Kürzungen ist das mehr als ungläubwürdig“. Ich freue mich, das der Bundesfinanzminister mit seiner deutlich positiven Positionierung die gesellschaftliche Rolle des Ehrenamtes würdigt“, so Anette Kramme.

Internationaler Tag der Frauen: Anette Kramme fordert Chancengleichheit im Berufsleben

Zum Internationalen Tag der Frauen fordert die Bundestagsabgeordnete Anette Kramme (SPD), die Differenz zwischen den Einkommen weiblicher und männlicher Arbeitnehmer gleicher Qualifikation endlich zu verringern. „Es kann nicht sein, dass Frauen bei gleicher Arbeit im Schnitt fast ein Viertel weniger verdienen als Männer“, so Kramme.

Zudem müssten viel mehr Frauen im Segment der Besserverdiener vertreten sein. „Der Frauenanteil bei Einkommen unter 1000 Euro liegt bei 75 Prozent, bei Einkommen über 3500 Euro jedoch lediglich bei 11 Prozent. Dies ist ein unhaltbarer Zustand, der schnellstmöglich verbessert werden muss“, fordert die Abgeordnete.

Als Folge dieses Ungleichgewichts trete vermehrt bei Frauen Altersarmut auf. „Vergleicht man die gesetzlichen Renten allein in Bayern, bekommen Frauen durchschnittlich nur 489 Euro, Männer jedoch 986 Euro Rente ausbezahlt“, verdeutlicht Kramme. Die Bemühungen, über eine freiwillige Selbstverpflichtung der Wirtschaft zu einer Gleichstellung von Frauen zu kommen, seien gescheitert.

„Nun müssen politische Maßnahmen ergriffen werden, um die herrschende Lohndiskriminierung in Deutschland zu beenden. Frauen müssen den gleichen Zugang zu vollwertiger Arbeit, gleiche Bezahlung und gleiche Aufstiegschancen haben wie Männer. Das muss das Ziel sein“, fordert die Abgeordnete.

Anette Kramme ist enttäuscht über Urteil zur Kostenübernahme von künstlichen Befruchtungen

Mit Enttäuschung hat die Bundestagsabgeordnete Anette Kramme (SPD) das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Thema Kostenübernahme von künstlichen Befruchtungen durch Kassen bei unverheirateten Paaren aufgenommen. „Daran sehe ich einmal mehr, dass unsere Gesellschaft einfach noch nicht so weit ist zu akzeptieren, dass auch Paare ohne Trauschein hervorragende Eltern sein können“, so Kramme.

Gerade die hohe Scheidungsrate sei ein deutliches Zeichen dafür, dass ein Trauschein nicht die Garantie für eine heile Familie ist. „Nichts und niemand kann eine intakte Familie auf Dauer garantieren, doch jeder Mensch, egal ob verheiratet oder nicht, hat die gleichen Chancen verdient. Hier geht es um die Zukunft unseres Landes und die Zukunft unserer Kinder, nicht um ein Stück Papier“, erklärt die Abgeordnete.

Schon allein die Reduzierung der Kassenzuzahlung zur künstlichen Befruchtung auf 50 Prozent habe zu einem deutlichen Rückgang bei den Befruchtungen geführt. „Ein unerträglicher Zustand. Der Kinderwunsch gehandycapter Paare darf nicht an einem fehlenden Trauschein und der daraus resultierenden fehlenden finanziellen Unterstützung scheitern. Ich hoffe sehr, dass die Politik in Zukunft verbesserte Rahmenbedingungen für Paare mit unerfülltem Kinderwunsch schafft“, so Anette Kramme.

Anette Kramme unterstützt Aufnahme des Klimaschutzes in die EU-Verfassung

„Ich begrüße den Vorstoß von Bundesumweltminister Sigmar Gabriel ausdrücklich, den Klimaschutz in der EU-Verfassung festschreiben zu wollen“, erklärt die Bundestagsabgeordnete Anette Kramme. „Während der Deutschen Ratspräsidentschaft können wir Zeichen setzen und unser Land zu einem Vorreiter sozialer Umweltpolitik machen“, so die Abgeordnete.

Es sei mehr als angemessen, diesem Thema mit der Aufnahme in die Verfassung wesentlich mehr Gewicht zu verleihen, denn einzelne Staaten alleine könnten dem Problem nicht Herr werden“, meint Kramme. Bundeskanzlerin Angela Merkel habe angekündigt, den Klimaschutz als Ziel der Europapolitik in den Mittelpunkt zu stellen. „Nun ist es an der Zeit, den Worten auch Taten folgen zu lassen“, fordert Anette Kramme.

Sie stimmte der Bundeskanzlerin mit ihrer Forderung vollkommen zu, die EU beim weltweitem Klimaschutz Maßstäbe setzen zu lassen. „Nur wenn große Staatenverbünde wie die Europäische Union Signale senden, werden andere große Wirtschaftsregionen wie Asien oder die USA darauf aufmerksam“, so Kramme.

Anette Kramme begrüßt Bürokratieabbau: Schritt in die richtige Richtung, der nun kontinuierlich fortgesetzt werden müsse

Als Schritt in die richtige Richtung bezeichnete die Bundestagsabgeordnete Anette Kramme (SPD) den geplanten Bürokratieabbau für mittelständische Betriebe. „Bürokratie bremst Unternehmen aus und verursacht Kosten, die die Betriebe wesentlich besser in anderen Bereichen investieren können“, so Kramme. Gleichwohl geht ihr der Bürokratieabbau noch nicht weit genug. „Die derzeitig angedachten Maßnahmen können nur der Anfang sein und müssen der Startschuss hin zu einem massiven Bürokratieabbau sein“, fordert Kramme.

Bisher seien 17 Einzelvorhaben im so genannten „Mittelstandsentslastungsgesetz“ integriert, das schnellstmöglich in Kraft treten soll. „Zentrale Punkte sind vor allem die Entlastung von Existenzgründern, Vereinfachungen bei der Vorausbescheinigung der Arbeitgeber für die Rentenversicherung sowie eine Vereinfachung des Auskunftsverfahrens beim Gewereregister“, erklärt die Abgeordnete. „Insgesamt wird der Mittelstand um mehr als 70 Millionen Euro entlastet. Ein guter Anfang, der nun mit einem stetigen Prozess kontinuierlichen Bürokratieabbaus fortgesetzt werden muss“, so Anette Kramme. Es könne nicht sein, dass bis zu sechs Prozent des Umsatzes eines Betriebes von Bürokratiekosten verschlungen würden.

Bayerische Rundschau vom 16.04.2007

Karl Lothes will Landrat werden

Mit dem Kreis- und Stadtrat aus Pegnitz geht die SPD ins Rennen um das höchste Amt im Landkreis Bayreuth. Die offizielle Nominierung soll voraussichtlich im Frühherbst erfolgen.



Mit Kreis- und Stadtrat Karl Lothes aus Pegnitz geht die SPD ins Rennen um den Posten des Bayreuther Landrats. Der 48-jährige Diplom-Verwaltungswirt, der in der Auskunft- und Beratungsstelle der Landesversicherungsanstalt in Nürnberg arbeitet, trat bereits bei der Landratswahl 2002 gegen den im kommenden Jahr aus Altersgründen ausscheidenden Amtsinhaber Dr. Klaus-Günter Dietel an und erreichte damals knapp 30 Prozent der Stimmen.

SPD-Kreisvorsitzender Hans Dötsch betonte am Samstagnachmittag bei einer Pressekonferenz in Bad Berneck, dass Lothes vom Kreisvorstand Bayreuth-Land einstimmig als Landratskandidat vorgeschlagen wurde. Die

offizielle Nominierung soll voraussichtlich im Frühherbst mit der Aufstellung der Kreistagsliste durch die Delegierten-Konferenz der SPD erfolgen.

Maßgeblich beteiligt war Lothes nach eigenen Worten an der Integration des südlichen Landkreises Bayreuth in die Verkehrsgemeinschaft Großraum Nürnberg (VGN). „Ziel muss es nun sein, im Rahmen der Metropolregion Nürnberg den gesamten Landkreis und die Stadt Bayreuth in den VGN einzubeziehen“, so der Kandidat.

Mit einem guten Wahlkampf wolle er, Lothes, beweisen, dass sich sein politisches Engagement nicht nur auf den südlichen Landkreis beschränkt. „Bei den Wahlen am 2. März 2008 werden die Karten an der Landkreisspitze neu gemischt. Ich setze auf Sieg und will die Position der SPD im Kreistag entscheidend verbessern.“

Kreisvorsitzender Dötsch betonte, dass die Situation am Bayreuther Klinikum eines der zentralen Themen im Wahlkampf der SPD für die Kreistagswahl werde. Die vor mehr als einem Jahr eingeführte Servicegesellschaft müsse abgeschafft, und die dort unter Tarif bezahlten.

Kräfte müssten in ein ordentliches Beschäftigungsverhältnis bei der Klinikum AG übernommen werden. „Wenn bei den Personalkosten gespart werden muss, sollte die Treppe von oben nach unten gekehrt werden“. Angesichts der Zusammensetzung des Aufsichtsrates müsse den Menschen klar sein, dass man „nicht über die Zustände im Klinikum jammern und gleichzeitig CSU wählen kann“. Sicher müssten manche Fakten aus den Aufsichtsratssitzungen geheim sein. „Das Klinikum gehört aber letztlich der Bevölkerung. Da ist es schon komisch, dass die politisch Verantwortlichen so tun, als ob die Leute von nichts wissen dürften“.

Außerdem sprach sich Dötsch in Bezug auf die allgemeine Lage des Landkreises gegen „ewiges Schönreden“ aus. Auch im Landkreis Bayreuth nehme die Bevölkerung, ab und zögen Betriebe weg. Zur Regionalentwicklung angepriesene Instrumente wie die integrierte ländliche Entwicklung brächten nichts, solange der Staat nicht genug Geld für die Dorferneuerung zur Verfügung stelle.

Die Wiederbelebung der Bahnlinie von Bayreuth nach Weidenberg sei von der SPD im Kreistag - „im Gegensatz zur CSU, deren Landratskandidat Hermann Hübner dagegen stimmte“ - immer einstimmig unterstützt worden.



Karl Lothes

Ich bin 48 Jahre alt, verheiratet und habe 2 Söhne (17 und 22). An dieser Stelle möchte ich erwähnen, dass meine Familie mich bei meiner politischen und ehrenamtlichen Arbeit voll und ganz unterstützt. Meine berufliche Laufbahn als Verwaltungsbeamter begann ich 1974 bei der Landesversicherungsanstalt in Bayreuth. Nach dem Besuch der Beamtenfachhochschule in München erhielt ich das Diplom als Verwaltungswirt und bin inzwischen schon seit mehr als zehn Jahren als Berater in der Auskunfts- und Beratungsstelle in Nürnberg tätig. Hier werde ich in vorderster Front mit Fragen und Problemen der Menschen konfrontiert und helfe ihnen nicht nur in Bezug auf das nicht einfache Rentenrecht.

In diesem Zusammenhang gebe ich auch Vorträge und zuletzt habe ich auch die Qualifikation erworben, bei Volkshochschulen Kurse zum Thema „Altersvorsorge macht Schule“ abhalten zu können. Ich bin Ver.di-Mitglied und gehörte auch vorübergehend dem Personalrat der LVA an. Auch in meinem gesellschaftlichen

und politischen Engagement setze ich mich zum Wohle meiner Mitmenschen ein und dies will ich nun ebenfalls erläutern. Privat musste ich schon bald Verantwortung übernehmen, da mein Vater leider früh verstarb. Er war aktiver Sozialdemokrat und 2. Bürgermeister der ehem. Gemeinde Hainbronn. Mit meinen 23 Jahren habe ich daheim das Anwesen übernommen und bin auch in seine politischen und gesellschaftlichen Fußstapfen getreten. So folgte ich ihm als Schriftführer bei der örtlichen Waldgenossenschaft und später auch bei der Jagdgenossenschaft. Diese Posten übe ich inzwischen seit mehr als 20 Jahren aus und werde dadurch auch mit den Sorgen und Problemen der Land- und Forstwirte konfrontiert.

So war ich auch in diesem Jahr, wie schon in den Vorjahren, Gast bei der Versammlung der regionalen Forstbetriebsgemeinschaft in Weidensees. Und ich habe das Gefühl, dass ich dort als einziger Sozialdemokrat unter den vielen Kommunal-Politikern von den Land- und Forstwirten gern gesehen bin. Als Waldbesitzer nutze ich die wenige freie Zeit, die mir bleibt, auch für die Waldarbeit und der Beschaffung des Holzes für meinen Kachelofen. Ich bin seit mehr als 30 Jahren aktiver Feuerwehrmann. Beim Schützenverein Hainbronn gehöre ich ebenfalls seit dieser Zeit dem Vorstand an. Beim ASV-Pegnitz, bei dem ich bei den "Alten Herren", wenn es die Zeit erlaubt, noch mittrainiere und manchmal auch mitspiele, war ich lange Zeit Spielleiter und zweiter Spartenleiter. Die ASV Handballer unterstütze ich durch meine Mitgliedschaft im Förderverein. Im vorpolitischen und gesellschaftlichen Bereich gehöre ich vielen Vereinen an. Bei einigen stehe ich in vorderster Front wie bei der AWO Pegnitz, wodurch ich auch Mitglied im Kreisvorstand bin. Seit 2004 bekleide ich das Amt eines Schöffen am Amtsgericht Bayreuth. In Pegnitz rief ich eine "Interessengemeinschaft Museum" mit ins Leben, um diese Lücke in der örtlichen Kulturlandschaft zu schließen. Die Bürger honorierten meinen ehrenamtlichen Einsatz, als sie mich 1990 in den Stadtrat und 1996 in den Kreistag, jeweils bei meinem ersten Anlauf, wählten.

In die SPD holte mich 1985 unser ehemaliger und unvergessener Landtagsabgeordneter Fritz Gentner. Seither trage ich Verantwortung im engeren Vorstand des Ortsvereins und seit geraumer Zeit mit einer Unterbrechung führe in den Ortsverein als 1. Vorsitzender. Seit mehr als 15 Jahren bin ich stellvertretender Kreisvorsitzender und Mitglied im Bezirksvorstand der SPD. 2003 wählten mich meine Freunde zum Kreisvorsitzenden der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik. Stets stellte ich unsere sozialdemokratischen Grundsätze in den Mittelpunkt meiner politischen Arbeit. Als vorrangiges politisches Ziel betrachte ich es, unseren nachfolgenden Generationen eine lebenswerte Zukunft zu erhalten. An dieser Stelle möchte ich zu den vorgenannten Vereinen auch noch meine Mitgliedschaft beim Verein „Alternative Sonnenenergienutzung – Al.So. Pegnitz“ erwähnen. Die neuesten Erkenntnisse über die Gefährdung unseres Klimas scheinen mir dabei Recht zu geben. „Global denken – lokal Handeln“ ist für mich dabei keine leere Worthülse. So findet heuer die inzwischen achte von mir organisierte Energie- Umweltmesse in Pegnitz statt.

Die Nutzung von alternativen Energien und die Unterstützung heimischer Handwerksbetriebe sind dabei sehr gut gelungen. Nicht umsonst wird der Wirtschaftsbereich regenerative Energien inzwischen als Jobmaschine bezeichnet. Ich habe durch die seit 1989 durchgeführten Messen eine Vorreiterrolle für die, inzwischen überall entstandenen, Regionalausstellungen eingenommen und darüber freue ich mich. Die Verbesserung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) war, ist und bleibt ein Schwerpunkt meiner politischen Aktivitäten. Als ich nach einer meiner ersten Anregungen, als frisch gewählter Stadtrat, 1990 zum ersten Mal mit Vertretern der Stadtverwaltung Pegnitz Verhandlungen beim Verkehrsverbund Großraum Nürnberg (VGN) in Nürnberg führte, glaubte fast keiner der anderen Teilnehmer an einen Anschluss von Pegnitz. Inzwischen ist Pegnitz und der südliche Landkreis dabei und es wird von allen als großer Erfolg gefeiert

Fränkischer Tag vom 10.04.2007

Gräfenberger Bürgerwiderstand wächst

Weil die Nazis in der Stadt aufmarschieren dürfen, fühlen sich die Bürger von der Politik im Stich gelassen. Andererseits wächst der aktive Widerstand unter den Einwohnern vor allem in den Vereinen



Foto: www.jusos-leipzig.de

Die Geschäftsfrau Susana Horz wundert sich, dass 2400 Bürger regelmäßig massive Einschränkungen hinnehmen müssen, damit 60 Nazis durch die Stadt marschieren dürfen. „Die Bürger müssen noch aktiver werden.“ Das ist eine Forderung, die sich für Susann Horz aus den Nazi-Aufmärschen ergibt. Die andere: Auch die Politik müsse aktiver werden. Zwischen diesen beiden Polen pendelt die Stimmung in Gräfenberg. Zum einen wächst die Entschlossenheit gerade in den Vereinen, betont Manfred Meier, der Vorstand der Altstadtfreunde. Andererseits mache sich das Gefühl breit, „von der Politik in Stich gelassen zu werden“.

Die Haltung des Landratsamtes werde als „halbherzig wahrgenommen,“ sagt Manfred Meier. Die Bürger empfanden es als „absolut unbefriedigend“, dass die Behörden die Versammlungsfreiheit der NPD garantiere, gleichzeitig aber die Bürgerrechte der Gräfenberger eingeschränkt würden - „bis hin zur Einkesselung.“ Erfreulich sei aber der „Schulterschluss der Vereine, sagt Manfred Meier. 20 Vertreter haben vor einigen Tagen beschlossen, nicht mehr nur zu reagieren: Eine zweitägige Musikveranstaltung ist geplant; für künftige Demos wird ein drei mal vier Meter großes Banner genäht, das die Namen aller Vereine trägt. Die Diskussion hinschauen oder wegschauen ist aus Maiers Sicht entschieden: Wegschauen wäre „eine Art von Akzeptanz“, sagt er; eine aktive Vereinsarbeit biete die Chance, die Jugendlichen „gegen rechtsradikales Gedankengut zu immunisieren.“

Auch Susann Horz ist aktiv geworden; sie hat sich einer Initiative von 90 Gräfenberger Geschäftsleuten angeschlossen. In einem Brief haben sie Innenminister Günter Beckstein um Unterstützung gebeten. Durch die NPD-Heimsuchung im Vier-Wochen-Rhythmus würde das öffentliche Leben lahm gelegt. Viele Geschäfte hätten schon genug zu kämpfen gegen die Konkurrenz auf der grünen Wiese; jetzt müssten sie auch noch gegen die Braunen kämpfen, sagt Susann Horz. Den Brief an Beckstein haben die 90 Unterzeichner vor fünf Wochen abgeschickt, Antwort kam noch keine.

Doch Hartmut Koschyk ist überzeugt, dass der Kampf gegen die NPD nicht über Verbote gewonnen wird, sondern politisch. „Die verlieren die Durchhaltekraft,“ sagt der CSU-Bundestagsabgeordnete mit Hinweis auf Wunsiedel. Er verstehe die Gräfenberger, „wenn sie sich heimgesucht fühlen,“ aber er appelliert, sich jetzt „nicht müde machen“ zu lassen. Das Demonstrationsrecht sei „ein zu hohes Gut.“ Koschyk warnt davor, auf eine Verbotspolitik des Landratsamtes zu spekulieren. Das Recht zu biegen hieße, sich genau auf das Niveau zu begeben, auf dem sich die NPD bewegt. Stattdessen ist Koschyk von der Kraft des Bürgerwiderstandes überzeugt. Auch Eberhard Hager. „Ein besseres Rezept könne er nicht geben“, sagt der SPD-Landrat aus dem Nachbarlandkreis Erlangen-Höchstadt. In Gräfenberg habe er „ein anerkanntes demokratisches Forum“ erlebt. Dem dürfe nur nicht die Luft ausgehen. Damit weiterhin „engagierte Bürger unsere Demokratie gegen ihre Feinde verteidigen,“ empfiehlt Anette Kramme, über den Tellerrand zu schauen.

„Was die Aufmärsche angeht, funktioniert es woanders ja auch mit Verboten, auch wenn die dann vom Verwaltungsgericht einkassiert werden.“ Zumindest hohe Auflagen gegen die Nazi-Demozüge sollte es geben, um den Demonstrationstourismus unattraktiv zu machen. Wie Koschyk wehrt sich Kramme gegen die Behauptung, die Politik lasse Gräfenberg im Stich.

Fränkischer Tag vom 24.03.2007

Mit Aufklärung gegen die Hetze

Nach den Aufmärschen der NPD-Symphatisanten und dem Verteilen der „Schulhof-CD“ waren 120 Gräfenberger zu einer Versammlung des Bürgerforums gekommen



Die inzwischen regelmäßigen Aufmärsche junger Rechtsradikaler in Gräfenberg und das Verteilen der „Schulhof-CD“ durch Neonazis vor den Schulen bewegt und beunruhigt die Gräfenberger. Das zeigte die Resonanz auf eine Aufklärungsversammlung, zu der das Bürgerforum der Stadt in die Realschule eingeladen hatte. Rund 120 Eltern von Schulkindern leisteten Folge. Wie sich im Laufe des Abends herausstellte, hatten viele der Schüler die Hetz-CDs gleich wieder in den umliegenden Büschen entsorgt, einige hatten die Propagandawerke mit nach Hause gebracht. Dort sprachen sie zusammen mit den Eltern über die Absichten, die von den untrennbar mit der CD verbundenen Jungen Nationalen und der NPD als Urheber, mit diesen Verteilaktionen verfolgt werden sollen.

Hier setzten am Donnerstagabend auch die Zweite Bürgermeisterin Sigrid Meier (SPD), Michael Helmbrecht und Karin Bernhart vom Bürgerforum sowie Martin Haendl vom Kreisjugendamt Forchheim mit ihrer Aufklärungsarbeit an. Sie erläuterten die Strategie der Rechtsradikalen, mit den alle vier Wochen stattfindenden Aufmärschen in Gräfenberg die örtliche Bevölkerung zu spalten.

Sie wollen die Bürger in Angst und Schrecken versetzen und nicht zuletzt den öffentlichen Raum mit ihren unheilvollen Demonstrationen rechten Gedankenguts genauso besetzen wie die Köpfe und Herzen der jungen Leute. Auf Dauer, so lässt es sich vermuten, soll mit den Aufmärschen der Aufbau längerfristiger Strukturen mit rechtem Gedankengut verfolgt werden. Für Michael Helmbrecht zählt diese Konzentration der Aufmärsche bereits zu den Aktionen im Vorfeld der im nächsten Jahr stattfindenden Landtagswahlen in Bayern, an denen die NPD teilnehmen will.

Die Initiatoren des Bürgerforums versuchten im Verlauf des Abends nicht nur, den Augenzeugenberichten der Eltern, Kinder und Lehrer auch die Sicht der Dinge von Seiten der NPD gegenüber zu stellen, sondern führten auch den „Panorama-Film“ auf, der heimlich mitgeschnittene Szenen und durchwegs schockierende Bilder von einem rechtsradikalen Konzert zum Inhalt hatte. Sie verschwiegen dabei nicht, dass diese Musikszene in Bayern am stärksten vertreten sei.

Große Übereinstimmung unter den Teilnehmern des Infoabends herrschte vor allem darüber, die Vorkommnisse um die CD-Verteilaktionen vor den örtlichen Schulen nicht totzuschweigen, sondern sich vielmehr mit den Kindern und Jugendlichen über dieses Thema auseinander zu setzen. Und das nicht nur in den Elternhäusern, sondern auch in den Schulen, Kinderbetreuungseinrichtungen und Vereinen. Hier gelte es „energisch Gesicht zu zeigen und sich der rechtsradikalen Gewalt zu stellen“.

Fränkischer Tag vom 28.02.2007

Bündnis gegen Rechts stärken

Die Bundestagsabgeordnete Anette Kramme (SPD) spricht sich vehement für eine Aufnahme des Landkreises Forchheim in das Förderprogramm „Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie — gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ aus.

„Schon seit geraumer Zeit beobachte ich die Aufmärsche, Veranstaltungen und Informationskampagnen von rechtsextremen Gruppierungen im Kreis Forchheim und insbesondere der Stadt Gräfenberg mit großer Sorge. Daher bekommt der Antrag des Kreises, in das Programm aufgenommen zu werden, meine vollste Unterstützung“, so Kramme.

Die Abgeordnete wandte sich an Staatssekretär Hermann Kues vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie an den Leiter der Staatskanzlei, Eberhard Sinnet. Durch das Programm könnten über die Entwicklung eines lokalen Aktionsplanes maximal drei Jahre lang bis zu 100 000 Euro pro Jahr ausgeschüttet werden.

Nordbayerischer Kurier vom 01.03.2007

„Freu mich aufs Neue“

Simone Hauck darf ein Schuljahr lang eine amerikanische Highschool besuchen



"Ich habe die Ausschreibung der Parlamentarischen Patenschafts-Programms auf x-bay gelesen und mich beworben", sagt Simone Hauck (16). Jetzt hat sie es geschafft und darf ab August für zehneinhalb Monate eine High School in den USA besuchen.

„Ich musste einen langen Bewerbungsbogen ausfüllen und einen englischen Brief an meine zukünftige Gastfamilie verfassen“, sagt Simone. Anfang Dezember wurde sie dann zusammen mit zwölf anderen Bewerbern zu einem Gespräch nach Erlangen eingeladen. „Dort hatten wir verschiedene Gesprächsrunden zu Themen wie Todesstrafe oder Rassismus“, sagt Simone, die die zehnte Klasse des Graf-Münster-Gymnasiums besucht.

„Wir mussten zeigen, dass wir uns mit der amerikanischen Geschichte auskennen und in einem Einzelgespräch weitere Fragen beantworten.“ in, und habe deshalb keine Probleme, mich in einer fremden Umgebung einzugewöhnen“, überzeugte sie die Jury und ordnete Anette Kramme, die während der Zeit in Amerika die Patenschaft für Simone übernehmen wird.

Auf die Zeit in Amerika blickt Simone mit gemischten Gefühlen. „Ich werde meine Familie und meine Freunde hier sicherlich vermissen. Andererseits freue ich mich auf alles Neue, dass ich in Amerika erleben werde. „So eine Chance habe ich nie wieder. Hier kennt man Amerika immer nur aus Teenie-Filmen“, sagt Simone. „Es würde mich schon mal interessieren, ob es da wirklich so abläuft. Die Menschen dort haben ja auch eine komplett andere Lebenseinstellung als wir.“

Über die Familie, in der sie leben wird, weiß Simone noch nichts, „Am liebsten wäre es mir, wenn ich in eine Familie kommen würde, die ein oder zwei Kinder in meinem Alter hat. Dann hätte ich gleich Anschluss und könnte zusammen mit ihnen in die Schule gehen. „Für die Zeit in Amerika hat sie sich vorgenommen, ihr Englisch zu verbessern, viel von der Landschaft zu sehen, vielleicht den Führerschein zu machen und sich in einem Verein sozial zu engagieren.

Bereits zum 24. Mal wird das Austauschprogramm zwischen dem Kongress der Vereinigten Staaten von Amerika und dem Deutschen Bundestag durchgeführt. „Dieses Programm soll der jungen Generation in beiden Ländern die Bedeutung freundschaftlicher Zusammenarbeit, die auf gemeinsamen politischen und kulturellen Wertvorstellungen beruht, anschaulich vermitteln“, erläutert MdB Kramme.

„Simone hat bei ihrem einjährigen Aufenthalt in den USA die Möglichkeit, als Botschafterin Deutschlands einen dauerhaften Beitrag zu einer besseren Verständigung zwischen jungen Deutschen und jungen Amerikanern zu leisten“, ergänzt die Abgeordnete.

Gerd Baumann, langjähriger Bürgermeister und einziger Ehrenbürger der Gemeinde Mistelgau, ist am 16. April nach kurzer, schwerer Krankheit im Alter von 82 Jahren gestorben.

Baumann war einer der bekanntesten Kommunalpolitiker im westlichen 'Landkreis und konnte auf fast 40-jähriges kommunalpolitisches Wirken in der Gemeinde verweisen, in der er von 1970 bis 1990 Bürgermeister war. Für seine vielfältigen ehrenamtlichen Verdienste wurde Gerd Baumann an seinem 80. Geburtstag im Oktober 2004 zum Ehrenbürger der Gemeinde Mistelgau ernannt.

Der in Berneck geborene Verstorbene war seit 1929 in Mistelgau beheimatet. Baumann widmete sich nach Schule, Kriegsdienst und Gefangenschaft ab 1945 zunächst der Bewirtschaftung des elterlichen Sägewerkes mit Holzhandlung, ehe 1952 mit der erstmaligen Wahl in den Gemeinderat seine kommunalpolitische Arbeit begann. Nach einer beruflich bedingten Unterbrechung trat Baumann, nachdem er bereits zwei Perioden zweiter Bürgermeister war, 1970 die Nachfolge des lang gedienten Bürgermeisters Andreas Förster an. Auch unter Einbeziehung der im Rahmen der Gebietsreform zu Mistelgau gekommenen Gemeindeteile wurde der Kommunalpolitiker stets im Amt bestätigt.

In die zwei Jahrzehnte seiner Arbeit als Bürgermeister fielen bedeutende Entscheidungen für die Gemeinde, die mittlerweile 4000 Einwohner zählt. Entscheidende Impulse, auch Arbeitsplätze in der Kommune zu schaffen, setzte Baumann mit der Ansiedlung des Hartmetallwerkes Hefet jetzt Kennametal, 1970 und später mit der Firma Hermos. Daneben vollzogen sich in seiner Ara der Bau der Feuerwehrrhäuser in Truppach, Seitenbach und Wohnsgehaig, die Gründung des Abwasserzweckverbandes Truppachtal mit Bau einer Kläranlage und Kanalisation mit einem Aufwand von rund 20 Millionen Mark und als Höhepunkt unter der Regie von Baumann der Bau des Rathauses, aber auch des Kindergartens. Mit der Weichenstellung für die Therme Obernsees wurde noch unter Baumann ein wichtiger Weg in die Zukunft beschritten. Auch im Kreistag, dem er von 1972 bis 1996 als Mitglied der SPD-Fraktion angehörte, war sein Rat immer gefragt. Baumann, der vielen Vereinen angehörte, war bis zur Fusion vor wenigen Jahren noch Vorsitzender der Soldatenkameradschaft.

(Nordbayerischer Kurier vom 18.04.2007)

Am 19. März starb die ehemalige Pegnitzer SPD-Stadt- und Kreisrätin **Else Potzler** im Alter von 87 Jahren. Die engagierte Frau hatte sich jahrelang als Politikerin und Gewerkschaftlerin um die schen in Pegnitz verdient gemacht und setzte sich besonders für die Belange berufstätiger Frauen ein. In all den Jahren ihres Wirkens schaffte es Else Potzler, sich in einer Männerwelt zu behaupten.

Gleich zu Beginn ihrer beruflichen Laufbahn wurde die Pegnitzerin zur Vertrauensfrau der IG Metall berufen. Von 1963 bis 1981 gehörte sie dem Betriebsrat der KSB an — als erste Frau wurde sie direkt in dieses Gremium gewählt. Darüber hinaus war die engagierte Mitarbeiterin 20 Jahre lang Sicherheitsbeauftragte. Zudem übernahm sie im Jahr 1957 den Vorsitz der neu gegründeten IG-Metall-Frauengruppe.

Damit war sie gleichzeitig Mitglied des Landfrauenausschusses der Gewerkschaft — diesem blieb sie 26 Jahre lang treu. Als im Jahr 1958 die Frauengruppe des Deutschen Gewerkschaftsbundes gegründet wurde, wurde Else Potzler Vorsitzende für den Bereich Pegnitz und damit auch Mitglied des Kreisfrauenausschusses. Neben ihrer Arbeit als Gewerkschaftsfunktionärin wurde die „rote Else“, wie sie als überzeugte Sozialdemokratin oft genannt wurde, auch politisch aktiv und hat die Pegnitzer Kommunalpolitik der 70er und 80er Jahre mit geprägt.

Im Jahr 1972 ließ sich die Pegnitzerin als einzige Frau auf der SPD-Kandidatenliste für den Stadtrat nominieren, dem sie bis in das Jahr 1990 angehörte. Von 1978 bis 1990 war sie zudem Mitglied des Bayreuther Kreistages. Als Gewerkschaftsfunktionärin und Kommunalpolitikerin setzte sich Else Potzler für die verschiedensten Belange ihrer Mitmenschen ein — ihr Einsatz galt genauso der Frauenarbeit wie der Schaffung von Ausbildungsplätzen und den Belangen der Rentner.

Gerade die Sorgen berufstätiger Eltern, die auch ihre eigenen waren, bewegten sie wiederholt dazu, sich für fortschrittliche Ideen einzusetzen. So versuchte sie beispielsweise schon früh, einen Kinderhort in Pegnitz zu gründen. Nach ihrem Rückzug aus den verschiedenen Gremien, blieb die „rote Else“ nicht untätig. Lange Zeit war sie bei der SPD-60 plus aktiv. So konnte der Landtagsabgeordnete Dr. Christoph Rabenstein der Pegnitzerin, „die sich durch ihre offene Art, Bescheidenheit, Wahrhaftigkeit und Echtheit große Beliebtheit erwarb“, zum 85. Geburtstag ein ganz besonderes Geschenk überreichen: eine Ehrenurkunde für 40 Jahre Mitgliedschaft in der SPD. Dieser Frau mit Format wurde von der Stadt Pegnitz für ihre Verdienste auch die silberne Bürgermedaille verliehen.

(Nordbayerischer Kurier vom 22.03.2007)

In der Stadtverwaltung hat er sich einst von der Pike auf bis zum Oberamtsrat hochgearbeitet und in allen möglichen Funktionen viel für seine Heimatstadt geleistet. Heute feiert der Stadtbeamte im Ruhestand, SPD-Kommunalpolitiker und „fränkische Erz-Fregger“ **Fritz Schauer** seinen 85. Geburtstag im Brigittenheim, zu dessen Bau er einst wesentlich beigetragen hat

1936 heuerte der Jubilar im von 14 Jahren nach einer kurzen Episode als Lehrling der BayWa als Gemeindedienstanfänger bei der Stadt Pegnitz am 1940 gelang ihm noch der Sprung ins Angestelltenverhältnis, ehe der Krieg die Karriere unterbrach. Bei einem Gefangenentransport gelang ihm 1945 die Flucht von einem US-Truck. Kaum war er wieder zu Hause, ließ Bürgermeister Gentner schon nach ihm rufen. Dachte Schauer zunächst, er müsse ins Gefängnis, sah er sich bald im Rathaus wieder, wo er schließlich bis 1984 arbeitete.

Mit ganzer Kraft widmete sich der überzeugte Sozialdemokrat den Heimatvertriebenen. Er stampfte nicht nur Unterkünfte aus dem Boden, sondern bedachte Bedürftige und deren Kinder zu Weihnachten auch mit Geschenken. „Im Wohnungsbau haben wir damals überdurchschnittliches geleistet“, erinnert er sich mit Stolz.

Viel Fingerspitzengefühl erforderte auch die Gemeindegebietsreform im Jahr 1972, erinnert sich Schauer, der unter den Bürgermeistern Gentner, Mellingshoff, Sammet, Löhr und Thümmeler im Ordnungs- und Standesamt, aber auch im Fremdenverkehrswesen Verantwortung getragen hat.

Nach seiner Pensionierung errang er ein Stadtratsmandat, das er aber nach drei Jahren wieder aufgab. Heute hält er sich aus der Politik weitgehend heraus, wohl wissend, dass im Rathaus auch ohne ihn gute Arbeit geleistet wird. (Nordbayerische Nachrichten vom 19.02.2007)

Der ehemalige Berliner Sozialstadtrat **Harri Wuttke** (SPD) ist längst auch „Wahl-Gößweinsteiner“, denn es sind schon drei Jahrzehnte, dass der „Harri“, wie er längst im Wallfahrtsort genannt wird, seinen zweiten Wohnsitz hat.

Am 19. April 2007 feierte er in der Hauptstadt seinen 80. Geburtstag, aber wird sicher viele Glückwünsche auch aus der Fränkischen Schweiz bekommen, denn er gilt als der Brückenbauer bei der Patenschaft zwischen dem Berliner Stadtteil Wilmersdorf (heute Charlottenburg-Wilmersdorf) und dem Landkreis Forchheim.

Harri Wuttke, seit dem Jahre 1948 Gewerkschaftler und SPD Mitglied, war von 1971 bis 1985 berufsmäßiger Sozialstadtrat in Wilmersdorf. Die Berliner Bürgermeister Willy Brandt und Klaus Schütz zählten zu seinen politischen Freunden und Weggefährten.

Seit zehn Jahren ist Harri Wuttke in Gößweinstein in der Wohnanlage der Verwaltungsvorsitzende. Jahr für Jahr kommt er mit den Senioren nach Gößweinstein, im Juli startet die 45. Reise und dadurch lernten rund 1300 Berliner die Fränkische kennen.

Harri Wuttke, von 1957 bis 1971 auch Sportamtsleiter in Berlin Wedding war, war auch aktiver Fußballer. Er ist Ehrenvorsitzender des BSV 92 Berlin.

Aus Berlin ist durchgesickert, dass eine Sportanlage des BSV in Berlin künftig den Namen von Harri Wuttke tragen soll. Er hat bereits die Senatsplakette und das Bundesverdienstkreuz am Band, Am Geburtstag wird wohl eine weitere hohe Auszeichnung dazu kommen. (Nordbayerische Nachrichten vom 19.04.2007)

OV Eckersdorf

Nordbayerischer Kurier vom 23.02.2007

SPD: Verwaltung sabotiert die Rechnungsprüfung**Manfred Präcklein: Jahresrechnungen zu spät vorgelegt – Unklare Nutzung des Zeltdaches**

Hart ging der Vorsitzende der Eckerdorfer SPD, Manfred Präcklein, beim traditionellen Heringessen am Aschermittwoch im Hotel Fantaisie in Donndorf mit der Haushaltspolitik von Bürgermeister Klaus Hämmer (FWG) ins Gericht. Insbesondere die Rechnungsprüfung werde verhindert, verschleppt und sabotiert. Das Thema Finanzen sei in der Gemeinde Eckersdorf eine Großbaustelle, so Präcklein vor den Mitgliedern des SPD-Ortsvereins am Mittwochabend. Als Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses sei er die Mätzchen des Bürgermeisters satt, die Arbeit des Ausschusses werde im Rathaus verhindert, verschleppt und sabotiert.

Bereits Ende vergangenen Jahres hat Präcklein das Bayreuther Landratsamt als Rechtsaufsicht um eine Überprüfung gebeten. Doch die schriftliche Empfehlung des Amtes, „die Jahresrechnungen 2004 und 2005 umgehend dem Gemeinderat vorzulegen“, wurde bis heute von Hümmer ignoriert, so Präcklein. Obwohl die Prüfung der Jahresrechnung 2004 fristgerecht am Ende des darauf folgenden Jahres abgeschlossen worden sei, lege der Prüfungsbericht dem Gemeinderat bis heute nicht zur Entlastung vor. Auch die Rechnung für das Jahr 2005 sei bislang nicht vorgelegt worden. Die Erklärung von Kämmerin Elke Hummich an die Rechtsaufsicht, die beiden Jahresabschlüsse hätten ausnahmsweise zusammen vorgelegt werden sollen, hielt Präcklein für „erstunken und erlogen“.

Das Zeltdach ist für die SPD — trotz der Zuschüsse — aus finanzieller Sicht ein Fehler. Außerdem gebe es kurz vor der vermutlichen Installation noch kein Konzept für eine Nutzung. Ansonsten nutzten Präcklein und Gastredner Klaus Wolfrum, Landtagsabgeordneter aus Hof, die Gelegenheit, ihre Partei auf die im kommenden Jahr stattfindenden Kommunal- und Landtagswahlen einzustimmen. „Wir sind gut in der Planung“, sagte Präcklein. Als Wahlkampfthemen stellte er neben dem Abbau des zehn Millionen Euro hohen Schuldenbergs der Gemeinde die Zukunft der Schulen und den Vorschlag einer Ortsumgehung vor.

OV Waischenfeld-Aufseß

Nordbayerischer Kurier vom 09.03.2007

**Dr. Udo Lunz weiterhin Vorsitzender der Genossen
Hauptversammlung des Ortsvereins Waischenfeld-Aufseß**

Im Gasthof Maihof in Köttweinsdorf wurde der Waischenfelder Stadtrat Dr. Udo Lunz während der Hauptversammlung des SPD-Ortsvereins Waischenfeld-Aufseß als Vorsitzender bestätigt. Seine drei gleichberechtigten Stellvertreter sind Matthias Arneth aus Hochstahl, Dieter Langenfelder aus Aufseß und Franz Schuster aus Waischenfeld. Als Kassier wurde Markus Bäuerlein aus Nankendorf wiedergewählt.

Als Kassenprüfer gewählt wurden Dr. Hans Heißenstein, Wilhelm Scheuering und Hannelore Lang. Delegierte für den SPD-Kreisverband und Unterbezirk sind Franz Schuster und Markus Bäuerlein. Als Delegierter für die Nominierungsversammlung zur Landtagswahl wurde Matthias Arneth gewählt. Als Kandidaten für die Kreistagsliste wurden Udo Lunz und Matthias Arneth vorgeschlagen, so dass die Gemeinde Aufseß beziehungsweise die Stadt Waischenfeld mit jeweils einem Kandidaten auf der Kreistagsliste der SPD vertreten sein sollen.

Lunz blickte kurz zurück. Herausragendes Ereignis 2006 war die Jubiläumsfeier zum 35-jährigen Bestehen des SPD-Ortsvereins in Waischenfeld mit der Ehrung von langjährigen Mitgliedern und der Verleihung der Willy-Brandt-Medaille an Gründungsmitglied Franz Schuster. Für das Jahr 2007 sind ebenfalls schon Veranstaltungen, wie zum Beispiel die traditionelle Brauereiwanderung, die diesmal am 20. Mai stattfindet, im Terminkalender eingeplant.

Im zweiten Halbjahr wird voraussichtlich der Nürnberger Bundestagsabgeordnete und Staatsminister für Europa, Günter Gloser zu einer Veranstaltung nach Waischenfeld kommen. Ein weiterer Schwerpunkt der Arbeit im SPD-Ortsverein Waischenfeld-Aufseß ist die Vorbereitung auf die Kommunalwahlen im März 2008.

OV Hollfeld

Nordbayerischer Kurier vom 08.03.2007

**Fruchtbare Zusammenarbeit
Jahreshauptversammlung des SPD-Ortsvereins mit Neuwahlen**

Bei der Jahresversammlung des SPD-Ortsvereins Hollfeld wurde das Vorstandsteam von den Mitgliedern bestätigt. Vorsitzender bleibt weiterhin Manfred Neumeister. Die stellvertretende Vorsitzende, Vanessa Mühlenbruch, die im Jugendstadtrat vertreten ist, bedauerte das mangelnde Interesse — allen voran der männlichen Vertreter — im Jugendparlament. Statt zu gestalten werde oft das Engagement einzelner Jugendlicher blockiert, um selbst nicht negativ in Erscheinung treten zu müssen, sagte sie.

Hans Landstorfer und Ariane Colbentson gehören seit Anbeginn zu den Aktivposten im Jugendcafe. Beide bedauern jedoch, dass die Stadt vielen Vereinen eine Unterstützung zukommen lasse, aber in Sachen Jugendcafe oft dagegen gestimmt wurde.

Gerade die Nachmittagsbetreuung für Schüler hätte sich in Hollfeld bewährt. Die beiden Stadträte Manfred Neumeister und Roland Schmidt betonten, dass sie von Beginn an das Grundstücksgeschäft Hu abgelehnt hätten. Die Aussage von Altbürgermeister Oskar Pirkelmann wollte man nicht einfach so hinnehmen. Sie hätten Aufklärung und Ermittlung im Rechtsgeschäft Hu beantragt, aber keine Zustimmung im Stadtrat gefunden.

Erfreulich nannte Neumeister die Zusammenarbeit mit Bürgermeisterin Karin Barwisch, die mit Mut, Engagement und Überzeugungswillen vieles ausgleiche. Als Beispiel führte er die Rosen-, Kunst- und Gartentage an, die weit über den Grenzen von Hollfeld Zustimmung gefunden hätten. Auch beim Niegelshaus und dem Erwerb des WM-Geländes habe Barwisch Weitblick bewiesen, und spätestens bei der Einweihung würden sich die Kritiker feiern lassen.

Die Aktionswoche „Hollfeld bewegt sich“, das Nordic-WalkingZentrum und das Moonlightshopping mit Altstadtfest seien heute touristische Anziehungspunkte. Kreisrat Roland Schmidt gab bekannt, nicht mehr für den Kreistag zu kandidieren. Er wolle sich aber verstärkt um die Stadtratswahl bemühen und sein Wissen dort gezielt einbringen.

SPD-Stadtratsfraktion Bayreuth

Nordbayerischer Kurier vom 04.04.2007

**Wohnungsberatung für behinderte Menschen
Antrag der SPD im Auftrag des Behindertenbeirats**

Die SPD-Stadträtin Karin Heimler unterstützt einen Antrag der Arbeitsgruppe des Behindertenbeirats. Das Ziel: Die Einrichtung einer Wohnungsberatung für behinderte Menschen im Bürgerbüro der Stadt.

Nach Heimlers Aussagen hat sich die Arbeitsgruppe Bauen, Wohnen und Barrierefreiheit des Behindertenbeirates lange mit der Thematik befasst und dann entschieden, nach dem Vorbild der Stadt München eine Wohnungsberatung für behinderte Menschen im Bürgerbüro der Stadt zu beantragen.

Heimler: „Für behinderte Menschen gibt es speziell für ihr Wohnumfeld viele Probleme, insbesondere bei der Suche einer barrierefreien Wohnung, für die es derzeit keinen Ansprechpartner gibt. Es wird für notwendig gehalten, eine Beratungsstelle für derartige Fälle im künftigen Bürgerbüro einzurichten.“

Nach Ansicht der Arbeitsgruppe wäre „bei der Schaffung eines Arbeitsplatzes für einen geeigneten Behinderten sicherlich auch eine finanzielle staatliche Förderung erreichbar“, schreibt Heimler in dem Antrag.

Bei der Einrichtung und Besetzung der Beratungsstelle sollten „zweckmäßiger Weise die Behinderten- und Seniorenbeauftragte mitwirken. Ein Modell dieser Art gibt es bereits in München, das sehr erfolgreich“ laufe, so die Stadträtin in ihrem Antrag.

Nordbayerischer Kurier vom 29.03.2007

SPD-Ortsverein braucht mehr junge Mitglieder Jahresversammlung: Vorsitzender Erwin Wittek bestätigt – Ingrid Kohler zur Organisationsreferentin gewählt

Kontinuität beim SPD-Ortsverband Altenplos: Der seit zwölf Jahren amtierende Vorsitzende Erwin Wittek wurde bei der Jahresversammlung im Jugend- und Freizeithaus einstimmig wiedergewählt. Gleichberechtigte Stellvertreterin ist weiterhin Gemeinderätin Elisabeth Linhard, neuer weiterer Stellvertreter Norbert Eichler.

Als Kassier fungiert wieder Gemeinderat Gernot Schönauer, ebenso bleibt Hannelore Winterstein Schriftführerin. Um das Vorstandsteam zu entlasten, erklärte sich Gemeinderätin Ingrid Kohler bereit, das neu geschaffene Amt einer Organisationsreferentin zu übernehmen. Man will nun gemeinsam im Ortsverband neue Akzente setzen. Wittek liegt vor allem der Nachwuchs am Herzen. „Wir brauchen mehr junge Mitglieder, um die Zukunft zu sichern“, sagte er.

Mit dem abgelaufenen Jahr zeigt sich Wittek zufrieden, was die Auflistung zahlreicher Aktivitäten unterstrich. Als nächste Veranstaltungen nannte er das Ostereiersuchen am 7. April im Dorfpark und die Kundgebung am Vorabend des 1. Mai mit Aufstellung des Maibaumes. Zur Bundespolitik meinte der Vorsitzende, ohne die SPD wäre manches nicht auf die Tagesordnung gekommen.

Er verwies da auf das neue Kinderbetreuungsgesetz. Schade sei, dass das in der Öffentlichkeit hauptsächlich Familienministerin Ursula von der Leyen zugeordnet werde, „der Anteil der Sozialdemokraten ist jedoch groß“. Man habe auf solche Bedürfnisse schon vor Jahrzehnten hingewiesen.

Ausgiebig diskutiert wurde die Mitgliederbefragung zum SPD-Grundsatzprogramm. Hier wollte Hans Beck einen Denkanstoß geben und forderte eine verstärkte wissenschaftliche Förderung für die Speicherung regenerativer Energien, um sie im Bedarfsfall nutzen zu können. Nachdem dazu in der Versammlung geteilte Meinung herrschte, schlug Wittek vor, dieses Thema und das SPD-Papier in einer eigens anberaumten Mitgliederversammlung zu behandeln.

Zur Energie grundsätzlich äußerte sich auch Elisabeth Linhard, die der Atomlobby vorwarf, nur Gewinne abzuschöpfen. „Für die Entsorgung und weitere kostenträchtige Maßnahmen ist dann aber der Staat zuständig“. Auch Gernot Schönauer bemängelte, dass die CSU in dieser Richtung noch keinen Sinneswandel vollzogen hätte.

Den Weitblick im Umweltdenken in der seit Jahrzehnten von der SPD geführten Gemeinde Heinersreuth stellte Linhard besonders heraus. Die Kommune habe dafür gesorgt, dass die Mainauen, nicht wie in Bayreuth geschehen, „zugepflastert“ wurden.

Bezüglich der Kommunalwahlen 2008 hat man mit dem Ortsverein Heinersreuth bereits eine klare Regelung getroffen: Von den 16 für den Gemeinderat zur Verfügung stehenden Listenplätzen bekommen Heinersreuth neun und Altenplos sieben eingeräumt.

„Das hat sich in der Vergangenheit bereits bewährt“, so Vorsitzender Wittek. In besten Händen sind die Finanzen, wie der Kassenbericht von Gernot Schönauer auswies, Revisor Leonhard Roß lobte den sparsamen Umgang mit den Geldern. Ein detailliertes Protokoll über die letzte Jahresversammlung verlas Hannelore Winterstein.

Nordbayerischer Kurier vom 29.03.2007

Wasserversorgung bleibt im Eigentum der Bürger Hauptversammlung des SPD-Ortsvereins



Reiner Böhner

Die Vorbereitung der Kommunalwahl 2008, kommunalpolitische Themen und die Vorstellung des Grundsatzprogramms der SPD standen im Mittelpunkt der Hauptversammlung des Heinersreuther SPD-Ortsvereins im Sportheim.

Vorsitzender Reiner Böhner erklärte, dass man hinsichtlich der Vorbereitungen für die Liste der Gemeinderatswahl zusammen mit dem Ortsverein Altenplos auf einem guten Weg sei. Man werde 2008 wieder mit einer Liste antreten, die sowohl neue, insbesondere junge, als auch altbewährte Kräfte enthält. Auch für die Kreistagswahl 2008 seien die Kandidatenvorschläge für die Kreistagsliste auf den Weg gebracht.

In seinem kommunalpolitischen Bericht ging Bürgermeister Hans Dötsch auf die gemeindlichen Aufgaben ein. Im Verwaltungshaushalt hätte ein Gewinn erwirtschaftet werden können. Der Überschuss werde dem Vermögenshaushalt zugeführt.

„Unter Berücksichtigung alter Schuldentilgungen haben wir somit eine ausreichende Zuführung“, sagte Dötsch. Das Großprojekt „Sanierung Wasserversorgung“ werde allerdings dazu beitragen, dass neue Schulden gemacht werden müssen. Für das Jahr 2007 sei daher ein neuer Kredit eingeplant.

Die Investitionen für die Wasserversorgung bezeichnete Dötsch als ein „klares, unverrückbares Ja zu einer kommunalen Wasserversorgung, das heißt sie bleibt im Eigentum der Bürgerinnen und Bürger. Das ist ein Kernstück sozialdemokratischer Kommunalpolitik“.

Nachdem Dötsch noch einen Überblick über die Bau- und Wohnsituation in der Gemeinde sowie über die Schulverhältnisse gegeben hatte, wurde auch das Thema Sporthalle Altenplos aufgegriffen. Hierzu erklärte er, dass dieses Thema selbstverständlich auch den Bürgermeister beschäftige.



Hans Dötsch

Dötsch: „Es gibt niemanden im Gemeinderat und schon gar nicht in unserer Fraktion, der die Notwendigkeit einer neuen Halle nicht erkennt. Alle möchten wir dieses große Ziel möglichst bald erreichen. Meine Recherchen haben jedoch ergeben, dass es für eine Halle, für die die Gemeinde als Bauherr auftritt, weder Mittel des Freistaates noch von der EU gibt.“

Bei der Wahl der Delegierten für die Aufstellung der SPD-Kreistagsliste erfolgte ein Votum für die Bundestagsabgeordnete Anette Kramme, Bürgermeister Hans Dötsch, Vorsitzenden Reiner Böhner, sowie Jürgen Weigel und Marion Fick. Als Delegierten für die Aufstellungsversammlung Bezirkstags-/Landtagswahl wurden Anette Kramme, Hans Dötsch, Reiner Böhner und Susanne Beierlein gewählt.

Anette Kramme stellte das Grundsatzprogramm der SPD vor. Da das letzte Grundsatzprogramm aus dem Jahre 1989, also noch vor der Wende stamme, sei eine Neufassung dringend geboten. Insbesondere, da die technische und elektronische Entwicklung enorme Fortschritte gemacht habe und somit die Globalisierung erst ermöglicht wurde. Die SPD ist keine Partei des Krieges und der Unterdrückung. Ihr Ursprung liegt in der Arbeiterbewegung.

Nordbayerischer Kurier vom 26.03.2007

Menschenleben ist mehr wert als eine sechsstellige Summe SPD-Ortsverein Laineck nutzt Hauptversammlung dazu, Forderung nach sicherem Bahnübergang zu bekräftigen



Jörg Grieshammer

Eine positive Bilanz bezüglich des Engagements und der vielfältigen Aktivitäten der Mitglieder des SPD-Ortsvereins sowie im Stadtteil Laineck zog der Vorsitzende Jörg Heimler bei der Hauptversammlung.

Einen besonderen Dank richtete der Vorsitzende an Heidi Freiberger für ihre vorbildlich organisierten, mehrtägigen Busfahrten und die professionelle Reiseleitung. In diesem Jahr geht es vom 6. bis 10. Juni in den Schwarzwald und ins Elsaß. Anmeldungen von Interessenten können noch entgegengenommen werden. Ferner plant der Ortsverein für den 19. Mai einen Ausflug nach Rudolstadt zu einer Orchideenexkursion und einem Treffen mit den dortigen Sozialdemokraten.

Jörg Grieshammer und Karin Heimler gaben zusammen einen Bericht aus dem Stadtrat. Durch den Einsatz der Lainecker Kommunalpolitiker konnte die Erweiterung des Feuerwehrgebäudes in den Haushalt eingebracht werden, wodurch ein zusätzlicher Stellplatz und eigene Umkleieräume für die in der Wehr aktiven Mädchen und Frauen entstehen. Zudem sei auf Initiative der beiden Stadträte ein Zuschuss von 3000 Euro zum Jugendhaus der evangelischen Kirche durchgesetzt worden.

Auch der Erhalt der Grundschule Laineck — im Sinne des Eingemeindungsvertrags — sei der Ausdauer und Hartnäckigkeit von Jörg Grieshammer und Karin Heimler zu verdanken. Das engagierte Zusammenwirken des Elternbeirates, der Schüler und der Lainecker Bevölkerung haben entscheidenden Teil zum Erfolg beigetragen. So habe sich Schulamtsdirektor Gerhard Trausch vom Staatlichen Schulamt beim Elternbeirat über die Situation vor Ort informiert.



Karin Heimler

Ein vorrangiges Anliegen ist für die Stadträte ferner die Sicherheit an den Bahnübergängen in St. Georgen und Laineck, hier vor allem an der Egerländer, Bernecker sowie Carl-Benz-Straße und an der Kalten Leite. Denn immer wieder ist es in der Vergangenheit zu unübersichtlichen, gefährlichen Konstellationen und Unfällen — auch mit tödlichem Ausgang — gekommen.

An der Kalten Leite wurden die geforderten Halbschranken errichtet. Während die Stadt Bayreuth ihren Anteil zur Finanzierung der noch notwendigen weiteren Halbschranken bereits zugesagt habe, stehe der vom Landkreis noch aus.

Um den Druck auf die Entscheidungsträger zu verstärken, hat Stadträtin Karin Heimler den Kontakt mit mehreren Firmen aufgenommen, so mit E.ON, medi, der Kartonagenfabrik Hertel und dem Autoreifen-Service, von denen sie Unterstützung erfährt. Denn: „Ein Menschenleben sollte mehr Wert sein als der geforderte sechsstellige Betrag in Euro.“ Der Landkreis dürfe sich nicht aus der Verantwortung ziehen.

Auch zur Bundespolitik wurde Stellung genommen: Die Arbeit in der Großen Koalition gestalte sich nicht immer einfach und zwingt häufig zu unbefriedigenden Kompromissen. Insbesondere bei der Gesundheitsreform habe sich die SPD leider zu wenig durchsetzen können. Die soziale Ausgewogenheit und das Prinzip der Solidarität würde er in einigen Bereichen schmerzlich vermissen, so Jörg Heimler.

OV Mistelgau

Nordbayerischer Kurier vom 27.03.2007

**SPD-Ortsverein will Bibliothek eröffnen
Jahreshauptversammlung mit Ehrung langjähriger Mitglieder**

Bundestagsabgeordnete Anette Kramme ehrte bei der Jahresversammlung des SPD-Ortsvereins mit Hans Alfred Käsperlein und Hans Käsperlein zwei Urgesteine der Mistelgauer Sozialdemokraten. Die beiden sind Gründungsmitglieder des SPD-Ortsvereins, dem sie seit über 40 Jahren angehören.

Hans Alfred Käsperlein übte über 20 Jahre das Amt des Vorsitzenden des Ortsvereins aus, den er geprägt hat wie kein anderer, so Vorsitzende Irene Müller-Plaschko in ihrer Laudatio. 18 Jahre lang, von 1966 bis 1984, gehörte er dem Gemeinderat an. Bekanntheit hat Hans Alfred Käsperlein als Bezirkspersonalrat erlangt. Für seine Verdienste ist er mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet worden. Der Geist einer Partei oder eines Vereins, so die Vorsitzende, werde geprägt von der Aktivität seiner Mitglieder. Ein Paradebeispiel für die Arbeit im Hintergrund sei Hans Käsperlein, sagte Irene Müller-Plaschko. Wenn Not am Mann war, war Hans Käsperlein immer zur Stelle und hatte oft die "rettenden Ideen" als Feuerwehr im Ortsverein. In ihrem Rückblick erinnerte die Vorsitzende an die Anfänge des SPD-Ortsvereins mit der Gründung im Jahr 1965 und dem ersten Einzug der SPD in den Gemeinderat im Jahr 1966. Damals gehörten von neun Gemeinderäten sechs der SPD an.

In der Folge prägte vor allem Gerd Baumann als SPD-Bürgermeister die Gemeinde. Eingangs blickte Irene Müller-Plaschko auf die Tätigkeiten im vergangenen Jahr zurück, zu denen zahlreiche Versammlungen, wie die Organisation des Kinderfestes oder eine Nikolausveranstaltung für Kinder gehörten. Derzeit ist sie auf der Suche nach Räumlichkeiten im Ort für eine Bibliothek. Geplant ist, die Bücherei durch Ehrenamtliche zu führen. Die Vorsitzende des SPD-Ortsvereins, Irene Müller-Plaschko, wurde im Amt bestätigt. Weiterhin ihr zur Seite steht, so das Ergebnis der Wahl bei der Versammlung, Walter Wagner. Schriftführer bleibt Peter Schöffel, Kassier Hans Sturm. Den Seniorenbeirat gehören die beiden Geehrten Hans Alfred und Hans Käsperlein an. Die Vorsitzende und ihr Stellvertreter wurden gleichzeitig als Delegierte für die Aufstellungsversammlungen zur Kreis- Bezirks- und Landtagswahl nominiert.

OV Bayreuth-Altstadt

Nordbayerischer Kurier vom 16.03.2007

**Die Attraktivität erhöhen
SPD-Ortsverein Altstadt will sich in Stadtpolitik einbringen**

Kritik äußerten Wolfgang Kern und Dr. Christoph Rabenstein bei der Jahresversammlung des SPD-Ortsvereins Altstadt an CSU-Amtsträgern, die „sich in weiten Teilen so benehmen, als würden staatliche Einrichtungen der CSU gehören“.

Die nötige Trennung zwischen Partei und Amt ließen viele Amtsträger der CSU vermissen. Die CSU erkenne aber endlich, dass langjährigen Forderungen der bayrischen SPD, insbesondere zur Schulpolitik, nachgekommen werden müsse, um den veränderten Lebensbedingungen Rechnung zu tragen. Wäre man den Forderungen der SPD früher nachgekommen, so wäre mancher Missstand zu vermeiden gewesen. Der Ortsvereinsvorsitzende, Christian Masser, kündigte an, dass die traditionellen, bewährten Veranstaltungen auch künftig abgehalten werden sollen. Allerdings soll etwa das im Juli stattfindende Kinder- und Sommerfest diesmal unter ein besonderes Motto gestellt werden, um dessen Attraktivität noch zu erhöhen. Der Ortsverein wolle sich künftig stärker in die Stadtpolitik zu Wort melden. Masser will besonders der Umwelt- und Wirtschaftspolitik in Bayreuth verstärkt Aufmerksamkeit verschaffen. Eine gesunde Umwelt sei die Grundlage allen Lebens, die Bürger müssten dafür weiter sensibilisiert werden.

Konkrete Aktionen befänden sich in Vorbereitung. Der Vorsitzende des SPD-Stadtverbandes, Landtagsabgeordneter Rabenstein, die Altstädter Stadträtin Dr. Beate Kuhn und der Fraktionsvorsitzende Wolfgang Kern ehrten langjährige Mitglieder. Für 40 Jahre Mitgliedschaft wurden Horst Trautmann und Stadtrat Walter Demel, für 25-jährige Mitgliedschaft Helmut Perschon und Siegfried Hartmann geehrt.

Nordbayerischer Kurier vom 26.03.2007

Die SPD will wieder regieren

Verlorene OB-Wahl hat keine Spuren hinterlassen – Rabenstein im Amt bestätigt



Dr. C. Rabenstein

"Wie sagt man so schön in Bayreuth: Um 12 muss man zu Hause sein, da stehen die Klöße auf dem Tisch!" Mit diesen Worten begrüßte der alte und auch neue Vorsitzende des SPD-Stadverbands, Dr. Christoph Rabenstein, die über 90 Genossen, die zur Hauptversammlung am vergangenen Samstagmorgen das Sportheim Kreuz aufgesucht hatten.

Gleich zu Beginn der Mitgliederversammlung mit Neuwahlen des Vorstandes wurde in Anlehnung an die derzeitige bundes- und länderweite Diskussion um den Nichtraucherschutz und das Rauchverbot in Kneipen ein eben solches auch für die anstehende Versammlung ausgesprochen. Damit sollte ein Zeichen gesetzt werden, um die Position der SPD als Impulsgeber in der Politik zum Ausdruck zu bringen, wie auch die Redner in ihren Beiträgen immer wieder herausstellten: „Alles, was derzeit an Gebäuden und Schulen eingeweiht wird, sind die Früchte unserer Politik, die wir als Impulsgeber auf den Weg gebracht haben, um Bayreuth zu einer Bildungs- und Kulturstadt zu modellieren“, so Wolfgang Kern, Fraktionsvorsitzender der SPD.

Die Fraktion stehe immer an der Seite der Partei und so sei es auch gemeinsames Ziel, bei der nächsten Kommunalwahl wieder den Oberbürgermeister zu stellen und nicht nur als Opposition die Impulse zu geben, die dann von den Gegnern durchgesetzt würden.

Daran anknüpfend ging auch Rabenstein in seinem Rechenschaftsbericht auf die vielen Initiativen und Anträge der Bayreuther SPD — insbesondere im Hinblick auf die Ganztagschulpolitik — ein und lobte die Genossen, nach der Wahlniederlage des vergangenen Jahres nicht in Resignation verfallen zu sein, sondern auch weiterhin den Blick nach vorne zu wahren und Impuls zu sein.

Ein Beispiel hierfür sei der vehemente Einsatz der Sozialdemokraten für eine Ganztagschule am Standort Graserschule, mit dem Anschluss der Stadt und des Landkreis Bayreuth an den Nürnberger Verkehrsverbund, die Umgestaltung des Marktplatzes, den Erhalt der Stadthalle und ihre intensiven Bemühungen um das Weltkulturerbe des markgräflichen Bayreuths der Wilhelmine.



Simone Schreiner

Insgesamt spiegelte die Jahresversammlung in den Wortbeiträgen und Aussprachen nicht nur die politische Kontroverse auf Bundesebene — vertreten durch Anette Kramme, sondern auch auf Kommunalebene wider. SPD-Mitglieder wiesen auf die „Gefahr einer Verlautbarungsdemokratie durch die derzeitige Politik im Bayreuther Rathaus und einer aufgeblähten Verwaltung“ hin.

Im Fortlauf der Sitzung wurde Rabenstein in seinem Amt als Vorsitzender bestätigt, ebenso Roland Dörfler als stellvertretender Vorsitzender. Mit Simone Schreiner, Vorsitzende des Ortsvereins Bayreuth-Meyernberg, die ebenfalls zur stellvertretenden Vorsitzenden gewählt wurde, verweiblichte sich der Vorstand. Daneben wurden Ewald Hahnefeld, Thomas Rüger, Bernd Zimmer, Karl-Heinz Pöhner und Cornelius Sturm gewählt.

OV Kreuz/Roter Hügel

Nordbayerischer Kurier vom 13.03.2007

**SPD will kleine Rathäuser in jedem Stadtteil
Neuwahlen beim SPD-Ortsverein Kreuz/Roter Hügel**

Bei der Jahresversammlung des SPD-Ortsvereins Kreuz/Roter Hügel wurde der bisherige kommissarische Vorsitzende Bernd Zimmermann als Nachfolger von Uwe Jackwerth zum Vorsitzenden gewählt.

Ausdrücklich lobte Zimmermann Familienministerin Ursula von der Leyen für die Fortführung der Politik von Renate Schmidt. Natürlich, so Zimmermann, sind die Veränderungen in der Altersstruktur und der Erwerbsstruktur in Deutschland eine Herausforderung. So müsse es vor allem gelingen, die Kompetenz der SPD im Bildungsbereich besser zum Tragen zu bringen: „Von Jung bis Alt sind neue Ansätze überfällig, von Kinderkrippenplätzen und Schulsozialarbeit bis hin zu häuslicher Nachbarschaftspflege und Organisationshilfe bei Senioren“, so der Vorsitzende.

In der Aussprache wurden die aktuellen Vorgänge im Rathaus wie Erweiterungsbau Musikschule Mittelverwendung im zweiten Stock des Rathauses angesprochen. Die Vorgehensweise der Verwaltung — jeweils ohne konkreten Stadtratsbeschluss — zeige, dass der Stadtrat seine vom Wähler übertragene Kontrollfunktion verstärkt einfordern müsse, sagte Zimmermann. Konkret wurde der Antrag „Mobiles Rathaus“ von der Mitgliederversammlung beschlossen: In allen Stadtteilen sollen städtische Dienstleistungen präsent sein. So könnten Ältere, beruflich stark Beanspruchte und auch wenig Mobile in ihrer Nachbarschaft, zum Beispiel in öffentlich zugänglichen Gebäuden wie Schulen, zu bestimmten Zeiten dort Erledigungen wie im Rathaus machen, „Was Studenten mit ihrem städtischen Service-Point in der Uni recht ist, sollte den anderen Bayreuthern in ihrer Nachbarschaft billig sein“, schloss Zimmermann.

Die Wahl, ergab: Stellvertreter: Ulrike Hofmann, Annette Tischer und Helmut Roscher. Schriftführer: Manfred Dütsch. Kassier: Ewald Halmefeld. Organisation: Karl-Heinz Pöhner. Senioren: Elly Müller. Ehrenmitglieder: Dr. Dieter Mronz und Willi Flügel. Bernd Zimmermann dankte Jackwerth für sein langjähriges Wirken. Außerdem ehrte der Vorsitzende für 50 Jahre treue Mitgliedschaft in der SPD Elke Seeser, für 40 Jahre Alfred Kolb, Helmut Mösch, Alfred Schwing, Dieter Hofmann und August Kies sowie für 25 Jahre Oskar Hofmann.

Nordbayerischer Kurier vom 24./25.03.2007

**Stadt soll Klimawandel ernst nehmen
SPD-Stadträte informieren sich an der Universität**

„Wenn Sie nicht zu uns kommen, dann kommen wir eben zu Ihnen“, sagte SPD-Stadträtin Christa Müller-Feuerstein gestern in der Universität zum Klimaexperten Dr. Johannes Lüers. Dem Besuch der Vertreter der SPD-Fraktion waren zwei Anfragen im Stadtrat zum Thema Klimawandel vorausgegangen. „Ich verstehe das nicht“, sagte Müller-Feuerstein im Gespräch mit dem KURIER. „Der Klimawandel ist schon eingetreten, und wir sind gezwungen, darauf zu reagieren.“

Am 19. Februar bat sie darum, den Akademischen Rat Johannes Lüers von der Universität Bayreuth zu einem Vortrag über den Klimawandel in Oberfranken in den Hauptausschuss einzuladen. Dabei sollte es im Kern um die Veränderungen bei den Niederschlagsmengen und den Anstieg der Temperatur gehen. Des weitern stellte die Stadträtin den Antrag, bei künftigen städtischen Bauten und Sanierungen Zisternen zu bauen. Damit könnten Grünanlagen bewässert und Brauchwasser für Toiletten gespeichert werden. „Bereits jetzt sinkt im Raum Bayreuth der Grundwasserspiegel und die Prognosen der Klimaforscher sagen uns Trockenperioden und Dürren voraus.“

Oberbürgermeister Dr. Michael Hohl antwortete am 12. März, er habe die Anträge „mit Aufmerksamkeit zur Kenntnis“ genommen. Jedoch wolle er sein weiteres Vorgehen erst nach einem Treffen mit Uniprofessor Thomas Foken (Mikrometeorologie) festlegen. Dieser war denn auch bei dem gestrigen Treffen im Gebäude Geowissenschaften nicht dabei. Jedoch sein Mitarbeiter Dr. Johannes Lüers. Der zeichnete ein düsteres Bild von den künftigen Folgen des klimatischen Wandels. „Wir stehen erst am Anfang der extremen Reaktionen der Umwelt“, erklärte Lüers. Weltweit seien diese zu registrieren – und nicht mehr aufzuhalten. Darüber nachzudenken sei sinnlos. „Wir müssen unsere Energie in die Bewältigung der Folgen stecken, damit die Weltbevölkerung überlebt.“

Nordbayerischer Kurier vom 05.03.2007

Wahniederlage erhitzt die Gemüter

Trotz Landratsamtsentscheidung: Creußener SPD fordert Neuwahl in Schnabelwaid

Auch nach der Ablehnung einer Neuwahl in Schnabelwaid durch das Bayreuther Landratsamt erhitzt das Debakel weiter die Gemüter. Bei der Jahresversammlung der Creußener SPD forderte Vorsitzender Raimund Nols den Schnabelwaider Bürgermeister Hans-Walter Hofmann auf, zurück zu treten und sich erneuert dem Votum der Wähler zu stellen. Nur so könne Schaden von der Demokratie abgewendet werden. Der ehemalige Fraktionsvorsitzende im Creußener Stadtrat, Siegfried Potzel, verlangte mehr Klarheit über die Rolle der Creußener Verwaltung und des Vorsitzenden der Verwaltungsgemeinschaft, Bürgermeister Harald Mild.

Es könne nicht sein, dass einfach zur Tagesordnung übergegangen werde. Stadtrat Peter Goldbach meinte, man müsse die Entscheidung des Landratsamtes zwar akzeptieren, äußerte aber: „Herr Hofmann ist ein arroganter Mensch und ich hoffe, dass die Wähler ihn das nächste Mal abstrafen.“ In seinem Bericht aus dem Stadtrat informierte Goldbach die Genossen, dass noch immer kein Käufer für das Feuerwehrhaus gefunden werden konnte. Auch der Verkauf von Grundstücken im Baugebiet Sonnenhöhe verlaufe weiter schleppend. Bisher hätten fünf Plätze veräußert werden können. „Hier wurden Fehler gemacht“, bekannte der Stadtrat.

Man habe sich zu lange in die Abhängigkeit einer Vermarktungsfirma begeben. Ein Vorvertrag sei jetzt mit einem Investor für das alte Schwimmbad-Gelände in der Au abgeschlossen worden. Nach Goldbachs Angaben stehe die Stadt mit möglichen Trägern für eine betreute Wohnform in Verbindung. Sorgen würde der schlechte Zustand der kommunalen Straßen bereiten, trotz Steuermehreinnahmen sei nicht genug Geld für Sanierungsmaßnahmen vorhanden. Überlegt werde auch, ob die städtischen Wohnungen in der Vogelhöhe verkauft werden sollen. Kritik am Stadtrat übte der ehemalige Bürgermeister Klaus Gendrisch, der seinen Antrag auf einen Treppenlift im Alten Rathaus abgelehnt hatte.

In einem Schreiben hatte die Kommune mitgeteilt, es gäbe in Creußen genügend seniorengerechte Räumlichkeiten. „Für eine Fun-Arena, die kaum genutzt wird, wurden 26 000 Euro ausgegeben und für die Alten ist kein Geld da“, machte Gendrisch seinem Unmut Luft. Zügig verlief die Nominierung der Creußener Kreistagskandidaten. Für die SPD treten Peter Goldbach, Raimund Nols und Werner Rüppel an. Delegierte für die Nominierungskonferenz sind Peter Goldbach, Thomas Kolb und Uwe Tauber. Für langjährige Parteizugehörigkeit ehrten Nols und Rabenstein Irmgard und Siegfried Potzel (40 Jahre), Klaus Gendrisch, Heinrich Aull, Klaus Frosch, Eduard Heinrich, Christian Heß, Wilfried Kutsche und Peter Spröde (alle 35 Jahre). Seit 30 Jahren dabei sind Gunda Bär und Hartmut Wagner.

OV Luitpoldschule-Röhrensee

Nordbayerischer Kurier vom 19.02.2007

SPD fordert mehr Führung**Ortsverein rüffelt Hohl: Der neue OB habe die Stadtverwaltung nicht im Griff**

Mit deutlicher Kritik an Bayreuths Oberbürgermeister Dr. Michael Hohl (CSU) haben sich Mitglieder des SPD-Ortsvereins "Luitpoldschule-Röhrensee vor dem Hintergrund der Debatten um die Verteuerung des Musikschul-Konzertsaals an die Öffentlichkeit gewandt: Hohl delegiere alles an seine Verwaltung und begnüge sich mit dem Repräsentieren, so Thomas Bauske in einer Mitteilung an den KURIER.

Der SPD-Ortsverein Luitpoldschule-Röhrensee nahm die „ungeheuerlichen Vorgänge“ um die Musikschule zum Anlass einer kritischen Betrachtung der Arbeit von Oberbürgermeister Hohl. „Bayreuth wollte vor fast einem Jahr einen Wechsel, doch sicher nicht in diese Richtung“, so Ortsvereinsvorsitzender Reiner Zahn. 200 000 Euro Mehrkosten und eine gravierende bauliche Änderung bei der Musikschule habe die Verwaltung offenbar im Alleingang beschlossen.

Damit zeigen sich nach Ansicht der SPD-deutlich die Schwächen des neuen Oberbürgermeisters: „Es genügt eben nicht als Moderator aufzutreten, sondern die Verwaltung braucht eine Führungskraft“, schlussfolgert der stellvertretende Ortsvereinsvorsitzende Thomas Bauske. Und: Hohl delegiere alles an seine Verwaltung und begnüge sich mit dem Repräsentieren. Die Verwaltung aber sei dieses Vorgehen nicht gewohnt und scheine überfordert. Bauske: „Sie schwimmt und ist orientierungslos.“ Die Zeche müssten aber die Bayreuther Bürger zahlen, so Bauske weiter, „denn der Stadtrat hat die Mehrkosten — trotz Sperrvermerk — einstimmig in den Haushalt übernommen.“

Eigentlich habe Hohl die Verwaltung ja bürgerfreundlicher machen wollen, allerdings stoße er dabei an seine eigenen Grenzen, meint die SPD: „Hohl muss sich die Frage gefallen lassen, ob er nicht in der Lage ist die Verwaltung effizient zu führen, denn unter OB Mronz wäre ein solcher Vorgang undenkbar gewesen“, schließt Bauske.

VGN-Beitritt begrüßt

Der SPD-Unterbezirk Bayreuth begrüßt die Bestrebungen, den gesamten Landkreis in den VGN zu integrieren, das teilt Vorsitzende Anette Kramtee mit.

„Für die Bürger bedeutet der Beitritt zum Verkehrsverbund eine erhebliche Vereinfachung im ÖPNV“, lobt Kramme, die Bemühungen. Am Beispiel Pegnitz sehe man, wie auch die Gastronomie und der Einzelhandel in großem Umfang vom VGN profitiere, ergänzte stellvertretender Vorsitzender Karl Lothes. „Es ist schön zu sehen, dass die jahrelange Forderung der SPD nun endlich Gestalt annimmt“, fährt Landtagsabgeordneter Dr. Christoph Rabenstein fort. Frühzeitig sollten Werbekonzepte erarbeitet werden, um das Fichtelgebirge auch in Nürnberg bekannt und so VGN-Reisenden einen Besuch im Fichtelgebirge schmackhaft zu machen, so Kramme.

Jusos kritisieren aktuelle Stadtpolitik

Auf die Neuaufnahme der Diskussion um die so genannten Bürokrategitter an der neuen Schulbrücke haben die Bayreuther Jungsozialisten mit harscher Kritik reagiert. „Es darf nicht sein, dass dieser Stadtrat ständig seine eigenen Entscheidungen widerruft“, sagte Juso-Vorsitzender Thomas Bauske. Die Anregungen seien zwar sachlich richtig, doch zu spät initiiert worden. Diese ständigen Zick-Zack-Kurse seien typisch geworden für Bayreuth. Ständig werde gefordert, diskutiert, Wettbewerbe ausgeschrieben, entschieden und dann wieder verworfen.

Wunsch nach Stimmrecht im SPD-Bundesvorstand

Eine noch bessere Einbindung von Seniorenvertretern auf den höheren Ebenen der Partei fordert Christine Hacker als Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft 60 plus des SPD-Stadtverbands. Insbesondere im Bundesvorstand der SPD sollte diese Arbeitsgemeinschaft einen festen Sitz mit Stimmrecht haben. In mehreren Briefen an überregionale Parteigrößen und Mandatsträger habe man aufzuzeigen versucht, welche Bedeutung dieser stetig wachsenden Gruppe in der Gesamtpartei zukommt und welche umfangreichen Verdienste die Senioren haben.

Nordbayerischer Kurier vom 19.02.2007

Jusos wollen verstärkt in Stadtpolitik mitmischen Andre Pöhler als Unterbezirks-Vorsitzender bestätigt



Andre Pöhler

Auf ein ereignisreiches Jahr konnten die Jusos im Unterbezirk Bayreuth bei ihrer Mitgliederversammlung. Der wiedergewählte Vorsitzende Andre Pöhler hob besonders den Einsatz der Jusos für das Klinikum Bayreuth und die Demonstration gegen den Kongress der Deutschen Stimme in Bayreuth hervor. Hier habe die SPD-Jugendorganisation Erfolge erzielt.

Als die wiederholten Nazi-Kongresse bekannt wurden, habe man schnell reagiert und eine Protestdemonstration organisiert. Angesichts der kurzen Vorbereitungszeit sei diese mit rund 400 Teilnehmern gut besucht gewesen. Dieser Demonstration und dem Druck des neuen Oberbürgermeisters auf das Tagungshotel sei es zu verdanken, dass es keine weiteren solche Kongresse in Bayreuth geben werde. In Sachen Klinikum seien neben dem Betriebsrat die Jusos die ersten gewesen, die öffentlich auf die Missstände hingewiesen hätten und die Diskussion um den Geschäftsführer ins Rollen gebracht hätten. Dass Binner gehen musste, sei ein großer Erfolg gewesen, betonten die Jusos – es gebe nun die Chance auf einen Neuanfang, die aber auch genutzt werden müsse. „Über das Klinikum wurde viel geredet, jetzt muss endlich gehandelt werden. Als nächstes muss die Servicegesellschaft abgeschafft werden und die Arbeitnehmer müssen im Aufsichtsrat vertreten sein“, forderte Pöhler. Er kündigte an, auch in Zukunft die Entwicklung am Klinikum genau zu beobachten und sich weiterhin zu Wort zu melden.

Die Beispiele Klinikum und Demo gegen Rechts bewiesen, dass man mit politischem Engagement etwas erreichen könne. Die Jusos fühlten sich dadurch in ihrer Arbeit bestätigt. Schwerpunkt für das kommende Jahr werde die Vorbereitung auf die Stadtratswahl 2008 sein. „Wir werden uns verstärkt in die Stadtpolitik einmischen“ kündigte Pöhler an. Dies sei auch dringend nötig, denn einige der jüngsten Entwicklungen im Stadtrat und der Verwaltung trafen bei den Jusos auf wenig Verständnis. Beispiele sei die Diskussion über das „Bürokratengitter“, die Ablehnung des Baus von Regenwasser-Zisternen oder dass bei der Stadthalle bis auf weiteres nichts geschehe.



Werner
Kaniewski

Werner Kaniewski, der Vorsitzende der SPD-Kreistagsfraktion, sprach vor den Jusos zum Thema „Was kann die Kommunalpolitik für Jugendliche tun“. Das wichtigste sei laut Kaniewski, dass den Jugendlichen das Gefühl vermittelt werde, in der örtlichen Gemeinschaft zuhause zu sein. Bei den Neuwahlen des Vorstandes bestätigten die Jusos den 29-jährigen Rechtsanwalt Andre Pöhler einstimmig als Vorsitzenden. Zu seinen Stillvertretern wählte die Versammlung Jakob Horn, Felicitas Schulz und Maximilian Weiß. Kassierererin bleibt Dr. Hannaleena Pöhler.

Nordbayerische Nachrichten vom 05.04.2007

SPD-Kreisvorstand jetzt ohne „zwei“ Gerhard Pospischil und Lukas Schrüfer traten von ihren Ämtern zurück

Der Kreisvorstand der SPD ist um zwei Persönlichkeiten ärmer. In der jüngsten Vorstandssitzung haben Gerhard Pospischil und Lukas Schrüfer ihre Rücktritt aus dem Kreisvorstand erklärt.

Auf Nachfrage der NN begründete Pospischil die Aufgabe des Amtes als stellvertretender Kreisvorsitzender sowie den Verzicht auf eine Kandidatur für den Kreistag mit neuen beruflichen Herausforderungen. In Forchheim werde er ein alternatives Energieberatungszentrum mit aufbauen und betreuen. Damit seien auch Vorträge am Abend verbunden. Mit Familie und intensiver Parteiarbeit bei herannahenden Wahlen sei das nicht vereinbar. „Ich habe eine Entscheidung treffen müssen, auch wenn sie mir schwer gefallen ist“, sagt Pospischil, der weiter Vorsitzender des Ortsvereins Hetzles-Dormitz-Kleinsendelbach bleibt. Lukas Schrüfer, der sein Amt als Pressearbeiter des Kreisverbandes zurückgegeben hat, will sich auf sein Studium und die Arbeit im Ortsverband Neunkirchen konzentrieren.

Nordbayerischer Kurier vom 02.03.2007

Kritisch, selbstbewusst und kämpferisch SPD 60plus: Großen Hunden wird mehr Platz eingeräumt als Menschen in Alten- und Pflegeheimen

Etwa 70 Mitglieder von SPD 60 plus versammelten sich wie jedes Jahr im Valentin-Kuhbandnerheim zu ihrem Heringessen. Dabei zeigten sich sowohl Vorsitzender Karl Hummel als auch der kommissarische Bezirksleiter Dieter Frowein kritisch und kämpferisch. Die Frage nach der Demokratie stellten die Redner mit dem Hickhack bei der Schnabelwaider Bürgermeisterwahl. Auch sollte man sich in Stadt und Land möglichst schnell einigen und bemühen, dass die Tarife beim Verkehrsverbund VGN so gestaltet werden, damit man nicht viele verschiedenen Netzkarten braucht.

Karl Hummel gab dann noch Informationen zur Gesundheitsreform, und Dieter Frowein ging auf den Tag der Senioren am 14. April auf dem Marktplatz in Bayreuth ein, wo man von 9 bis 13 Uhr eine Demonstration gegen das neue Gesetz für Alten- und Pflegeheime durchführt: In diesem Gesetz, so wurde kritisiert, werde die Ausstattung und Größe der Zimmer mit zwölf Quadratmetern neu geregelt, „während große Hunde nach Auskunft des Tierschutzvereins mindestens acht Quadratmeter Fläche brauchen“. Das sei ein Skandal, und deshalb werde man auf dem Marktplatz ein derartiges Zimmer aufbauen und der Bevölkerung vorstellen.

Schließlich nannte SPD-Ortsvorsitzender Klaus-Jürgen Koch, der in der Verwaltung des Kreiswehrrersatzamtes Weiden beschäftigt ist, zur Bundeswehr interessante Zahlen. So sei die Ära der Reformen bei der Bundeswehr vorbei, man sei aber ständig im Umbruch. Hatte die Bundeswehr früher 475 000 Soldaten und 175 000 Zivilbeschäftigte, zusammen mit der Nationalen Volksarmee der DDR (NVA) sogar 600 000 Soldaten und 250 000 Zivilbeschäftigte, so werde man 100 000 Zivilbeschäftigte verlieren, und die Bundeswehr schrumpfe auf 375 000 Mann. Oberfranken sei fast bundeswehreffrei. Bayreuth hat 2000 Soldaten verloren, Wunsiedel 500, Naila 500 und in Hof 300. In Oberfranken werde es nur noch in Hof einen militärischen Standort geben, und in Bamberg ist das einzige Kreiswehrrersatzamt.

Letztmals gab es dann von „Heringsbändiger“ Wilfried Dressler aus Pegnitz und dem „Erdäpfelkocher“ Horst Murr aus Pegnitz das Heringessen. 16 Jahre lang hat Wilfried Dressler nach einem schlesischen Rezept die Matjesheringe zubereitet. Mit 80 Jahren ist jetzt Schluss. Es wurden aber bereits mit Angelika Fraunholz und Viola Eisenhut aus Speichersdorf zwei Nachfolgerinnen gefunden. Zum Schluss ging Karl Hummel noch auf einige Veranstaltungen ein. So fahre man zum Oberfrankentreffen nach Bamberg, es geht zwei Tage nach Berlin und Potsdam, vier Tage führt eine Reise nach Hamburg, zwei Tage will man nach Köln und zwei Tage geht es zum Striezelmarkt in Dresden.

Nordbayerische Nachrichten vom 14.04.2007

Mit Familienpolitik in den Wahlkampf SPD Forchheim erkennt Schwerpunkte für 2008 – Kritik am Freistaat an neuen Abgaben

Der SPD-Ortsverein Forchheim und die SPD-Stadtratsfraktion sehen in der Familienpolitik einen Schwerpunkt für die Kommunalwahl 2008. In einer Pressemitteilung forderten die Sozialdemokraten, dass das Angebot für die Betreuung von Klein- und Vorschulkindern weiter verbessert werden müsse. Dazu gehörten, so Stadträtin Lisa Hoffmann, familienfreundliche Öffnungszeiten und pädagogische Konzepte, die eine bestmögliche Förderung der Kinder gewährleisten.

Parallel dazu müssten wohnortnahe Kindergarten- und Schulstrukturen, zum Beispiel in Reuth und Kersbach, gefördert werden. Die Reuther Grundschule soll nach Vorstellungen der SPD ab 2008 generalsaniert werden. Im Forchheimer Stadtnorden könne durch den Abschluss der laufenden Baumaßnahme an der Adalbert-Stifter-Schule das, der Ganztags- schule besser umgesetzt werden. Dringenden Handlungsbedarf sieht Fraktionsvorsitzender Reinhold Otzelberger in der Landespolitik. Es müssten schrittweise kostenlose Angebote in Kindertagesstätten entstehen. Hier sei der Freistaat gefordert, die Kommunen könnten diese Aufgabe nie schultern. Heftig wurde von der örtlichen SPD die Familienpolitik der CSU kritisiert. Nach außen würden in Sonntags- reden familienfreundlich Parolen ausgegeben, in der Praxis würden dann aber die Familien mit neuen Abgaben belegt. Das bayerische Büchergeld belaste etwa die Familien und sei verwaltungsmäßiger Unsinn.

Nordbayerischer Kurier vom 27.02.2007

Breite Schultern können mehr tragen SPD-Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen will gesellschaftliche Eliten künftig stärker belasten



Karin Pöhlmann

Die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmer (Afa) des Unterbezirks der SPD fordert mehr gesellschaftliche Solidarität. Die Afa-Vorsitzende Karin Pöhlmann kündigte nach einer Konferenz der Arbeitsgemeinschaft am Wochenende in Goldkronach an, die Gruppierung werde sich verstärkt dem Thema gesellschaftlicher Solidarität annehmen und die Auswirkungen aufzeigen, die die Haltung vermeintlicher Eliten hätten. Unabhängig von der kritischen Bewertung der aktuellen Reformen sei es nicht akzeptabel, dass sich selbst ernannte Eliten ausklinkten. Großverdiener, Großaktionäre und Unternehmer würden bei den anstehenden Reformen begünstigt und geschont. „Die gesellschaftliche Entwicklung hat seit Beginn der 80er Jahre, Arbeitnehmer einseitig durch Sozialabbau belastet“; so Karin Pöhlmann.

Damit sei eine Entsolidarisierung ungeahnten Ausmaßes eingetreten. Darunter hätten nicht zuletzt die Gewerkschaften zu leiden. Während Reformen den kleinen Leuten Opfer um Opfer abverlangt hätten, drücke sich gleichzeitig die so genannte Elite. Wer jedoch als Elite gelten wolle, der müsse auch Vorbild sein. Keine Globalisierung und kein Sachzwang hindere die „oberen Zehntausend“ daran, mehr zu tragen, weil man auch breitere Schultern habe. Ohne Alternative ist für den Afa-Unterbezirk weiter die Forderung nach einem Mindestlohn. Dadurch würde eine breite Armut unter Arbeitnehmern verhindert und es komme eben nicht zu einer Steigerung der Arbeitslosigkeit. Auch sei eine Rente mit 67 Jahren nicht akzeptabel, die Afa stelle sich damit an die Seite des Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Die gesetzliche Rente müsse Kernbereich der Altersvorsorge bleiben, der um private und betriebliche Vorsorge ergänzt werden müsse. Es bleibe jedoch für den Durchschnittsbürger ein Rätsel, wie er bei Niedriglöhnen und Teilzeitarbeit privat Vorsorge schaffen soll. Aus diesem Grunde sollte auch der geforderte Mindestlohn nur die Ausnahme bleiben. Denn ein Leben mit einem Lohn von sieben bis 7,50 Euro gestalte sich ärmlich. Zu den Auswirkungen der Gesundheitsreform sprach Friedhelm Esch. Die Zahl der Patienten, die sich einen Arztbesuch nicht mehr leisten könnten, nehme zu. Dass verschleppte oder selbst kurierte Krankheiten am Ende mehr Kosten verursachten, sei so gut wie sicher. Bei den Vorstandswahlen wurde Karin Pöhlmann aus Bad Berneck als Vorsitzende bestätigt, Stellvertreter bleibt Friedhelm Esch, zum Kassier wurde Heinz Hahn aus Goldkronach gewählt.

Fränkischer Tag vom 23.02.2007

Neunkirchner SPD staunt über Gelder

In der letzten Sitzung des SPD-Ortsvereins Neunkirchen am Brand standen Themen der Gemeindepolitik im Vordergrund. Die Mitglieder begrüßten einhellig die Entscheidung des Marktgemeinderats, den Pfadfindern, die einen regen Zulauf haben, die Nutzung der leer stehenden Räume im Erlanger Tor zuzuweisen.

Dagegen erregten die sich immer noch hinziehenden Verhandlung wegen des Multifunktionsplatzes die Gemüter der Anwesenden. Jugendlichen ist es wohl kaum vermittelbar, dass gesammelte und gespendete Gelder von ca. 20 000 Euro „auf Halde“ liegen, und dies auch vor dem Hintergrund eines zunehmenden Vandalismus in Neunkirchen. „Verwunderlich ist“, so Andreas Pfister, „dass dieses Geld auch im Haushalt nicht auftaucht“.

Der Konflikt um den Bebauungsplan „Zu den Heuwiesen“ hat sich durch ein von der CSU-Mehrheit getragenes Ratsbegehren weiter zugespitzt. In diesem zum „Bermuda-Dreieck“ mutierten Projekt sollen wohl die ohnehin nicht vorhandenen Gelder der Marktgemeinde versenkt werden. Gerd Thüngen warf die Frage auf, warum ausgereicht die noch relativ gut erhaltenen Gehwege im Innerort neu gepflastert werden, wo doch an anderen Stellen die Gehwege in einem katastrophalen Zustand sind.

Frankenpost vom 29.03.2007

Bürgermeister Hoppert kandidiert 2008 nicht mehr

Hans Pedall

Für manche Mitglieder überraschend, erklärte Bürgermeister Günther Hoppert bei der Hauptversammlung des SPD-Ortsvereins Goldkronach, dass er für eine weitere Legislaturperiode nicht mehr zur Verfügung stehe, da er bei einer Wiederwahl bereits 64 Jahre alt wäre und er eine andere Lebensplanung habe.

Über steigende Mitgliederzahlen berichtete der Vorsitzende des SPD-Ortsvereins Goldkronach, Hans Pedall, bei der Hauptversammlung. Mit drei Eintritten im vergangenen Jahr sei die Mitgliederzahl auf über 70 gestiegen. Auch 2006 habe der Ortsverein viel unternommen, berichtete er weiter: So veranstalteten die Genossen ein Ostereiersuchen, einen Vereinsausflug nach Bad Windsheim und Wanderungen zwischen 20 und 30 Kilometern, die guten Zuspruch hatten. Zudem beteiligte man sich am Marktplatzfest und Weihnachtsmarkt mit einem Stand. Auch für dieses Jahr seien Veranstaltungen geplant, die jetzt mit der Ostereiersuche begonnen werden. Im Zuge dieser Angebote will man verstärkt Werbung für jüngere Mitglieder betreiben. Der Bericht des Kassier Karl Heinz Ordnung fand trotz eines Minus die Zustimmung der Mitglieder.

Für die SPD-Rathausfraktion berichte Hans Pedall, dass es durch den Wegzug von Dieter Birke einen Wechsel gegeben hatte und nun Jutta Bauer diese Stelle einnehme. Das Klima im Stadtrat und zwischen den Fraktionen sei gut. Wichtige Themen seien die Stadtsanierung in Goldkronach, die abgeschlossen werden und die Dorferneuerung in Nemmersdorf, die gestartet werden solle. Problem sei jedoch, dass kein Geld fließe. Weiter wünsche sich die SPD, dass die überörtliche Zusammenarbeit zwischen den Kommunen entlang der Autobahn A 9 verstärkt werde. Nochmals hob Pedall hervor, dass die Fraktion gegen jegliche Art von Autobahn durch das Fichtelgebirge sei.

Als Delegierte für die Nominierungsversammlung für die Kreis- und Landtagswahlen wurden einstimmig Hans Wölfel, Hans Pedall, Doris Bude und Werner Schott gewählt. Neuer Datenbeauftragter wird Rainer Dorsch. Beim anschließenden Vorgespräch zur anstehenden Kommunalwahl 2008 erklärte der amtierende Bürgermeister Günther Hoppert, dass er aus Altersgründen nicht mehr für eine weitere Kandidatur zur Verfügung stehe. Vorsitzender Hans Pedal sagte, dass man zwar über einen neuen Kandidaten bereits nachgedacht und auch schon erste Gespräche geführt habe, jedoch alles noch in der Schwebe sei und man sich erst bis Herbst festlegen wolle.

Auch sei man sich noch nicht im Klaren, ob man mit einer Liste oder einer zweiten für Nemmersdorf antreten solle. Zudem führe man bereits Gespräche mit geeigneten Personen, die sich eventuell für eine Wahl in den Stadtrat aufstellen lassen würden. Eine Parteizugehörigkeit ist nach Aussage Pedalls nicht unbedingt erforderlich. Ebenso hofft man bei der Suche nach jüngeren Personen fündig zu werden.

Landtagsabgeordneter Christoph Rabenstein lobte die sachdienliche und angenehme Zusammenarbeit mit Bürgermeister Hoppert. Wichtig sei, dass ein Bürgermeister ein Gespür für das Wohl der Bürger habe. Zudem erläuterte er nochmals, dass IHK und Transportunternehmen sich intensiv für den Bau einer Fichtelgebirgsautobahn einsetzen. Doch er und seine oberfränkischen Fraktionskollegen sprächen sich gegen eine Autobahn aus.

Nordbayerischer Kurier vom 02.04.2007

SPD-Hoffnung ruht auf Günter Kölbl

Weidenberger Genossen benennen ihren Bürgermeisterkandidaten

Offizielle Nominierung folgt



Günter Kölbl

Selbstbewusst gehen die Weidenberger Sozialdemokraten in die Kommunalwahl am 2. März 2008. In Weidenberg werden die Karten neu gemischt, geht doch die Ära Fünfstück zu Ende. Ein wichtiger Grund für das zuversichtliche Stimmungsbild bei den Genossen: Die Bewerbung von zweitem Bürgermeister Günter Kölbl (55) um das höchste Amt in der Gemeinde, die bei der Jahresversammlung im Gasthaus Kretschmer bekannt gegeben wurde.

36 Jahre lang war Wolfgang Fünfstück von der FWG gemeinsamer Bürgermeisterkandidat von SPD und Freien Wählern. Da Fünfstück — wie berichtet — beim Urnengang in elf Monaten nicht mehr antritt, hätten sich die Sozialdemokraten entschlossen, diesmal einen Wettbewerber aus den eigenen Reihen in den Ring zu schicken. Kreis- und Gemeinderat Peter Zeitler, der Kölbls Bewerbung bekannt gab, verhehlte nicht, dass die Wahl nicht leicht gefallen sei, schließlich habe die SPD eine Hand voll guter Bewerber vorzuweisen, die alle das Zeug zum Bürgermeister hätten.

Mit dem 55-jährigen Günter Kölbl gehe ein erfahrener Kommunalpolitiker ins Rennen um den Chefsessel im Weidenberger Rathaus, der seine Kompetenz als Gemeinderat und zweiter Bürgermeister schon seit vielen Jahren beweisen konnte. Die offizielle Nominierung des technischen Telekom-Beamten für die Wahl zum Bürgermeister werde aber zu einem späteren Zeitpunkt stattfinden kündigte Zeitler an, der auch davon berichtete, dass man derzeit auf dem besten Wege sei, eine „Bombenliste“ mit sehr zugkräftigen Kandidaten für den Marktgemeinderat aufzustellen.

Bislang ist die SPD mit fünf Sitzen und dem Ortssprecher von Sophienthal im 20-köpfigen Gemeinderat vertreten. Die Weidenberger Genossen dürfen heuer auf eine 100-jährige Tradition als Ortsverein zurückblicken. Dem Zusammenschluss gehören derzeit 54 Mitglieder an. Am 10. November, dem 56. Geburtstag von Günther Kölbl, soll das Jubiläum in der Schulaula groß gefeiert werden — mit Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt als Festrednerin. Bereits am Vorabend, so berichtete Marcö Regber, der Jugendbeauftragte des Marktes, soll an gleicher Stelle eine Jugenddisco stattfinden.



Peter Zeitler

Die Genossen beschlossen ferner, neben Kölbl auch die Gemeinderäte Matthias Böhner, Marco Regber und Peter Zeitler für die SPD-Kreistagsliste vorzuschlagen. Man hoffe für alle vier auf gute Listenplätze, schließlich sei Weidenberg die drittgrößte Gemeinde im Landkreis. Bei den Neuwahlen wurde Günter Kölbl als Vorsitzender bestätigt, seine Stellvertreter sind Matthias Böhner und Peter Zeitler. Um die Kasse kümmern sich Manfred Tölzer und Reinhold Fick, ums Protokoll Marco Regber und Horst Zwing. Revisoren sind Günter Track und Erich Proest.

Zu Beisitzern wurden Jürgen Rutsatz, Roland Zähringer, Uwe Will, Hans Reiß, Gerd Rabenstein, Udo Bordes, Ortssprecher Günter Nicolai, Bernhard Dörfler, Hannes Theklot und der Seniorenbeauftragte des Marktes, Gemeinderat Georg Will, berufen. Zu Delegierten für die Kreisversammlung wurden Matthias Böhner, Marco Regber und Peter Zeitler gewählt. Ersatzleute sind Georg und Uwe Will sowie Manfred Tölzer.

Nordbayerische Nachrichten vom 23.02.2007

Gstanzl machen Polit-Ohrfeigen erträglich Pegnitzer SPD kleidete beim Aschermittwochstreffen Kritik in Humor



Karl Lothes

„In Bengaz is lustig, in Bengaz is schee, und damits a so bleibt, ja dann wählt SPD.“ Mit diesem Refrain läutete die Pegnitzer SPD in einem humorigen „Gstanzl“ das traditionelle Aschermittwochstreffen im Gasthaus Schmidt in Hainbronn ein. Aus voller Kehle sang der SPD-Chor tun die Stadträte Elisabeth Habscheid-Knorre, Werner Mildner, Charly Lothes und Uwe Raab, an der Gitarre begleitet von dessen Sohn Maximilian. Freilich kommt ein solches „Derblecken“ nicht ohne kleine Seitenhiebe auf die politische Konkurrenz aus.

„Der Thümmler wor in China, warum waas kanna gwieß, wer hat wohl die Reis zohlt, wer des frogt, der is mies“, frozelten die Genossen ob des Bürgermeisters kleinen Abstecher ins Reich der Mitte. Ganz aktuell wurde es in der Strophe „Ja die SPD wollt a Kinderkrippe, die CSU sagt es wird kaane braucht, jetz schreia junge Eltern, scho springa die Schwarzen, dass es raucht“. Selbstverständlich durfte die Wahl in Schnabelwaid nicht fehlen. „A Schwarzer hat Einspruch erhobn, und die Creußner Verwaltung aufbracht, im Rothaus hams es Siegl aufbrochn und so lang zählt, bis die Stimmen fürn Hofmann hom passt“. Auch das Hallenbad und das neue Ganzjahresbad kamen nicht ohne eine kleine spöttische Anekdote der sangesfreudigen Stadträte davon.

Bevor der schon mit Kultstatus ausgestattete Stadtschreiber „Leisefluss“ (Charly Lothes) seinen Auftritt hatte, äußerten die Hainbronner und Reisacher Bürger einige Punkte, die die Sozialdemokraten für sie im Stadtrat vorbringen sollen. So wurde angeregt, eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf der Gemeindeverbindungsstraße von Hainbronn über den Wasserberg nach Pegnitz einzuführen. Viele Fußgänger würden diese Passage nutzen und von zu schnell fahrenden Pkw gefährdet. Selbiges gelte auch für die Durchfahrt durch Reisach Richtung Penzenreuth. Der steile Berg lade geradezu zum Rasen ein, vor allem Schulkinder seien auf der Straße- ohne Gehweg stark gefährdet. Moniert wurde auch die manchmal zu lange dauernde Räumung der Straßen durch den privaten Winterdienst, der laut Aussage eines Anwohners zuerst seine privaten Aufträge bei Supermärkten und ähnlichem abarbeite, ehe er sich um die öffentlichen Straßen kümmere.

Lothes versprach, sich dieser Probleme anzunehmen und wies noch einmal darauf hin, dass die von der SPD am Aschermittwoch 2006 initiierte Unterschriftenliste dazu beigetragen hat, den geplanten Mobilfunkmast in Hainbronn zu verhindern. Dann war es jedoch an der Zeit für den Gemeindegeschreiber „Leisefluss“, der Jahr für Jahr einen nicht ganz ernst gemeinten Einblick in die Arbeit der Pegnitzer Stadtverwaltung gibt.

Sowas wie bei der Schnabelwaid Wahl könne ja in Pegnitz gar nicht erst vorkommen, da wird der Stift so kurz angehängt, dass die Wähler sowieso bloß in die erste Spalte ihr Kreuzchen machen können, ließ Lothes unter dem Gelächter der Genossen wissen. Einen kleinen Seitenhieb teilte Lothes in Richtung der Freien Wähler aus. „Im Wahlkampf manst immer, do wolln se alles zerreißen. Und dann hörst wieda fünf Jahr gor nix mehr von denen. Die springen los wie die Tiger und landen dann als Bettvorleger.“

Nordbayerische Nachrichten vom 26.03.2007

SPD rechnet mit Hans Hümmer ab**SPD-Fraktionschef Uwe Raab wirft dem FWG-Sprecher Ja-Sagerei im Stadtrat vor**

Uwe Raab

In einer außerordentlichen Mitgliederversammlung wählte die Pegnitzer SPD nicht nur die Delegierten für die Bezirks-, Landes- und Kreistagswahl, vielmehr berichteten der Fraktionsvorsitzende im Stadtrat, Uwe Raab, und der stellvertretende Kreistags-Fraktionsvorsitzende Karl Lothes auch aus ihren jeweiligen Gremien. Einen historischen Moment erkannte Uwe Raab in der Tatsache, dass gleich vier von der SPD eingereichte Anträge den Stadtrat passierten. „Das habe ich in meinen 17 Jahren im Stadtrat noch nie erlebt“, so Raab. Sauer stieß ihm jedoch auf, dass sowohl Union als auch Freie Wähler den Anträgen zwar zustimmten, im Nachhinein sie jedoch wieder schlecht redeten. „Wenn ich etwas für schlecht befinde kann ich dem nicht zustimmen“. Gleichwohl bezeichnete er das momentane Verhältnis der SPD-Fraktion zu Bürgermeister Thümmel als gut und kooperativ.

Gleich mehrfach übte Raab Kritik an dem FWG-Fraktionsvorsitzenden Hans Hümmer. Doch auch der Fraktionsvorsitzende der CSU, Manfred Vetterl, erntete Kritik. Vetterl hatte der SPD im Bezug auf den „Rechtler-Antrag“ reinen Populismus vorgeworfen. „Dies zeugt von Unwissenheit, ist gehässig und ein plumper Versuch der Klimavergiftung“, so Raab. „Es stünde Manfred Vetterl gut zu Gesicht, erst zu urteilen und mit schnoddrigen Kommentaren zu reagieren, wenn er sich sachkundig gemacht hat“. Den Vorwurf Hümmer, die SPD drehe sich wie das Fähnlein im Wind und habe so Grundsatzbeschlüsse verraten, wies Raab scharf zurück. Der SPD sei es gelungen, erheblich zur Rettung des Pegnitzer Eisstadions beizutragen und könne sich zu Recht den Pegnitzer Anschluss an den VGN auf ihre Fahnen schreiben. „Die Freien Wähler haben im VGN ein Schreckgespenst gesehen und Kaufkraftabfluss prophezeit - genau das Gegenteil ist eingetreten. Jetzt tun sie auf einmal so als hätten sie den VGN nach Pegnitz geholt“, meinte Raab. Hümmer habe im Stadtrat immer wieder propagiert, das Eisstadion gehöre abgerissen. „Die SPD hat den Nutzen des Stadions für das Allgemeinwohl früh erkannt und entschlossen gehandelt“.

Auch sei es die SPD gewesen, die frühzeitig die Erforderlichkeit einer Kinderkrippe erkannte. Hans Hümmer habe dies jedoch als sozialistisches Teufelszeug aus der DDR abgelehnt. „Damit würde er die Eltern, die an einer Kinderkrippe bedarf haben, gnadenlos im Regen stehen lassen“, wettete Uwe Raab. „Jetzt tragen sie diese Investitionen und Einrichtungen mit und haben sich ihrerseits gedreht wie das Fähnchen im Wind“. Die Freien Wähler würden immer weiter Richtung schwarzes Lager abdriften. Der Eindruck habe sich noch verstärkt, nachdem Hümmer zum Geschäftsführer der Juragruppe berufen wurde und somit einer der ranghöchsten Mitarbeiter von Bürgermeister Thümmel wurde.

„Wie will er denn seine Kontrollfunktion ausüben? Wie will er denn einen freien Meinungsdisput ausfechten?“ fragte Uwe Raab. Dauerhafte Ja-Sager gebe es schon genug. „Ich reiche jedoch gerne die Hand für konstruktive Zusammenarbeit, aber es gilt auch Stopp zu sagen, wenn es nötig ist. Ich fordere auf, zur gebotenen Fairness zurückzukehren“, schloss Raab seine Ausführungen: Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD im Kreistag, Karl Lothes, kritisierte die Landessparpolitik der Bayerischen Staatsregierung, die die Kommunen ausbluten lasse. Die SPD-Fraktion habe den Kreishaushalt aus guten Überlegungen mitgetragen. „Auch wenn manche dies kritisieren haben wir unter Berücksichtigung der angespannten Finanzlage entschieden, keine Forderungen zu stellen. Dies würde Kosten verursachen, die sich derzeit keiner leisten kann. Ideen habe die Kreistagsfraktion jedoch genug und werde diese in Zukunft auch versuchen umzusetzen.“

Die SPD habe sich erfolgreich für den Ausbau der Pegnitzer Realschule eingesetzt. „Leider hat die Regierung wegen den Vorgaben der CSU-Staatsregierung zunächst, blockiert, aber auch durch unseren politischen Druck sind jetzt Mittel freigegeben worden.“ Es sei im Freistaat nichts neues, das die Kommunen im Regen stehen gelassen werden. Außerdem seien die zugesagten Mittel für die Realschule viel zu wenig, so dass wiederum der Landkreis und die Kommunen ein großes finanzielles Opfer bringen müssten. „Für mich ist das eine ausgemachte Sauerei, wenn man bedenkt, dass der Ausbau der Realschule durch die miserable Schulpolitik der CSU erst entstanden ist. Diese hat die R 6 beschlossen und damit den Umbau der Realschule erst verursacht“, so Lothes.

Nordbayerische Nachrichten vom 12.03.2007

SPD: klein und fein Plecher Ortsverein zog Bilanz – Viele Aktivitäten

Auf ein arbeits- und erfolgreiches Jahr blickte der SPD-Ortsverein anlässlich seiner Hauptversammlung im Vereinslokal „Goldenes Herz“ zurück. Bei der Zukunftsgestaltung der Gemeinde ist man weitgehend im Konsens mit den anderen Fraktionen im Plecher Ratsgremium. Auf diesen Nenner brachte die Vorsitzende Heidi Gentsch ihre Tätigkeit als alleinige Vertreterin der Partei im Gemeindeparlament. Beim entschuldigten Bürgermeister bedankte sie sich ausdrücklich für die gute Zusammenarbeit.

An der eigenen Basis stünden die 21 Mitglieder voll hinter ihr, die Altersstruktur mit zahlreichen Genossen über 60 Jahren lasse allerdings zu wünschen übrig, resümierte sie. Dies tut den Aktivitäten jedoch keinen Abbruch: Beim Marktplatzfest und beim Weihnachtsbasar bot man auch im Berichtsjahr wieder Kaffee und Kuchen, sowie diverse Basteleien zum Verkauf an. Der Reinerlös dient dem Ferienprogramm.

Im Berichtsjahr war der OV nämlich nicht weniger als sieben Tage mit den Jugendlichen des Marktes unterwegs. Höhepunkte waren die Kahnpartie auf der Pegnitz, das Zeltlager am Brombachsee, sowie der Filmenachmittag in Velden. Der große Ausflug führte für fünf Tage zu den Freunden nach Emden, wo die zehnjährige Partnerschaft u. a. mit einem bayerischen Abend und einem ' ausgedehnten Besuchsprogramm begangen wurde.

Heuer werden die Norddeutschen zu einem mehr privaten Gegenbeeinen Mehrtagesausflug zu Gunsten des Heimatvereins verzichtet", fuhr die Vorsitzende fort und erinnerte an die Fahrt nach Berchtesgaden, die Radtour in die nähere Umgebung und die eigene Weihnachtsfeier. Auf überörtlicher Ebene informierte man sich beim „Stärkeantrinken“ in Pegnitz, beim Heringessen in Hainbronn und unterstützte den Bürgermeister-Wahlkampf des SPD-Kandidaten in Schnabelwaid.

Damit die vom OV angestoßene Busverbindung nach Neuhaus eine Erfolgsgeschichte werden kann, bat Heidi Gentsch alle Anwesenden, die Linie verstärkt zu nutzen. „Hoffentlich bleibt das vereinsinterne Verhältnis noch recht lange so gut“, schloss sie den Rückblick mit Dank an die ehrenamtlichen Helfer ab. Finanziell ist der OV gesund. Die Revisoren Eberhard Kaese und Theo Gentsch bestätigten der seit über 20 Jahren amtierenden Schatzmeisterin Marianne -Deinzer eine ordentliche Arbeit.

„Macht weiter so, der Dank von Kindern und Eltern ist euch gewiss“, spielte Dritte Bürgermeisterin Renate Pickelmann in ihrem Grußwort auf das anspruchsvolle Ferienprogramm und die vertrauensvolle, faire und sachliche Zusammenarbeit im Ratsgremium an. „Die Arbeit im Hintergrund des kleinen aber feinen OV ist vorbildlich“, lobte auch MdL Christoph Rabenstein. Gemeinsam mit der Ortsvorsitzenden ehrte Rabenstein anschließend Fritz und Marianne Deinzer für 40 bzw. 25-jährige Mitgliedschaft in der Partei. Thomas Gross brachte es bereits auf zehn Jahre.

Nordbayerische Nachrichten vom 27.02.2007

SPD verordnet sich „Zugabe“ Offen für unabhängige Kandidaten in Kirchehrenbach

Der SPD-Ortsverein Ehrenbachtal setzt sich Ziele: Die Sozialdemokraten wollen ab 2008 im Gemeinderat vertreten sein, öffnen sich aber auch der Mitarbeit unabhängiger Bürger. „Zugabe“ heißt das Zauberwort der Ehrenbacher SPD: Einmal steht es für die Anfangsbuchstaben im Motto „Zusammen und gemeinsam alles bürgernah erreichen“. Es wird aber auch interpretiert als „Zukunft, Garant, Beständigkeit“, wenn man die ersten beiden Buchstaben herannimmt.

Bei der Gemeinderatswahl am 2. März 2008 wollen die Sozialdemokraten Parteimitglieder und interessierte Bürger für ein zukunftsfähiges, wirtschaftlich erfolgreiches Kirchehrenbach zusammenführen. Die SPD-Vorsitzenden Laurenz Kuhmann und Martin Hofmann und ihr Team wollen eine Liste mit 28 Kandidatinnen und Kandidaten vorweisen. Dazu stellt die SPD auch einen Bürgermeisterkandidaten oder eine -kandidatin auf, heißt es in einer Ankündigung. Wer bei der SPD mit Blick auf die Kommunalwahl 2008 mitmachen möchte, kann sich bei Laurenz Kuhmann, Telefon (0175) 2 46 54 48, oder bei Martin Hofmann, Telefon (01 63) 8 22 22 63 melden.

Fränkischer Tag vom 22.03.2007

Stielper ist der „Mann für lange Distanzen“



Reiner Büttner

Hochzufrieden waren die Gößweinsteiner Sozialdemokraten mit ihrer Führungsmannschaft. Deshalb wurden auf der Hauptversammlung Dritter Bürgermeister Georg Bauernschmidt als Vorsitzender und Bernhard Vogel als sein Stellvertreter einstimmig bestätigt.

Auch Eva Skavantzios als Schriftführerin und Robert Bauernschmidt als Kassier fanden das Vertrauen der Parteibasis. In seiner Rückschau blickte Bauernschmidt, der seit 2002 am Ruder der Gößweinsteiner SPD steht, auf ein eher ruhiges Jahr zurück.

Höhepunkt war die von Bertram Stielper organisierte Wanderung um das Walberla im vergangenen Herbst, die auch überörtlich „erfreuliche Resonanz gefunden“ hatte. Die Herausgabe und Verteilung von zwei Ausgaben des „Gma-Echo“ sorgte für einige Arbeit.

Eine „Riesenherausforderung“ sind für die kommenden Monate die anstehenden Kommunalwahlen im nächsten Jahr. Einig waren sich die Genossen, dass man auch diesmal wieder mit einer parteioffenen Liste antreten will, „um die erfolgreiche Arbeit im Gemeinderat fortsetzen zu können“. Natürlich wollen die Sozialdemokraten auch wieder einen Bürgermeisterkandidaten präsentieren, doch ist die Personalentscheidung noch offen.

Im Mittelpunkt des SPD-Treffens stand Ferdinand Haselmeier, der nicht nur als Sportler ein „Langstreckler“ ist, sondern auch als Sozialdemokrat mit 40 Jahren SPD-Treue fast schon auf eine Marathondistanz zurückblicken kann. Georg Bauernschmidt überreichte ihm gemeinsam mit dem Kreisvorsitzenden Reiner Büttner die SPD-Ehrenurkunde.

Bauernschmidt bezeichnete Haselmeier als „kritischen Genossen“, von dem er sich noch mehr aktive Mitarbeit wünsche. Der 35-jährige SPD-Kreisvorsitzende Reiner Büttner stellte sich erstmals in Gößweinstein vor. Er verwies darauf, dass man in den Kreistagswahlkampf mit drei Schwerpunktthemen gehen wolle.

Ein bürgerfreundliches, insbesondere einheitliches Müllkonzept habe man sich zum Ziel gesetzt. Desweiteren solle der Landkreis ein familienfreundliches Gesicht bekommen; man müsse sich bemühen, die drohende Landflucht zu verhindern.

Schließlich gelte es, im Bereich Tourismus, Radwegenetz oder Gaststätten-Kultur eine Offensive zu starten. Stielper regte an, die Energieoffensive im Landkreis weiter zu intensivieren. Der Brennstoff Holz müsse im walдреichen Landkreis - allein Ebermannstadt, verfüge über 600 Hektar Wald - noch viel stärker unterstützt werden.

Damit einher gehe eine Förderung der Landwirtschaft mit zahlreichen neuen Perspektiven, mit der Schaffung von Arbeitsplätzen und neuem Umweltbewusstsein. Eine moderne Befeuerungsanlage am Schulzentrum in Ebermannstadt könne hier Akzente setzen.

Reichhaltig war der Ideen katalog auch für die Gößweinsteiner Themen im kommenden Wahlkampf. Es müsse, so der Tenor, ein optimistisches Klima gerade auch für junge Familien geschaffen werden. Positive Entwicklungen in der Gemeinde wie sportliche Erfolge zum Beispiel der Tischtennismädchen oder der Lauffreunde und dem Kletterprogramm müssten mehr Gewicht verliehen werden.

Auch die Ideen der ARGE Tourismus müssten nachhaltiger unterstützt werden, ebenso wie die Aktivitäten in Vereinen. In den kommenden Monaten will Bauernschmidt zu einer „Ideen-Schmiede“ einladen, um für die Kommunalwahl möglichst viele Bürger zu gewinnen.

Nordbayerischer Kurier vom 24./25.03.2007

SPD Bindlach plant eigene „Bergliste“ Der mit 800 Einwohnern größte Gemeindeteil soll im Gemeinderat besser repräsentiert werden



Volker Neisser

Die Vorbereitungen zu den Feierlichkeiten für das 100-jährige Bestehen des SPD-Ortsvereins, die im März 2008 anstehenden Kommunalwahl und örtliche kommunalpolitische Themen standen im Mittelpunkt der Hauptversammlung der Bindlacher Sozialdemokraten. Wie Vorsitzender Volker Neisser bekannt gab, wird das 100-jährige Gründungsfest am 29. September mit einer Nachmittagsveranstaltung der SPD-Arbeitsgemeinschaft 60 Plus beginnen. Der Festkommers mit Ehrungen, an dem der Vorsitzende der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag, Franz Maget, die Festrede hält, findet dann am Abend im TSV-Saal statt.

Den Part Kommunalwahlen 2008 übernahm der Vorsitzende der SPD-Gemeinderatsfraktion, Jürgen Masel. Hinsichtlich der Vorbereitungen für die Liste zur Gemeinderatswahl sei die SPD auf einem guten Weg. Man werde 2008 wieder mit einer Liste antreten, die sowohl neue als auch bewährte Kräfte enthält. Erfreut zeigte er sich, dass es dem SPD-Vorstand gelungen sei, für den Ortsteil Bindlacher Berg die Gründung einer eigenen Gemeinderatsliste in die Wege zu leiten. „Der Bindlacher Berg als größter Außenort mit über 800 Einwohnern muss künftig im Gemeinderat vertreten sein“, sagte Masel. Die lasse sich am ehestens mit einer „Bergliste“ verwirklichen. Für die SPD-Liste sei er für die Gemeinderatswahl 2008 optimistisch, eine Erhöhung der Mandate gegenüber der letzten Wahl zu erreichen, bei der auf die SPD sechs Sitze entfielen.

Bei der Wahl der Delegierten für die Aufstellung der SPD-Kreistagsliste erfolgte ein einstimmiges Votum für Vorsitzenden Volker Neisser sowie für Jürgen Masel, Sonja Sellecito, Antje Müller-Berndt und Dieter Oguntke. Im Übrigen sprach sich die Versammlung dafür aus, dass für Bindlach als zweitgrößte Gemeinde im Landkreis ein Platz unter den ersten zehn auf der SPD-Liste zur Verfügung stehen müsse. In seinem kommunalpolitischen Bericht ging Fraktionsvorsitzender Jürgen Masel auf die gegenwärtig anstehenden gemeindlichen Aufgaben ein.



Jürgen Masel

Der diesjährige Haushalt werde Dank höherer Steuereinnahmen erneut ohne Kreditaufnahme abgewickelt werden können und für anstehende Investitionen stünden entsprechende Mittel zur Verfügung. Nach dem endgültigen Abzug der Bundeswehr zum 30. Juni 2007 sollten umgehend die ins Stocken geratenen Verhandlungen mit der Stadt Bayreuth über die Nutzung der so genannten Panzerstraße wieder aufgenommen und zum Abschluss gebracht werden.

Zu einer baldigen Lösung müsse es auch wegen der Schließung des Bahnübergangs Gemein bei der Straßenanbindung von Gemein/Crottendorf kommen. Altbürgermeister Hans Steininger brachte hierfür erneut die bereits früher ins Auge gefasste Variante einer Straßenführung rechts der Bahnlinie ins Gespräch. Nach seiner Meinung würde eine solche Trasse zu einer gerechteren Verteilung der Verkehrsbelastungen in Bindlach führen und eine zukunftsweisende Lösung bedeuten. Damit wäre auch der Ausbau der Sandstraße hinfällig.

Um den Freizeitwert in der Gemeinde zu verbessern, bedürfe es eines schlüssigen Ausbaukonzeptes für den Badeseesee auf dem Weidmann-Gelände. Zu Beginn der Versammlung berichtete Vorsitzender Volker Neisser über die vom Ortsverein im Berichtszeitraum durchgeführten politischen und gesellschaftlichen Veranstaltungen. Erfreut zeigte sich Neisser, dass die Mitgliederzahl trotz der nicht günstigen Altersstruktur gegenüber dem Vorjahr konstant gehalten werden konnte. Für die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF) zog Vorsitzende Sonja Sollecito eine erfolgreiche Bilanz. Gute Resonanz fanden wiederum die, jeweils im Frühjahr und Herbst durchgeführten Basare mit bis zu 300 Anbietern.

Nordbayerischer Kurier vom 17./18.03.2007

Streit um Bürgermeisterwahl ist zu Ende SPD-Kandidat Rüdiger Goller will nicht vor dem Verwaltungsgericht klagen Kritik am Landratsamt

Der Streit um die Rechtmäßigkeit der Bürgermeisterwahl in Schnabelwaid ist endgültig beendet. Gestern hat der unterlegene SPD-Kandidat, Rüdiger Goller, mitgeteilt, seine Wahlanfechtung nach deren Abweisung durch das Landratsamt Bayreuth nicht vom Verwaltungsgericht prüfen zu lassen. Allerdings übte er scharfe Kritik an der Entscheidung der Rechtsaufsicht. Nach den Beratungen mit seinem Anwalt, Dr. Dieter Mronz, hat Goller gestern zusammen mit dem Vorsitzendem des SPD-Kreisverbands, Hans Dötsch, erklärt, von einem Gerichtsverfahren abzusehen.

Ich stelle damit meinen legitimen Anspruch auf eine weitergehende rechtsstaatliche Klärung dieser nicht akzeptablen Vorgänge im Interesse des Rechtsfriedens in unserer Gemeinde Schnabelwaid zurück", hieß es in einer Pressemitteilung. Das Landratsamt hatte zwar bei seiner Prüfung zahlreiche Verfahrensfehler bei der Wahl festgestellt, sich dennoch für die Abweisung von Gollers Wahlanfechtung entschieden. Das Ergebnis sei, wie es auch die Staatsanwaltschaft Bayreuth festgestellt hatte, nicht manipuliert worden. Goller hätte innerhalb eines Monats das Recht gehabt, die Gültigkeit der Bürgermeisterwahl vom 21. Januar vom Bayerischen Verwaltungsgericht in Bayreuth prüfen zu lassen.

„Wir haben den Klageweg zum Verwaltungsgericht gegen diesen höchst zweifelhaften Wahlausgang sorgfältig geprüft", so Goller, der stellvertretende Bürgermeister der Marktgemeinde Schnabelwaid ist. Gegen eine Klage spreche die erfahrungsgemäße Verfahrensdauer von mehreren Monaten und die vermutlich zeitliche Nähe eines Urteils zur nächsten turnusmäßigen Bürgermeisterwahl im März 2008. Dass sich das Landratsamt trotz grober Verstöße wie den Bruch der Siegel auf den Umschlägen mit den Wahlzetteln nicht zu einer Wiederholung der Wahl durchringen konnte, verdiene Kritik.

Statt ein klares Zeichen zu setzen, dass es so bei Wahlen nicht gehe, habe das Landratsamt die Chance zu demokratischer Glaubwürdigkeit vertan. Nun sei amtlich abgesegnet, was mit Wahlunterlagen alles geschehen dürfe, ohne dass dies Folgen hätte. Nachahmern sei damit Tür und Tor geöffnet. „Wenn solche Beispiele Schule machen, dann gute Nacht für die Demokratie", stand in der SPD-Erklärung. Mit seinem Verzicht auf ein Gerichtsverfahren will Goller nach eigener Aussage den Bürgern, der Gemeinde und seiner Familie eine monatelange Auseinandersetzung ersparen.

Die Kosten für möglicherweise zwei kurz hintereinander stattfindende Wahlen sollten gespart werden. Goller erklärte, ihm falle der Verzicht auf eine ihm zustehende richterliche Klärung schwer, nachdem er am 21. Januar zum Bürgermeister gewählt worden sei und dieses Ergebnis „über Nacht dubios auf den Kopf gestellt wurde".

Nordbayerische Nachrichten vom 06.03.2007

Gelber Sack hat bei der SPD Freunde

Der SPD-Ortsverein Wiesenthau bringt die Müllabfuhr per Gelbem Sack des Dualen Systems nach Ebermannstädter Vorbild wieder aufs Tapet und verlangt von den SPD-Kreisräten größeren Einsatz für diese Lösung. Eine lange Diskussion gab es in der Hauptversammlung des SPD-Ortsvereins über die Müllabfuhr im Landkreis Forchheim. Während in Ebermannstadt der Müll im Gelben Sack abgeholt werde, seien im restlichen Landkreis die Bürger gehalten, den Müll zu sortieren und bei den Wertstoffhöfen abzuliefern. Für ältere Mitbürger sei dies unzumutbar. Die Anlieferung bei den Wertstoffhöfen erfolgt größtenteils mit Kraftfahrzeugen, die die Umwelt belasten. Der Ortsverein Wiesenthau erwartet in dieser Angelegenheit, dass sich die SPD im Kreis mehr als bisher für Gelben Sack oder Gelbe Tonne einsetzt, fasste der wiedergewählte Vorsitzende Anton Hornegger die Diskussion zusammen. Hornegger hatte vorher nachgewiesen, dass viele Anträge des Ortsvereins von der Gemeinde verwirklicht wurden. Auch für das seit vielen Jahren wichtigste Anliegen, die Verlegung der Bahnhaltestelle, zeichne sich nach dem massiven Einsatz von MdB Anette Kramme endlich eine Lösung ab: In diesem Jahr soll die Station in Zusammenarbeit von Bahn, Kreis und Gemeinde verlegt werden.

Nordbayerischer Kurier vom 13.03.2007

SPD-Ortsverein feiert sein 60-jähriges Bestehen Johann Rauh einstimmig zum Ehrenmitglied ernannt

Bei der Hauptversammlung des SPD-Ortsvereins Schnabelwaid zeigte sich Vorsitzender Rüdiger Goller angetan vom guten Besuch und stellte zugleich acht neue Mitglieder vor, denen er ihr Parteibuch überreichte. Die neuen Mitglieder sind Andrea Schuster, Brigitte Graumüller, Gerda Kraft, Petra Goller, Doris Kneissl, Luzie Goller, Margarete Wiegärtner und Jochen Beyer. Anschließend berichtete Schriftführer Dieter Kneissl über die wichtigen Ereignisse und Aktionen des letzten Jahres. Vom Ostereiersuchspiel für Kinder über den Arbeitseinsatz am Kinderspielplatz bis hin zum Kinder- und Marktplatzfest sowie dem Bürgermeisterwahlkampf.

Kassier Christian Neiß wurde nach seinem Rechenschaftsbericht von den Revisoren eine einwandfreie Kassenführung bestätigt, die beantragte Entlastung erfolgte einstimmig. Vorsitzende Goller ging in seinem Bericht noch mal kurz auf die aktuelle Entscheidung des Landratsamtes ein, die Wahl des Bürgermeisters nicht zu wiederholen. In der weiteren Diskussion am Ende der Versammlung verständigte man sich zusammen darauf, sich aktiv an Gemeindefarbeit und im Gemeinderat zum Wohle der Gemeinde zu beteiligen. Dies auch, um im Dorf wieder Ruhe einkehren zu lassen und eine Spaltung des Ortes zu vermeiden. Goller sagte, er wolle das weitere Vorgehen im kleinen Kreis, auch zusammen mit den Mandatsträgern absprechen.

Bei der Wahl der Kreistagskandidaten wurden Christa Müller-Wilfing und Rüdiger Goller gewählt. Des Weiteren wurde beschlossen, wegen der Schonung der Natur bereits am 24. März eine „Rama-dama-Aktion“ zusammen mit der Jugend durchzuführen sowie am Ostersonntag ein Ostereiersuchspiel für die Kinder am Gregoriplatz zu organisieren. Am 8. September feiert der Ortsverein sein 60-jähriges Bestehen. Dazu soll noch ein Programm ausgearbeitet werden. Auf Antrag von Christian Neiß wurde Johann Rauh ob seiner Verdienste als Ehrenmitglied vorgeschlagen, dies wurde von der Versammlung einstimmig beschlossen. Der Geehrte bedankte sich und erwähnte, dass er in seiner langjährigen Zeit als Gemeinderat fünf Bürgermeister erlebt hat.

Nordbayerische Nachrichten vom 16.02.2007

SPD mischt wieder mit Ortsverband will die Politik in Hausen mitgestalten



Gerd Zimmer

Der SPD-Ortsverband entwickelt sich zu einer ernst zu nehmenden Größe in der Kommunalpolitik. Die Reaktivierung der Parteiarbeit kommt voran, sagt Ortsvorsitzender Gerd Zimmer. Zimmer berichtete vom Eintritt der bisher parteilosen Gemeinderätin Anita Dennerlein in die SPD.

Die offizielle Begrüßung mit Übergabe des Parteibuches fand schon bei einer Klausursitzung des SPD-Vorstandes mit den vier SPD-Gemeinderäten und dem örtlichen SPD-Kreisrat Ottmar Tinkl statt. Zimmer rief die Jubiläumsfeier zum 50-jährigen Bestehen der SPD Hausen in Erinnerung und wies auf den seitdem betriebenen Internetauftritt hin.

Den erstmals durchgeführten politischen SPD-Spaziergang durch Hausen beurteilte Zimmer als Erfolg. „Eine bessere Möglichkeit für die Hausener Bürger, vor Ort über die geplanten und auch umgesetzten wichtigen gemeindlichen Planungen kompetent informiert zu werden, gibt es zurzeit in Hausen nicht.“ Für den Vorstand „ist es außerordentlich wichtig, an den Fraktionssitzungen der SPD-Gemeinderäte und in der Folge auch an den Gemeinderatssitzungen teilzunehmen“, so Zimmer.

Die Kommunalwahlen 2008 waren ein weiteres Thema der Vorstandssitzung. Der Vorsitzende forderte den Ortsvorstand auf, sich schon jetzt Gedanken über die Liste der SPD für den Gemeinderat und geeignete Kandidaten für die SPD-Kreistagsliste zu machen. Ob die SPD 2008 auch einen Bürgermeisterkandidaten präsentiert, soll zu einem späteren Zeitpunkt diskutiert werden.

Nordbayerische Nachrichten vom 20.03.2007

Kommunalwahlen im Blick SPD-Kreisvorstand beginnt mit der Wahlkampfplanung

Der Kreishaushalt beschäftigte die Genossen bei der SPD-Kreisvorstandssitzung in Hausen. Kreisrat Otmar Tinkel zeigte sich optimistisch, dass die von der SPD geforderte Erneuerung der Fenster an den weiterführenden Schulen bereits dieses Jahr angegangen werden kann. Der SPD-Vorschlag zeige den Willen der Politik, die Gebäude des Landkreises energietechnisch zu verbessern und Kosten und CO₂-Ausstoßes zu verringern.

Die geplante Erweiterung der Realschule in Ebermannstadt begrüßte der Kreisvorstand. Gleichzeitig sieht er aber die Gefahr, dass der Kreis durch die Einführung der sechsstufigen Realschule mehr und mehr finanziell belastet wird. In manchen Gemeinden belastet der Unterhalt der Hauptschulen durch geringere Kinderzahlen den Haushalt. Reiner Büttner forderte die SPD-Ortsvereine auf, für die anstehenden Kommunalwahlen im kommenden Jahr diejenigen zu melden, die sich auf der SPD-Liste zur Wahl stellen wollen. Die Gespräche mit möglichen Landratskandidatinnen und -kandidaten sollen in den nächsten Wochen fortgeführt werden.

Der SPD-Kreisverband setzte außerdem drei Arbeitsgruppen ein, die sich mit verschiedenen reispolitischen Themen auseinandersetzen und Konzepte und Vorschläge erarbeiten sollen. Die Themen der drei Arbeitsgruppen lauten: Erstellen eines bürgerfreundliches Müllkonzeptes für den gesamten Landkreis. Als Koordinatoren wurden Wolfgang Fees und Edgar Büttner bestimmt. Das zweite Thema ist die Gestaltung familienfreundlicher Verhältnisse im Landkreis. Dies wird von Angelika Limmer koordiniert. Zum dritten geht es um Maßnahmen zur Erhaltung der Natur, Verbesserung des Tourismus und der Naherholung im Landkreis. Hier ist Andreas Lutz im Einsatz.

Alle Bürgerinnen und Bürger des Landkreises Forchheim können Vorschläge und Anregungen zu den genannten Themen beitragen. Dies ist durch eine E-Mail an die Koordinatoren möglich. Weitere Informationen dazu sind auf der SPD-Kreistagshomepage www.spd-forchheim.de zu finden.

Fränkischer Tag vom 17.03.2007

SPD fordert Nachhaltigkeit



Dr. Angelika Limmer

Im Mittelpunkt der Sitzung der SPD-Kreistagsfraktion in Gräfenberg stand die Frage des Abstimmungsverhaltens der SPD-Kreisräte bei der nächsten Sitzung des Forchheimer Kreistages. Es gehe nicht nur um den Kreishaushalt 2007, sondern um eine seriöse Finanzplanung für die nächsten Jahre, so der Tenor. „Wir müssen Wert darauf legen, dass endlich der Nachhaltigkeitsfaktor auch in der Kreispolitik verwirklicht wird“, so Kreisrat Otmar Tinkl:

Der Leitspruch „global denken, lokal handeln“ müsse auf kommunaler Ebene berücksichtigt werden. „Wir wollen mehr Engagement in Sachen Energie sehen, Energie- und Ressourcenschonender wirtschaften“, dazu sind wir vor Ort gefordert“, meinte SPD-Fraktionsvorsitzende Dr. Angelika Limmer Die SPD-Kreistagspolitiker kamen überein, ihre in der jüngsten Sitzung in Ebermannstadt bezogene Grundhaltung beizubehalten.

Im Rahmen der Besprechung informierte SPD-Kreisrat Hans-Jürgen Nekolla über die jüngsten Entwicklungen in der Stadt Gräfenberg. SPD-Kreis-vorsitzender Reiner Büttner steuerte „Aktuelles aus der SPD-Kreisarbeit“ bei.

Viel Arbeit

Wie stehen die Chancen auf eine gesetzliche Regelung in Sachen Praktika? Jürgen Kiontke fragte die SPD-Bundestagsabgeordnete Anette Kramme.

Frau Kramme, Sie haben kürzlich ein Praktikum bei einer Bayreuther Sicherheitsfirma absolviert.

Anette Kramme: Das war eher eine Firmenbesichtigung - was ich bedauert habe! Ich wär gern mal mitgefahren.

Im Geldtransporter?

AK: Im Geldtransporter.

Gab's eine Vergütung?

AK: Weil das nur einen Tag gedauert hat, ich selbst nicht aktiv mit einer Arbeitsleistung beteiligt war - und bei Abgeordneten sowieso davon Abstand genommen werden sollte: natürlich nicht.

Wie viele Praktika haben sie denn sonst noch gemacht?

AK: Kein einziges. Ich bin nach dem Studium recht bald in die Selbstständigkeit gegangen. Aber mein Staatsexamen liegt zehn Jahre zurück, und wir wissen alle, dass sich die Arbeitsrealität seitdem massiv verändert hat.

Nach ihren Plänen soll der Bundestag in Sachen Praktika vorbildlich vorgehen - bisher wird da auch nichts gezahlt.

AK: Das war bisher nicht sauber geregelt. Als SPD-Fraktion wollen wir künftig nur Schüler- und Studienpraktikanten nehmen. Die sollen 250 Euro erhalten. In den Mitarbeiterpauschalen, die die Abgeordneten verwenden, gibt

es im Moment keine eigene Vergütungskategorie für Praktikanten. Wir können sie im Moment nur als wissenschaftliche Mitarbeiter oder Sachbearbeiter eingruppieren. Ich habe angeregt, das zu ändern. Nicht nur der Öffentliche Dienst kämpft mit Praktika. Der Saarbrücker Personalexperte Christian Scholz sagt: Unternehmen zahlen drauf bei Praktikanten.

Warum setzen Unternehmen trotzdem auf diese Form der Ausbeutung?

AK: Weil sie hoffen, damit reguläre Beschäftigte ersetzen zu können. Sie wollen einfach die Vergütung für einige Monate sparen. Da ist die DGB-Untersuchung zu Praktika von Hochschulabsolventen spannend: Die hat herausgearbeitet, dass ein Praktikum im Durchschnitt sechs Monate dauert. Also sechs Monate gesparte Vergütung.

Wie wichtig nehmen die Regierungsparteien diese Sache?

AK: Mir und meiner Fraktion ist sie äußerst wichtig. Ich bin mir sicher, es wird eine Gesetzesinitiative geben. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales will momentan noch zwei Studien abwarten, um mehr belastbares Datenmaterial zu bekommen.

Das ist auch deshalb wichtig, weil wir die Praktikaproblematik nicht nur im Bereich der Hochschulabsolventen vermuten, sondern durchaus auch bei anderen Berufseinsteigern.

Wir wissen auch von Missbrauchsfällen bei Au-pair-Stellen. Unter Umständen ist es sinnvoll, den ganzen Komplex vollständiger anzugehen.

Wie kann eine gesetzliche Regelung aussehen?

AK: Das Bundesarbeitsgericht hat definiert, wann ein Praktikum vorliegt und wann ein Arbeitsverhältnis. Ein Praktikum liegt dann vor, wenn Lerninhalte im Vordergrund stehen. Das Arbeitsverhältnis ist ein Rechtsverhältnis, das nach Weisung ausgeführt wird. Diese Definitionen sind an sich handhabbar.

Das Problem ist eher rechtstatsächlich, also von der prozessualen Situation anhängig: Wie will ich als Praktikant nachweisen, dass Lerninhalte nicht im Vordergrund gestanden haben, sondern dass ich Weisungen nachgegangen bin? Dass ich Scheinpraktikant bin, also Arbeitnehmer?

Da gibt es formale Kriterien: Es hat keinen Betreuer gegeben, keinen Ausbildungsplan usw. Ich werde aber vielfach nicht darum herumkommen, ein Tagebuch zu führen.

Ein wichtiger Ansatzpunkt für gesetzgeberisches Handeln liegt darin, mit Beweislastregelungen zu arbeiten. Wir wollen eine Vermutungsregelung: Nach einem gewissen Zeitablauf - etwa zwei Monate - muss klar sein, ob ein Praktikum oder ein Arbeitsverhältnis vorliegt.

Was muss sonst noch geändert werden?

AK: Es muss - wie für klassische Ausbildungsverträge - ein Schriftformerfordernis u.a. für die Art, die sachliche und zeitliche Gliederung sowie für das Ziel des Praktikums geben. Dann ist alles nachvollziehbar.

Außerdem: Ich will, dass das Praktikum auf die Probezeit angerechnet wird, sollte es später zu einem Arbeitsverhältnis kommen.

(Fortsetzung auf Seite 54)

(Fortsetzung von Seite 53)

Auch im Hinblick auf den Kündigungsschutz.

Soll das im Berufsbildungsgesetz stehen?

AK: Mir ist relativ egal, wo das angesiedelt ist. Es spricht auch viel dafür, den ganzen Regelungskomplex ins Bürgerliche Gesetzbuch aufzunehmen. Etwa wenn eine falsche Bezeichnung für ein Arbeitsverhältnis besteht und Vergütungsansprüche bestehen.

Und die Vergütungshöhe?

AK: Für Praktikanten muss es nach der Rechtsprechung ein Beitrag zum Lebensunterhalt sein bzw. ein Aufwendersersatz. Je höherwertiger das Praktikum angesiedelt ist, umso höher muss die Vergütung ausfallen.

Pauschal 300 Euro - das ist zu wenig.

Was schwebt Ihnen im Einzelfall vor?

AK: Das muss der Situation angepasst sein. Wenn einer im ersten Semester einfach nur in den Betrieb schaut, sollten vielleicht die Verkehrstickets erstattet werden. Eine andere Geschichte ist, wenn da tatsächlich Profit herauspringt für ein Unternehmen. Da denke ich an 600 bis 900 Euro.

Was ist mit dem Bereich Pflichtpraktika im Studium?

AK: Da haben wir keine Kompetenz. Nach dem Föderalismusprinzip gehört das in die Ländergesetzgebung.

Wo stehen wir am Ende des Jahres mit der Debatte?

AK: Ich bin optimistisch, dass wir dann eine gescheite gesetzliche Regelung haben werden. Aber da gehört auch unser Koalitionspartner CDU/CSU dazu.

Dort sagt man...

AK: Die positionieren sich sehr zurückhaltend. Dort besteht die Sorge, dass nicht mehr genügend Praktika angeboten werden. Aber ein Praktikum ist ja auch immer eine gute Möglichkeit zur Nachwuchsgewinnung. So schnell wird uns das nicht abhanden kommen.

Die stehen aber in der Mehrheit nicht auf gesetzliche Regelungen...

AK: Nicht so unbedingt. Vielleicht ändert sich das, wenn sie die DGB-Studie lesen.

Praktikaschleifen SPD-Abgeordnete Anette Kramme für gesetzliche Lösung

Mit neuen Maßnahmen will die SPD-Bundestagsabgeordnete Anette Kramme gegen ausufernde Praktika und Scheinpraktika vorgehen. Einem gerade vorgelegten Kurzbericht des Instituts für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB) zufolge haben 2004 und 2005 zusammen rund 300 000 Arbeitssuchende eine sozialversicherte Beschäftigung über ein Praktikum gefunden.

Das sind, so das Nürnberger Institut, gerade einmal 2,3 Prozent der fast 13 Millionen Einstellungen insgesamt. Mehr als 60 000 Unterschriften unter einer Online-Petition der DGB-Jugend erzwangen eine öffentliche Anhörung zum Thema im Bundestag. DGB-Vize Ingrid Sehrbrock unterstrich dabei den Handlungsbedarf: „Seit zwei Jahren fordern wir von den Arbeitgebern, Rahmenbedingungen für faire Praktika zu schaffen.“

Doch die Appelle sind weitgehend folgenlos verhallt. Wir brauchen endlich eine gesetzliche Definition dessen, was ein Praktikum ist.“ Die Bayreuther Bundestagsabgeordnete Anette Kramme hat sich nun des Themas angenommen: „Es gibt derzeit keine bundesweiten belastbaren Daten über die Zahl der Hochschulabsolventen in unbezahlten Praktika.“

Aber es ist nicht zu übersehen, dass immer mehr Hochschulabsolventen in Praktikumsschleifen landen.“ Die Sozialdemokratin will in ihrer Fraktion für eine gesetzliche Lösung werben. So soll über eine andere Beweislastregelung nachgedacht werden: Nach der liege kein Praktikum sondern ein Arbeitsverhältnis

Der Grundstein – Zeitschrift der IG Bau

Gebäudereinigung - Schutz vor Lohndumping

Interview mit der Berichterstatterin der SPD-Bundestagsfraktion im Ausschuss für Arbeit und Soziales, Anette Kramme.

Grundstein: Der Bundestag hat mit großer Mehrheit die Aufnahme des Gebäudereinigerhandwerks in das Arbeitnehmer-Entsendegesetz beschlossen. Wann wird es in Kraft treten, und welche Folgen hat das für die Branche?

Anette Kramme: Zunächst einmal muss das Gesetz noch den Bundesrat passieren. Ich rechne mit einem Inkrafttreten nicht vor dem 1. Juli 2007. Im Gebäudereinigerhandwerk existiert bereits ein allgemeinverbindlicher Lohntarifvertrag, der aber nur für inländische Arbeitnehmer gilt. Uns geht es darum, auch ausländische Arbeitnehmer und die Branche als solche vor Lohndumping aus dem Ausland zu schützen. Wir haben eine erhebliche Zahl von neuen Beitrittsstaaten innerhalb der EU. Möglicherweise enden schon 2009 die Übergangsfristen für die Arbeitnehmerfreizügigkeit. Dann würden wir auch mit der uneingeschränkten Dienstleistungsfreiheit konfrontiert sein.

Grundstein: Wenn im Rahmen der Niederlassungsfreiheit immer mehr Scheinselbstständige auftreten, wird doch das Arbeitnehmer-Entsendegesetz ausgehebelt?

Anette Kramme: Die Handwerkskammern haben die Möglichkeit, den Scheinselbstständigen die erforderliche Aufnahme in das entsprechende Verzeichnis der Handwerkskammern zu verweigern. Im Übrigen liegt oft ein Verstoß gegen das Arbeitserlaubnisrecht vor. An den Regelungskomplex Scheinselbstständigkeit müssen wir trotzdem insgesamt, sowohl auf EU-Ebene als auch auf nationaler Ebene, noch mal rangehen. Meines Erachtens war es ein Fehler, Änderungen im Sozialgesetzbuch IV vorzunehmen. Die Riester-Regelungen sind leider unter dem SPD-Wirtschaftsminister Wolfgang Clement entschärft worden.

Grundstein: Das zusätzliche Urlaubsgeld für die Gebäudereiniger kann nicht umgesetzt werden, weil sich die Arbeitgeber im Tarifausschuss querlegen.

Anette Kramme: Wir haben in den letzten Jahren massive Probleme, Tarifverträge über das Tarifvertragsgesetz für allgemeinverbindlich erklärt zu bekommen. Das hat insgesamt zu einer Verschärfung im Niedriglohnsektor geführt. Da erhebe ich ganz klar und deutlich Vorwürfe gegen diesen Tarifausschuss. Aber wir können nun auch durch eine Rechtsverordnung tarifvertragliche Löhne und Arbeitsbedingungen zwingend vorschreiben.

Grundstein: Warum hat es so lange gedauert, bis das Gesetz durch war?

Anette Kramme: Das hängt auch mit unserer Intention als SPD-Fraktion zusammen, einen ersten Schritt in Richtung gesetzlicher Mindestlöhne zu machen. Die Umsetzung von Mindestlöhnen steht ja im Koalitionsvertrag nicht drin. Wir haben uns irgendwann entschieden, beide Prozesse – Entsendegesetz für die Gebäudereinigung und allgemeiner Mindestlohn – doch voneinander abzutrennen. Wir wollen es in dieser Legislaturperiode noch erreichen, die Zeitarbeit und weitere Branchen in das Entsendegesetz aufzunehmen.

Nordbayerischer Kurier vom 18.04.2007

Der Ober-Franke Hoderlein ruft zur Rebellion auf Der SPD-Abgeordnete an alle Rathaus-Chefs: „Hisst am Tag der Franken in Euren Rathäusern die Frankenfahne“



Es könnte das Vermächtnis des Kulmbacher SPD-Abgeordneten Wolfgang Hoderlein werden, der ja möglicherweise bald aus der Landespolitik ausscheidet. Er fordert, dass am Tag der Franken überall im Frankenland die Frankenfahne gehisst wird. Doch das mag man in der Landeshauptstadt gar nicht.

Am 2. Juli letzten Jahres wurde in Nürnberg erstmals feierlich der Tag der Franken gefeiert, wie es der Bayerische Landtag selbst beschlossen hatte. Der Kulmbacher Landtagsabgeordnete Hoderlein, ein roter Franke und Kämpfer gegen die Benachteiligung Nordbayerns, hatte damals angeregt, alle öffentlichen Gebäude in Franken aus diesem Anlass mit der Frankenfahne (den fränkischen Rechen) zu beflaggen.

Die Staatsregierung wies das aber mit dem formalen Hinweis, zurück, die Frankenfahne sei kein Hoheitszeichen. Erneute Briefe und Appelle Hoderleins und auch eine Petition des Fränkischen Bundes halfen nichts. Gnädig wurde schließlich aus München „erlaubt“, dass man am Tag der Franken neben der Bayerischen Staatsflagge noch die jeweiligen Bezirksflaggen von Ober-, Mittel- und Unterfranken hissen dürfe. Hoderlein, auf dem besten Weg, sich unsterblich zu machen und als ein gewürfelter Franke in die bayerische Geschichtsschreibung einzugehen, kündigte damals an, dass er nicht locker lassen werde.

Und hat nun alle Bürgermeister und Oberbürgermeister in seinem Stimmkreis Kulmbach-Bayreuth zur Rebellion aufgerufen. Sie sollen sich über die formalen Schranken aus München hinwegsetzen und am 2. Juli ihre Rathäuser mit der Frankenfahne beflaggen.

Die Absage der Regierung, so Hoderlein spitzfindig, beziehe sich auf staatliche Gebäude und Behörden. „Rathäuser sind keine Staatsgebäude oder Staatsbehörden, Stadthallen, Kulturzentren und dergleichen auch nicht. Hoderlein: „Also sollten wir uns die Freiheit nehmen, dort unsere Fahnen am Tag der Franken zu hissen“, so sein Wunsch. „Wir Franken haben eine eigene kulturelle und geschichtliche Identität, die auch nach 200-jähriger Zugehörigkeit zum Staat Bayern` aufgehoben ist“, so der Ober-Franke Hoderlein. Er wünscht sich, dass auch die Heimat- und Kulturvereine am Tag der Franken „Flagge zeigen“.